Exklusiv-Interview mit Alexander Gauland S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 12 – 24. März 2017
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gibt sich huldvoll wie der Heilige Vater: SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz

Bild: pa

Vereint in die Irre

Martin Schulz: Der strahlende Kandidat verdeckt ein fundamentales Dilemma

Der neue SPD-Chef erscheint unaufhaltsam. Dabei könnte Martin Schulz mehr in die Quere kommen als ein paar Details.

Die 100-Prozent-Zustimmung, die Martin Schulz auf dem Berliner SPD-Parteitag einfuhr, muss beeindrucken. So ein Ergebnis hat vor ihm niemand geschafft.

Hierin spiegelt sich noch einmal die abgeschüttelte Depression der Sozialdemokraten, die der neue Parteichef im Handumdrehen in Euphorie verwandeln konnte. Zudem kommt ihm aber auch zugute, dass er seine Karriere auf dem Umweg über das ferne Brüssel machte. In die Berliner Händel musste er sich nicht verwickeln, wo jeder Schritt nach oben ausgestochene Konkurrenten hinterlässt, die sich später – selbst bei den populärsten Kandidaten – mit ihrer Nein-Stimme dafür rächen.

Kommentatoren warnen den Merkel-Herausforderer, dass es für einen so weit und so rasch Hochgejubelten auch schnell wieder bergab gehen kann. So wird bereits an der Finanzierbarkeit seiner Versprechungen gekratzt und moniert, er bleibe zu allgemein.

Alles richtig, und doch übersehen die Kritiker im Kleinklein das historische Dilemma der Sozialdemokraten, das auch einem Schulz noch Probleme bereiten könnte.

> Ungeschützte Grenzen und sozialer Schutz vertragen sich nicht

Wer die Wurzeln der „sozialen Gerechtigkeit“ erkennen will, von der Schulz so gern spricht, der gehe zum Anfang zurück. Im Frühkapitalismus konnten Arbeitgeber ihre Arbeiter stets damit erpressen, sie durch die zahllos herandrängende Arbeitsplatzkonkurrenz zu ersetzen. Von der deutschen Landbevölkerung bis zu noch ärmeren Einwanderern aus Osteuropa stand ein unerschöpfliches Reservoir potenzieller, von Not getriebener Lohndrücker bereit. Erst als dieser Austausch rigoros eingegrenzt wurde und dadurch Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft ins Lot kamen, konnten die Arbeiter die Macht ihres „starken Armes“ entfalten.

Heute will die politische Linke den Schutz hiesiger Arbeitnehmer gewährleisten und tritt gleichzeitig für letztlich unbegrenzte Zuwanderung ein. Das kann nur so lange gut gehen, wie die Wirtschaft blendend läuft und Geld für immer mehr Ansprüche bereitsteht. Sobald aber Knappheit entsteht und Verteilungskämpfe ausbrechen, wird die Quadratur des Kreises dieser neolinken Weltbeglückungspolitik brutal zutage treten.

Darauf könnte die Union setzen, die selbst auf starke sozialpolitische Traditionen aus der katholischen Arbeiterbewegung verweisen kann. Tragischerweise ist es aber gerade der sozialpolitische Flügel der CDU, der in der Zuwanderungsfrage in die gleiche historische Klemme rennt wie die Sozialdemokraten, und Kanzlerin Merkel führt diesen Weg in die Irre an.

So steht den Deutschen ein Wahlkampf zwischen zwei Spielarten eines verirrten, mal schwarz, mal rot bemalten Sozialdemokratismus bevor. Viele Medien nennen das „spannend“ – „surreal“ wäre passender. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Wichtiges Ziel

Kaum hatte die Bundeskanzlerin Washington verlassen, da twitterte US-Präsident Donald Trump, Deutschland schulde den USA wegen der Lastenverteilung in der Nato „riesige Summen“. Dabei bezieht sich Trump auf die 2002 abgegebene und mehrfach bekräftige Verpflichtung der Nato-Staaten, bis 2024 zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Davon ist Deutschland – im Gegensatz zu den USA – in der Tat weit entfernt. Washington hat nun einfach die Differenz zwischen Soll und Ist seit 2002 errechnet und präsentiert Deutschland die Milliardenrechnung. Das ist hanebüchener Unsinn. Denn bei der Zwei-Prozent-Verpflichtung geht es nicht um Zahlungen an die USA oder die Nato, sondern um eine innenpolitische Vorgabe bei der Verabschiedung des Verteidigungshaushalts. Zudem dient die militärische Präsenz der USA in Deutschland nicht allein dessen Sicherheit, sondern in hohem Maße auch den Interessen der USA als global agierender Supermacht. Ganz abgesehen davon rangiert Deutschland bei den direkten Zahlungen an die Nato gleich hinter den USA an zweiter Stelle.

In einem hat Trump allerdings Recht: Deutschland muss wieder mehr für die Sicherheitsvorsorge ausgeben. Dabei geht es nicht um Aufrüstung, sondern um den Erhalt der Verteidigungsfähigkeit durch Schließung von Lücken bei der Ausrüstung und Modernisierung von Waffen und Gerät. Deshalb ist das Zwei-Prozent-Ziel gerechtfertigt. Doch statt die Kanzlerin dabei zu unterstützen, es auch zu erreichen, stellt die SPD es in Frage. Und dass ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz gar Rüstungsausgaben gegen Sozialleistungen ausspielt, ist nicht nur verantwortungslos, sondern schäbig.

»Nur eine Umfragedelle«

AfD-Vize Gauland attackiert im *PAZ*-Interview SPD-Kandidat Schulz

Alexander Gauland glaubt, dass die Alternative für Deutschland (AfD) schon bald wieder an alte Umfragehochs anknüpfen werde. Das sei nur eine Delle infolge des parteiinternen Streits um die Dresdener Rede von Björn Höcke, gibt sich der Vizechef der Partei im Gespräch mit der *PAZ* zuversichtlich. Wobei er seinen Thüringer Parteifreund gegen Angriffe ausdrücklich in Schutz nimmt: Nicht die Rede sei es gewesen, die Schaden angerichtet habe, sondern die Auseinandersetzung darum.

Für alle kleinen Parteien gefährlich werden könne ein stark auf die Personen von Angela Merkel und Martin Schulz zugespitzter Wahlkampf. Dies träfe auch die AfD. Allerdings ist Gauland überzeugt, dass sich SPD-Kanzlerkandidat Schulz bis zur Wahl noch entzaubern werde. Er wirft ihm „sozialpopulistische Parolen“ vor und hofft, dass Schulz’ Treiben als EU-Politiker dem Sozialdemokraten noch auf die Füße fällt: „Martin Schulz steht für Eurobonds und Eurorettung. Er steht für viel Steuergeld, das an klamme Staaten fließt“, so Gauland.

Ausdrückliches Lob zollt Gauland den Wählern seiner Partei. Damit spielt er darauf an, dass die AfD trotz massiver innerer Querelen immer noch bei rund zehn Prozent in den Umfragen verharrte. AfD-Wähler seien toleranter als von CDU oder SPD, schließt der 76-jährige Senior seiner Parteispitze daraus.

Streit sei in einer jungen Partei unumgänglich. Dabei verteidigt er das Prinzip der Doppelspitze, das viele als Quelle von Rivalitäten ausmachen. Nur so sei die Vielfalt der Flügel angemessen abgebildet, kontert Gauland solche Bedenken.

Zu den Äußerungen Björn Höckes zum deutschen Geschichtsbild unterstreicht Gauland, dass das Gedenken an die NS-Verbrechen einen wichtigen Raum einzunehmen hätten. Die weitaus überwiegenden positiven Teile der deutschen Geschichte kämen aber zu kurz. *H.H.*

(Siehe Interview auf Seite 2)

Haushalt auf tönernen Füßen

Keine neuen Schulden, aber Asylsucher zehren Rücklagen auf

Das Bundeskabinett hat die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2018 und für den Finanzplan bis 2021 beschlossen. Demnach kommt der Haushalt ohne neue Schulden aus. Der seit 2014 erreichte Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme wird dauerhaft verstetigt. Mit dem Eckwertebeschluss werden die Einnahme- und Ausgabeplafonds der Bundesministerien für das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren verbindlich festgelegt. Die Ausgaben des Bundes betragen 2018 laut den Eckwerten 335,5 Milliarden Euro. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2021 steigen die Ausgaben auf 355,6 Milliarden Euro an. Die Ausgabenentwicklung verläuft entsprechend der prognostizierten Einnahmenentwicklung, die auf der mittelfristigen Wachstumsprognose des Jahreswirtschaftsberichts 2017 beruht. In allen Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2021 werden laut Eckwertepapier keine neuen Schulden aufgenommen.

Zur Erzielung des Haushaltsausgleichs ohne Neuverschuldung ist 2018 allerdings ein Rückgriff auf die Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Höhe von 8,1 Milliarden Euro vorgesehen. Damit wird jedoch nur ein Teil der „flüchtlingsbedingten Belastungen des Bundeshaushalts“ finanziert. Für 2019 ist eine weitere Entnahme von 3,8 Milliarden Euro aus der Rücklage vorgesehen, die damit vollständig aufgebraucht ist.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert die Eckwerte scharf: „Das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt steigt – und dies trotz brummender Konjunktur und Rekordsteuereinnahmen sowie niedriger Zinsausgaben. ... Eine Analyse der Eckwerte offenbart ein Loch von mehr als 13 Milliarden Euro im Haushalt 2018.“ Union und SPD verspielten „die historisch guten Rahmenbedingungen, um den Bundeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren“. Darüber könnten auch die unerwartet hohen Haushaltsüberschüsse der vergangenen Jahre nicht hinwegtäuschen. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Maulkorb für EU-Abgeordneten

Brüssel – Das EU-Parlament hat gegen den libertär-konservativen polnischen Abgeordneten Janusz Korwin-Mikke eine 30-tägige Gehaltssperre verhängt, nachdem ihn der stellvertretende Parlamentspräsident, der italienische Konservative Antonio Tajani, im Plenum sexistischer Äußerungen beschuldigt hat. Korwin-Mikke hatte in einer Rede zur Debatte über das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen gesagt: „Natürlich müssen Frauen weniger verdienen als Männer, denn Frauen sind schwächer, kleiner und weniger intelligent." Durch die Strafmaßnahme entsteht ihm ein Schaden von 300 Euro am Tag beziehungsweise 9000 Euro im Monat. Darüber hinaus darf er während der 30-tägigen Gehaltssperre nicht an parlamentarischen Aktivitäten teilnehmen. *J.H.*

Belohnung für Überläufer

Seoul – Die südkoreanische Regierung hat den Trägern des politischen Systems in Nordkorea ein verlockendes Angebot gemacht. Wer von ihnen über geheime Informationen verfügt und nach Südkorea flüchtet, erhält bis zu einer Milliarde Won (umgerechnet 817 000 Euro). Wer mit einem Militärflugzeug oder einem Kriegsschiff kommt, kann sogar mit einer Belohnung von einer Billion Won rechnen. Ziel der Regierung in Seoul ist einmal, durch diese Überläufer ihr Wissen über den Norden zu erweitern und weitere Mitglieder der Elite Pjöngjangs zur Flucht zu motivieren. Zugleich sollen das gegenseitige Misstrauen und die Verwirrung in der nordkoreanischen Staatsspitze verstärkt und dadurch das System möglichst gelähmt werden. Auch wenn das viele Geld lockt, wissen die Funktionäre in Pjöngjang, dass ein solcher Fluchtversuch mit vielen Risiken verbunden ist und ein Scheitern die sichere Todesstrafe bedeutet, *F.W.S.*

Deutschland nicht homo-freundlich

Berlin – Großbritannien und Schweden sind die homofreundlichsten Länder der Welt. Das geht aus dem Spartacus Gay Travel Index 2017 hervor, der seit 2013 eine Übersicht darüber gibt, in welchen Ländern sich homosexuelle Reisende sicher und wohl fühlen können. Dazu werden in insgesamt 14 Kategorien 63 Plus- und Minus Punkte vergeben. Dort werden Kriterien wie die Einführung von Antidiskiminierungsgesetzen, die Öffnung der Ehe für schwule Paare und die Einreisebestimmungen für HIV-positive Touristen bewertet. Deutschland ist in diesem Jahr zum ersten Mal nicht mehr unter den obersten 20 und landet, wie auch die Schweiz, auf Platz 22. Der Grund für diese Entwicklung ist laut Gay Travel Index, dass die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren in puncto Eheschließung dort seit Jahren stagniert. Der Index gibt auch Auskunft über No-Go-Reiseziele, um die homosexuelle Paare unbedingt einen Bogen machen sollten. In 72 Ländern weltweit ist Homosexualität strafbar. In Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Iran und Somalia droht dafür sogar die Todesstrafe. *J.H.*

»Ja, wir sind populistisch«

AfD-Vize Alexander Gauland verteidigt innere Querelen als unumgänglich für eine junge Partei

Er ist der Senior an der AfD-Spitze – und einer der ganz wenigen in der jungen Partei, der über eine lange politische Erfahrung verfügt. Frank Horns sprach mit Alexander Gauland über die jüngsten Querelen bei der Alternative für Deutschland, über Martin Schulz und den Populismus, die kommende Bundestagswahl – und über den Umgang mit der deutschen Geschichte.

PAZ: *Herr Gauland, wir unterhalten uns hier im Fraktionsgebäude der Hamburger AfD in der Innenstadt. Sie waren eben in der Redaktion der „Zeit" am Speersort. Das liegt praktisch gegenüber. Trotzdem mussten Sie die paar Schritte hin und zurück unter Polizeischutz absolvieren. Wie arrangiert man sich damit als Mensch, wenn die Öffentlichkeit zur Gefahrenzone wird?*

Alexander Gauland: Das ist keine Frage, über die ich je nachgedacht habe. Es ist unangenehm, wenn einem das Haus beschmiert wird. Es hat auch die anderen Bewohner des Gebäudes, in dem ich zur Miete wohne, stark irritiert, aber in Potsdam zum Beispiel bewege ich mich völlig frei. Manchmal umarmen mich auch Leute. Manchmal gibt es eben andere Reaktionen. Heute brüllte einer über den ganzen Vorplatz des Landtages: „Für Rassisten keine Bühne, Gauland muss raus."

PAZ: *Das stecken sie ohne Weiteres weg?*

Gauland: Ja

PAZ: *Die Anhänger der AfD müssen nicht nur Anfeindungen von außen wegstecken, sondern ebenso die Querelen in Ihrer Parteispitze. Bewundern Sie manchmal auch deren Leidensfähigkeit?*

Gauland: In einer Partei, die jung ist und viel streitet, muss man das leider sein. Das haben wir übrigens mit den frühen Grünen und später mit den „Piraten" gemeinsam. Solange der Streit zu einer höheren Stufe der Parteientwicklung führt, ist er ja nicht falsch. Man muss auch sagen, dass die Toleranz unserer Wähler oder Freunde in diesem Punkt größer ist, als, sagen wir, die der Anhänger von CDU oder SPD. Insofern haben wir es sogar besser, als wir es verdient haben – hätte ich jetzt fast gesagt.

PAZ: *Liegt es auch daran, dass mit Frauke Petry und Jörg Meuthen eine Doppelspitzer die AfD führt? Sind da nicht Machtkämpfe programmiert?*

Gauland: Mag sein, aber ich halte eine Doppelspitze trotzdem für richtig. Ich glaube, dass sie die unterschiedlichen Flügel der Partei am besten repräsentiert. Wir sind nun mal eine weitgehend von der Basis bestimmte Gruppierung, eine Protestpartei, eine Protestorganisation. Wir werden wegen eines Programms oder unseres Protestes gewählt, nicht wegen eines schönen oder weniger schönen Gesichtes. Einer alleine würde die Richtungen in der Partei nicht abbilden. Er würde sich schwertun, für alle das Leitbild zu sein. Deshalb bin ich für die Doppelspitze und habe auch nichts dagegen, dass es immer mal wieder Rangeleien gibt.

> »Wer Auschwitz zur Staatsräson erklärt, kann die Menschen nicht dazu bewegen, dieses Land zu lieben«

PAZ: *Die Rangelei um Björn Höcke, um seine Rede in Dresden und um das Parteiausschlussverfahren, hat gerade zu einem kräftigen Einbruch in der Wählergunst geführt.*

Gauland: Wir haben eine Umfragedelle. Das ist klar, und das hat natürlich mit der Auseinandersetzung um Höcke zu tun. Da gibt es bei uns halt zwei Sichtweisen. Die einen glauben, dass die Rede Schuld sei, die andere meinen, dass es die Auseinandersetzung darüber war. Für mich war es die Auseinandersetzung. Aber ich glaube nicht, dass diese Delle dauerhaft ist. Die Umfragewerte werden sich wieder auf dem gewohnten Niveau einpendeln. Ich sehe allerdings eine andere Gefahr: Es kann sein, dass die Auseinandersetzung zwischen Martin Schulz und Angela Merkel, wenn sie noch härter wird, eine so starke Polarisierung zwischen CDU und SPD mit sich bringt, dass es die kleinen Parteien schwerhaben, bemerkt zu werden.



„Streit gehört nun mal dazu": Alexander Gauland Bild: pa

PAZ: *Sie haben, die AfD mal als Partei der kleinen Leute bezeichnet. Was würden Sie denen sagen, wenn sie sich von Martin Schulz und seinem Wahlprogramm angesprochen fühlen?*

Gauland: Denen würde ich zurufen, dass ihnen eine sozialpopulistische Rhetorik noch nicht hilft. Jemandem, der am Existenzminimum krebst, der wenig Möglichkeiten hat, seine Lage zu verbessern, dem hat Martin Schulz nichts zu geben, außer einer Flüchtlingspolitik, die den Wettbewerb am unteren Rand der Gesellschaft verschärft. Ich würde diesen Menschen auch deutlich machen, dass ihnen das viele Geld, dass wir für Leute ausgeben, die keine Flüchtlinge und keine echten Asylsucher sind, verloren geht. Ich glaube andererseits aber nicht, dass unsere Wähler ausgerechnet jemanden wählen, der diese ganzen falschen Entwicklungen in Europa repräsentiert. Martin Schulz steht für Eurobonds und Eurorettung. Er steht für viel Steuergeld, das an klamme Staaten fließt.

PAZ: *Sozialpopulistische Rhetorik von Martin Schulz? Der Begriff „populistisch" wird ja im Allgemeinen als abwertender Kampfbegriff gegen die AfD verwandt. Stört Sie das eigentlich?*

Gauland: Ich hab ihn nie als Kampfbegriff der Gegner gesehen. Ja, wir sind populistisch. Luther war auch Populist. Wer den Leuten aufs Maul schaut und sich anschaut, wie sie denken und was sie wollen, der ist natürlich Populist. Das kann man auch mit Demokrat übersetzen. Der Begriff Populismus ist für mich eher eine Ehrenbezeichnung.

PAZ: *Apropos Luther: In keinem Buch über die deutsche Geschichte dürfte er natürlich fehlen, ebenso wenig Bismarck oder Friedrich der Große. Nehmen wir an, es würde ein neues Standardwerk zu diesem Thema geben. Wie viele Seiten sollten darin wiederum dem Nationalsozialismus gewidmet sein?*

Gauland: Da würde ich mich nicht auf Seiten festlegen wollen. Natürlich ist die Epoche des Nationalsozialismus in ihren Auswirkungen leider eine sehr lange und große Epoche gewesen. Groß nicht im positiven Sinne, aber wir müssen uns damit immer wieder auseinandersetzen. Es hat keinen Zweck, wegzuschauen. Da könnten sogar viele Seiten zur Verfügung stehen. Womit ich ein Problem habe, ist, dass lange Zeit und bis heute die andere deutsche Geschichte, diejenige, die in vielem sehr positiv war, die große Dinge hervorgebracht hat, entwertet worden ist. Nehmen sie den Bamberger Dom, die Uta-von-Naumburg-Statue oder Friedrich von Hohenstaufen – all das habe auf den Nationalsozialismus zugeführt, sagt man. Das ist natürlich ahistorisch und dummes Zeug. Wir müssen in diesem Punkt wieder zu einem inneren Gleichgewicht kommen.

PAZ: *Sind Sie da mit Björn Höcke und seiner Geschichtsbetrachtung – Stichwort 180-Grad-Wende – einer Meinung?*

Gauland: Grundsätzlich dürfen wir die Erinnerung an die furchbaren Jahre des Nationalsozialismus in keiner Weise vernachlässigen. Ich glaube nur eines nicht, und da bin ich möglicherweise mit Höcke ähnlicher Meinung: Ich glaube nicht, dass man ein furchtbares Verbrechen wie Auschwitz zur Staatsräson eines Landes machen kann und dass man Menschen dann auch noch dazu bewegen kann, dieses Land zu lieben. Das halte ich für falsch, aber ich würde mich immer dagegen wehren, wenn der Versuch gemacht wird, diese Dinge zu relativieren oder wegzuschauen. Es ist leider so, dass diese zwölf Jahre viel von unserer Vergangenheit zerstört haben, dass sie vieles schwer belastet haben. Das ist höchst problematisch. Man kann sagen, Friedrich der Große konnte nichts dafür, dass er in Hitlers Bunker gehangen hat, aber er hat es eben getan.

(Mitarbeit: Hans Heckel)
(siehe Kommentar auf Seite 8)

Der EU droht ein marokkanischer Erdogan

Das afrikanische Königreich hat die Asylsucher als Drohpotenzial entdeckt

In nur 72 Stunden ist es vor Kurzem 890 Immigranten aus den Ländern südlich der Sahara gelungen, über Spaniens afrikanische Exklave Ceuta in die EU einzudringen. Seit der Errichtung des sechs Meter hohen Doppelzaunes vor über zehn Jahren ist noch niemals so vielen in so kurzer Zeit dessen Überwindung gelungen. Einige Dutzend sollen es auch geschafft haben, auf eine der kleinen, unbewohnten Inseln Spaniens vor der marokkanischen Küste zu gelangen. Im ganzen Jahr 2016 hatten es weniger als 1000 Immigranten geschafft, die Grenzschutzanlagen der „Festung Europa" in Afrika zu überwinden.

Wie üblich hatten die spanischen Behörden nach dem Massenansturm schnell die marokkanischen Behörden in Schutz genommen, die seit einem Abkommen von 2005 eigentlich vor den Grenzzonen für Ordnung und Sicherheit sorgen, um solche Anstürme zu verhindern. Der spanische Premierminister Mariano Rajoy hatte auf dem französisch-spanischen Gipfel in Malaga wenige Tage danach die Zusammenarbeit mit Marokko als „schön" bezeichnet. Die „verantwortlichen Sicherheitskräfte haben alles getan, was möglich war, aber einige Kämpfe sind nicht einfach", fügte er hinzu. Der Staatssekretär für Sicherheit, José Antonio Nieto, hatte dazu angeführt, dass es in Ceuta keine Beschwerden über die marokkanischen Behörden gäbe und dass der Anstieg der Zahl der Immigranten eher auf einen Mangel an spanischen Gendarmen am Zaun zurückzuführen sei als auf das Verhalten der Marokkaner.

> In nur 72 Stunden gelangten 890 Immigranten über die marokkanisch-spanische Grenze

Nichtspanische und selbst marokkanische Journalisten bestätigten diese Darstellung nicht. Vielmehr berichteten diese entgegen der offiziellen spanischen Version, dass die Marokkaner an den Tagen des Massenansturms ihre Sicherheitskräfte von der Grenze abgezogen und die Immigranten dies bemerkt hätten. Es gibt viele junge Männer, die in den bewaldeten Gebieten in der näheren Umgebung von Ceuta in improvisierten Lagern ausharren, bis ein günstiger Moment gekommen scheint. Dann informieren diese andere Immigranten in den Städten Tetuan und Tanger per Handy über die aktuelle Lage, was dann in kürzester Zeit zu Massenansammlungen von Grenzbrechern führt.

Der einflussreiche marokkanische Minister für Landwirtschaft, Aziz Akhnnouch, ein Freund von König Mohammed VI., hatte bereits in einer Erklärung vom 6. Februar, also zehn Tage vor dem Massenansturm, die EU davor gewarnt, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Dezember bezüglich des Agrarabkommen zwischen Brüssel und Rabat umzusetzen. Der Gerichtshof hatte in diesem Urteil bestätigt, dass das Fischereiabkommen nicht für die von Marokko besetzte ehemalige spanische Kolonie Westsahara gilt, weil dieses Gebiet völkerrechtlich nicht Teil von Marokko ist. „Wie sollen wir die afrikanische Migration durch Marokko blockieren, wenn Europa nicht mit uns zusammenarbeiten will?", fragte Akhnnouch scheinheilig. Es sei an der Zeit, dass Europa den kostspieligen Beitrag Marokkos im Kampf gegen illegale Immigration angemessen würdige. Anders ausgedrückt, Marokko zeigt sich als guter Schüler des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der mit Asylsuchern die Europäische Union erfolgreich und beliebig erpresst.

Während im Falle Erdogans Griechenland der Hauptleidtragende ist, ist es im Falle Marokkos Spanien. Seine Küsten sind nur 14 Kilometer von denen Marokkos entfernt, und es hat durch die Exklaven Ceuta und Melilla eine Landgrenze zu Marokko von mehreren Kilometern Länge. Die Zusammenarbeit mit Marokko wird von den spanischen Regierungsbeamten als entscheidend für den Kampf nicht nur gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung, sondern auch gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität angesehen.

Die Bedeutung der Rolle von Ceuta und Melilla sowie der sogenannten westlichen Mittelmeerrouten nach Spanien hat in den vergangenen Jahren zugunsten der Balkanroute und der zentralen Mittelmeerroute von Libyen nach Italien stark abgenommen. 2016 verzeichnete die EU-Grenzschutzagentur Frontex dort lediglich 8000 Übertritte. 2005 waren es Tausende wöchentlich. Ursache hierfür ist auch eine Gesetzesänderung in Spanien des letzten Jahres, gemäß der die Polizei die Annahme von Asylgesuchen verweigern kann.

Noch erfolgreicher und bislang erpressungsfrei war für Spanien die Zusammenarbeit mit dem Senegal. Dort hat ein Abkommen zum beiderseitigen Vorteil die Zahl der Reisen von Asylsuchern zu den Kanarischen Inseln, die um 2005 das Haupteinfallstor in die EU waren, auf null im Jahre 2016 zurückgeführt. *Bodo Bost*

Verantwortungsloser Opportunismus

Buchvorstellung »Die Getriebenen« von Robin Alexander mit FDP-Chef Christian Lindner

„Angela Merkel war zu einem rückblickenden Gespräch über ihre Rolle in der Flüchtlingskrise für dieses Buch nicht bereit.“ Das schreibt Robin Alexander im Vorwort seines Werkes „Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht“ (Siedler Verlag, 19,99 Euro).

Die Gesprächsverweigerung verwundert nicht. Schließlich trägt Merkel als Bundeskanzlerin die Hauptverantwortung für die unkontrollierte Masseneinwanderung von echten und nur vorgeblichen Flüchtlingen – einschließlich Tausender Krimineller – nach Deutschland.

Kritischen Fragen eines profunden Kenners der Materie wollte sie offensichtlich ausweichen. Das Buch Alexanders liefert einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis, wie es zu diesem Staatsversagen kam. Der Autor, früher einige Jahre Redakteur der linken „Taz“, ist seit 2008 Journalist bei der Tageszeitung „Die Welt“ und dort zuständig für das Kanzleramt. Er verfügte über viele Insider-Informationen aus der Großen Koalition. Seine Darstellung wirkt durchweg glaubhaft, auch wenn er nicht alle Quellen offenlegen konnte.

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner stellte das Buch gemeinsam mit dem Autor im Haus der Bundespressekonferenz vor. „Ich habe dieses Buch mit atemloser Spannung gelesen“, erklärte Lindner. Und: „Dieses Buch ersetzt im Grunde einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss.“ Enthüllt werde ein „opportunistischer Regierungsstil“ der Großen Koalition. Merkel habe „keine Linie verfolgt, sondern eine Schlangenlinie“. „In der Flüchtlingspolitik wurde aus der Richtlinienkompetenz eine Schlangenlinienkompetenz“, so Lindner.

Parlament und Öffentlichkeit seien systematisch über die wahren Hintergründe getroffener Entscheidungen getäuscht worden. „Wer keine Orientierung hat, der muss offensichtlich immer neue Motive für seine Entscheidungen erfinden, das lernt man aus diesem Buch“, sagte der FDP-Vorsitzende.

Wie Alexander berichtet, hatte Dieter Romann, der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, für Sonntag, den 13. September 2015 eine Grenzschließung bereits sorgfältig geplant. Also eine Woche nachdem Merkel die Grenze für Asylsucher offen gelassen hatte. Sämtliche Einheiten der Bundespolizei seien nun in Alarmbereitschaft versetzt worden. 21 Hundertschaften hätten sich bereits auf den Weg zur bundesdeutsch-österreichischen Grenze gemacht. An den Grenzübergängen von Österreich und Bayern hätten „Polizeikellen hochgehen“ und alle Reisenden kontrolliert werden sollen. Der 30-seitige Befehl sei bereits geschrieben gewesen. Wer nicht einreiseberechtigt gewesen sei, der hätte – so die entscheidenden Worte in dem Befehl – „auch im Falle eines Asylgesuchs“ zurückgewiesen werden sollen. Doch der Befehl war noch nicht unterschrieben.

> Merkel fürchtete nur hässliche Bilder an der Grenze

Alexander schildert die Besprechung über Grenzkontrollen bei einer Telefonschaltkonferenz. Teilnehmer waren demnach Thomas de Maiziere, Peter Altmaier, Horst Seehofer, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel. Man sei sich einig gewesen, Asylsucher an der Grenze zurückzuweisen: „Jetzt entscheiden sich die führenden Politiker der Koalition also genau für das, was Angela Merkel wenig später für unmöglich erklären wird. In der Telefonschaltkonferenz stimmt sie jedenfalls noch explizit zu“, so Alexander. In einer Hinsicht, fügt er hinzu, gingen die Erinnerungen der Beteiligten über die Telefonkonferenz auseinander: „Sollten alle Flüchtlinge zurückgewiesen werden oder nur die aus sicheren Herkunftsländern?“ Ein Teilnehmer der Telefonkonferenz, so Alexander weiter, „erinnert sich im vertraulichen Gespräch dezidiert: Es sei damals um die Zurückweisung von allen Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten gegangen, an der österreichischen Grenze also de facto von allen Flüchtlingen.“

Dann schildert der Autor eine nachfolgende Besprechung im Bundesinnenministerium. De Maiziere habe nochmals gefragt: „Können wir zurückweisen oder nicht?“ Die Ansichten der Runde seien gespalten gewesen. Alexander: „Irgendwann verliert der Chef der Bundespolizei die Geduld: Beim G-7-Gipfel in Elmau seien Zurückweisungen doch auch möglich gewesen, wie könne der wortgleiche Einsatzbefehl nun rechtlich problematisch sein?“ Der Innenminister habe „an höherer Stelle“, sprich Merkel, über die Debatte berichtet. Mit seinen Anrufen bei ihr habe er „die politische Meinungsbildung, die eigentlich schon beschlossen war“, noch einmal neu in Gang gesetzt. Diesmal habe Merkel weder „ja“ noch „nein“ gesagt, sondern Bedenken geäußert.

De Maiziere habe in seinem Ministerium gefragt: „Halten wir die entsprechenden Bilder aus?“ Und an Romann gerichtet: „Was geschieht, wenn 500 Flüchtlinge mit Kindern auf dem Arm auf die Bundespolizisten zulaufen?“ Der oberste Bundespolizist habe überrumpelt gewirkt. „Das“, habe Romann schließlich erwidert, „entscheiden die Polizeiführer vor Ort.“ Wieder habe de Maiziere mit Merkel telefoniert und am Ende angeordnet, den Einsatzbefehl umzuschreiben. Romann habe die entscheidenden fünf Wörter streichen müssen: „Statt Zurückweisungen ‚auch im Falle eines Asylgesuches‘ werden die Polizeidirektionen jetzt angewiesen, dass ‚Drittstaatsangehörigen ohne aufenthaltslegitimierende Dokumente und mit Vorbringen eines Asylbegehrens die Einreise zu gestatten‘“ sei. Jeder, der „Asyl“ sagt, wurde somit hineingelassen, auch wenn er aus einem sicheren Drittstaat oder sicherem Herkunftsland kam. *Michael Leh*



Bei der Buchvorstellung im Haus der Bundespressekonferenz: Lindner und Alexander (v.l.) Bild: Leh

MELDUNGEN

Über 600 »Gefährder«

Berlin – In Deutschland waren Anfang Februar nach Angaben der Bundesregierung insgesamt knapp 620 Personen als sogenannte Gefährder eingestuft. Davon entfielen auf den Bereich der „politisch motivierten Kriminalität - religiöse Ideologie“ 586, von denen sich 319 in der Bundesrepublik aufhielten, sowie sechs auf den Bereich der „politisch motivierten Kriminalität - ausländische Ideologie“. Danach waren im Bereich der „politisch rechts motivierten“ Kriminalität 22 Gefährder und im Bereich der „politisch links motivierten“ Kriminalität vier Personen registriert. Ein „Gefährder“ ist der polizeifachlichen Definition zufolge „eine Person, zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung ... begehen wird“. *J.H.*

Fall Tugce: Täter muss gehen

Kassel – Der im Fall Tugce verurteilte serbische Staatsangehörige Sanel M. kann nach dessen Entlassung aus der Strafhaft in sein Heimatland abgeschoben werden. Das hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof entschieden. Sanel M. befindet sich seit Januar 2016 in Jugendstrafhaft. Das Landgericht hatte ihn wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Im November 2014 hatte er die türkischstämmige 22-jährige Studentin Tugce Albayrak, nachdem diese ihn provoziert hatte, so geschlagen, dass sie auf den Kopf fiel und wenige später starb. Für den Fall der Haftentlassung drohte die Ausländerbehörde ihm die Abschiebung nach Serbien an, falls er nicht selbst innerhalb einer Woche nach seiner Entlassung freiwillig aus dem Bundesgebiet ausreist. Dagegen reichte er Beschwerde ein, die nun unanfechtbar abgewiesen wurde. *J.H.*

Islamischer Schulterschluss

Annäherung zwischen türkischer Regierung und »Grauen Wölfen«

Am 7. März sprach der türkische Außenminister Mevlüt Çavusoglu vom Balkon des türkischen Generalkonsulats in Hamburg zu etwa 350 Anhängern der Führung in Ankara. Anschließend zeigten er und seine Entourage nach Berichten des „Hamburger Abendblatts“ sowie der Innenbehörde und des Verfassungsschutzamtes der Hansestadt den sogenannten „Wolfsgruß“. Diese unverwechselbare, einen Wolfskopf nachbildende Handgeste, die vom Publikum sofort erwidert wurde, verwenden traditionell die Mitglieder der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP, Milliyetçi Hareket Partisi), die sich auch „Idealisten“ (Ülkücüler) oder „Graue Wölfe“ (Bozkurtlar) nennen – letzteres in Anlehnung an den uralten Ergenekon-Mythos.

Zur Ideologie der MHP-Anhänger gehören der Glaube an die rassische Überlegenheit der Türken und die Notwendigkeit der Schaffung eines großtürkischen Reiches vom Balkan bis nach Zentralasien unter paralleler Ausmerzung aller dort lebenden nichttürkischen Völker sowie Juden, Christen und Kommunisten.

Dabei stand Erdogans islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi) den „Grauen Wölfen“ bisher eher feindselig gegenüber. Dies resultierte aus den beiderseitigen Allmachtsphantasien sowie der Orientierung der MHP an der vor-islamischen Kultur der Türken. Jetzt allerdings scheinen sich beide Parteien anzunähern, wie der Auftritt von Çavusoglu zeigt. Schließlich braucht Erdogan für einen Sieg im bevorstehenden Verfassungsreferendum auch die Stimmen der MHP-Anhänger in und außerhalb der Türkei. Und die in der Wählergunst abgesunkenen „Idealisten“ wiederum hoffen, im Windschatten der AKP neue Zukunftsperspektiven zu erlangen, indem sie als radikale nationalistische Stichwortgeber auftreten und Erdogan sowie dessen Geheimdienst Millî Istihbarat Teskilâtı (MIT) im Unterdrükkungsfeldzug gegen die Kurden unterstützen.

> »Wolfsgruß« des Außenministers bei Auftritt in Hamburg

Hierzulande soll es bis zu 35 000 „Graue Wölfe“ geben, die sich ganz legal in über 300 Vereinen mit drei Dachorganisationen zusammengeschlossen haben – allen voran die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF, Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu). Viele der MHP-Parteigänger sind in Kampfsportarten geschult und begehen immer wieder schwere Gewalttaten, denen in der Bundesrepublik bislang meist Exilkurden zum Opfer fielen. Zukünftig könnten sie jedoch genausogut als Untergrundarmee im Dienste Erdogans fungieren und in Deutschland für bürgerkriegsähnliche Zustände sorgen.

Doch damit nicht genug: Offenbar wollen die „Grauen Wölfe“ keineswegs bloß aus taktischen Gründen näher an die AKP heranrücken, denn sie beginnen damit, sich entgegen ihrer bisherigen Tradition zu islamisieren und mit den Salafisten zu paktieren – einige „Idealisten“ kämpfen bereits in Syrien und dem Irak auf Seiten des Islamischen Staates. Insofern ist die Drohung von Çavusoglu, es werde bald „Heilige Kriege“ in Europa geben, durchaus ernst zu nehmen. *Wolfgang Kaufmann*

Es könnte Rot-Rot werden

Saarlands CDU-Ministerpräsidentin droht mit Rückzug aus der Politik

Nur rund 800 000 Menschen sind am Sonntag im Saarland wahlberechtigt. Doch die Abstimmung im kleinsten Bundesland könnte Signalwirkung für das Superwahljahr 2017 haben. Ein rot-rotes Bündnis unter Führung von Anke Rehlinger (SPD) ist mittlerweile nicht unwahrscheinlich geworden.

Entsprechend gereizt reagierte die Amtsinhaberin Annegret Kramp-Karrenbauer. Die CDU-Politikerin und Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel führt seit dem Scheitern des Jamaika-Experiments mit FDP und Grünen im Winter 2012 eine Große Koalition an. In den vergangenen Monaten galt ihre Wiederwahl als sicher. Bis die SPD Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten machte. Plötzlich sind die Umfragen der Genossen nach oben geschnellt – auch im Saarland. Der Abstand der beiden großen Parteien, der zur Jahreswende noch im zweistelligen Bereich lag, ist geschrumpft. Zuletzt lag die CDU je nach Institut nur noch mit ein bis drei Prozent in Führung. „Wer will, dass ich das Land weiter reagiere, muss mich wählen“, sagt Kramp-Karrenbauer. Die 54-Jährige hat ihr politisches Schicksal mittlerweile mit dem Wahlausgang verknüpft. Sollte die CDU nicht stärkste Partei werden, werde sie sich aus der Landespolitik zurückziehen und erst einmal eine Auszeit nehmen. „Es wird nicht so sein, dass ich mich dann in eine Warteschleife begebe, um in Berlin irgendwas zu werden“, schließt sie auch einen mittelfristigen Wechsel in die Hauptstadt aus.

Deutlich gelassener agiert derzeit Herausforderin Rehlinger. Die 40-jährige Wirtschaftsministerin konnte in den vergangenen Monaten ihren Bekanntheitsgrad steigern und setzt auf den bundespolitischen Trend. Zuletzt sah es so aus, als könnte sie es zusammen mit der Linkspartei schaffen, die unter Führung des ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine noch immer für ein deutlich zweistelliges Ergebnis gut ist. Sollten die Grünen, die wie 2012 um den Wiedereinzug hart kämpfen müssen, den Einzug schaffen, wäre eine linke Mehrheit im Parlament relativ wahrscheinlich. Rehlinger hat bis zuletzt offen gelassen, welche Koalition sie anstrebt. Aus ihrem Umfeld verlautete aber, die Juristin habe deutliche Präferenzen für eine Große Koalition unter ihrer Führung. Ein Bündnis mit der unberechenbaren Linkspartei würde sie wohl nur dann eingehen, wenn die CDU doch stärkste Partei werden würde. Die an der Saar derzeit heiß diskutierte linke Mehrheit wird am Sonntag nur noch verhindert werden können, sollte neben der Alternative für Deutschland auch die FDP in den Saarbrücker Landtag einziehen. Beide taten sich im Wahlkampf recht schwer. Die diskutierten landespolitischen Themen wie Brandschutz oder die Finanzierung eines neuen Fußballstadions in Saarbrücken liefen an den kleinen Parteien eher vorbei. Die AfD, mit zweistelligen Prognosen in den Wahlkampf gestartet, lag zuletzt nur noch zwischen sechs und sieben Prozent. Ihr Einzug gilt aber als relativ sicher, auch weil die von Kramp-Karrenbauer spät angestoßene Diskussion um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker zu einer Stabilisierung der Umfragewerte geführt hat. Fast wie ein Ertrinkender appellierte dagegen FDP-Landeschef Oliver Luksic, dessen Partei zuletzt bei vier Prozent feststeckte, an die Wähler: „Wenn wir es nicht schaffen, bekommen wir Rot-Rot zuerst im Saarland und im September dann im Bund.“

> Vorsprung der CDU vor der SPD schrumpft

Peter Entinger

Zeitzeugen



Günther Schuh – Der Inhaber des Lehrstuhls für Produktionssystematik an der RWTH Aachen ist Chief Executive Officer (Vorstandsvorsitzender) und Mitbegründer der 2015 gestarteten Ego Mobile AG. Das Unternehmen arbeitet an einem günstigen Elektrofahrzeug. Vorher gründete Schuh die Streetscooter GmbH, die nun zur Deutsche Post DHL Group gehört und ein Elektrofahrzeug zur Paketzustellung in Serie baut. Ende 2016 waren 2700 Streetscooter im Einsatz.

Yasunori Yamamoto – Der Europapräsident des 1875 von Genzo Shimazdu gegründeten japanischen Medizintechnikkonzerns Shimazdu leitet außerdem das Japan Business Council in Europe. Er spricht auf der diesjährigen Cebit über das Internet der Dinge und die entstehende digitale Wirtschaft.



Katharina Anna Zweig – Die Professorin hat den Lehrstuhl für Graphentheorie und Analyse komplexer Netzwerke an der TU Kaiserslautern inne. Ihr Forschungsgebiet sind Algorithmen. Mit dem Projekt „Algorithm Watch“ wollen sie und andere Wissenschaftler die Öffentlichkeit besser über die Macht der Algorithmen aufklären. Sie interessiert sich dafür, wie Computer Menschen bei der Lösung von Problemen helfen können.

Frank Kirchner – Der Professor an der Universität Bremen leitet das in der Hansestadt angesiedelte Robotics Innovation Center des DFKI. Das Center entwickelt mobile Robotersysteme für Aufgaben an Land, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum. „Flatfish“ ist ein tauchfähiger Unterwasserroboter, dagegen eignet sich „SherpaTT“ auch für den Weltraum. Hinzu kommen Computerprogramme zum Bau und zur Steuerung von Robotern.



Kyoshi Mori – Der Generaldirektor für internationale digitale Wirtschaftspolitik im japanischen Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) sowie stellvertretende Generaldirektor für die Politikbewertung im Ministersekretariat und im Handelspolitikbüro spricht auf der Cebit anlässlich einer Konferenz über digitalen Handel und die deutsch-japanischen Beziehungen.

»D!Conomy« ist das Thema

Durch mehr Informationstechnik soll die Wirtschaft effizienter werden

Das übergreifende Thema der weltweit größten Messe für Informationstechnik, der Cebit (Centrum für Büroautomation, Informationstechnologie und Telekommunikation) in Hannover, ist dieses Jahr die sogenannte D!Conomy.

Hinter diesem eher nach Werber-Sprache klingenden Begriff verbirgt sich die wachsende digitale Vernetzung, die zu neuen Arbeitsformen und Geschäftsmodellen und zu drastischen Veränderungen in der industriellen Produktion führt. Dazu gehören auch Innovationen wie autonom fahrende Autos oder Roboter, die sich auch für Alltagsaufgaben eignen und mit Menschen interagieren können. Hinzu kommt ein neuer, schnellerer Standard für das mobile Internet, der als „5G“ im nächsten Jahrzehnt eingeführt werden soll.

Weniger sichtbar, aber bedeutend für die Art und Weise, wie wir in Zukunft arbeiten werden, ist das sogenannte Internet der Dinge, in dem zahllose Geräte, Produktionsanlagen, aber auch elektronische Managementsysteme und andere internetgestützte Anwendungen miteinander vernetzt werden. Sie stellen höhere Anforderungen an die Sicherheit von IT-Systemen, denn die sind auch anfälliger für Angriffe aus dem weltweiten Datennetz. Künstliche Intelligenz spielt hier eine große Rolle, denn immer mehr Anwendungen sind selbstlernend und sollen mit Menschen kommunizieren. Ein anderer wachsender Bereich sind Drohnen, die bis vor einigen Jahren entweder als Spielzeug galten oder als teures Spezialgerät dem Militär vorbehalten waren. Dabei ist den Drohnen sogar eine eigene Halle gewidmet, welche die Vielfalt der Einsatzbereiche, sei es Industrie, Landwirtschaft oder Katastrophenschutz, zeigt.

Nicht mehr nur Spielzeug und Waffe: die Drohne

Die Cebit bietet wie immer Höhepunkte aus deutscher Forschung und Industrie. Eine Reihe von Beispielen zeigt, wie mit „Industrie 4.0“-Technologien Produktentwicklung und Produktionsprozesse neu organisiert werden können.

So will die Ego Mobile AG ab diesem Sommer ein alltagstaugliches E-Mobil in Serie bauen. Das Unternehmen ist auf dem Campus der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen entstanden. Viele Komponenten des ersten Prototyps kamen aus dem Drei-D-Drucker. Für den Entwurf nutzte das Team eine Art digitalen Zwilling, der nur in der virtuellen Realität existiert und ständig verbessert wurde. Ego Mobile hofft, so den Kaufpreis des Serienfahrzeugs deutlich senken zu können.

Die Cinsilio IT-Solutions GmbH präsentiert eine Anwendung, mit der sich eine gleichmäßige Auslastung der Fertigung sicherstellen lässt, wodurch die Gefahr von Engpässen sinkt. Die im Auftrag von Daimler entwickelte Software zeigt auf einer Sequenz-Plantafel die relevanten Daten wie Termine, Verfügbarkeit von Komponenten und Auftragsvolumen.

Zu den Institutionen, die sich in Deutschland mit Künstlicher Intelligenz beschäftigen, gehört das Deutsche Institut für Künstliche Intelligenz (DFKI). Auf der Cebit ist es mit zahlreichen Exponaten zur Robotik und von Anwendungen der Künstlichen Intelligenz vertreten. So zeigt das DFKI etwa, wie Menschen und Roboter zusammenarbeiten. Vom DFKI-Stand aus interagieren Forscher mit drei Robotern, die auf dem BMFI-Stand Gefahrgüter bewegen. So ließen sich in Zukunft gefährliche Stoffe sicherer bewegen. Außerdem zeigt das Institut zwei autonome Geländewagen für Forschungszwecke, die auch auf dem Mond oder Mars arbeiten könnten. Der „SherpaTT“ hat drei Räder mit Nabenantrieb an drei Beinen und kann sowohl fahren als auch laufen.

Beim Projekt Geiser arbeitet das Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme mit kleineren und größeren Unternehmen an einer Plattform, die Daten aus einer Vielzahl von Quellen, von Webseiten über Maschinen bis hin zu GPS-Daten etwa für Marketingzwecke, Logistik oder Produktionssteuerung miteinander verknüpft und bereitstellt. Anwendungen könnten etwa die zeitgenaue Einsatzplanung von Dienstleistungsmitarbeitern oder die Bedarfsprognose in Handel und Gastronomie sein. Es wäre nicht nur möglich, zu sagen, wo etwa ein Dienstleistungsmitarbeiter gerade ist und was er tut, sondern auch, wo er in naher Zukunft wahrscheinlich benötigt wird.

Friedrich List

Einflussreich, aber kaum verstanden

Jeder hat schon mal von Algorithmen gehört, aber kaum jemand außerhalb der Fachwelt versteht genau, was sie tun und wo sie verwendet werden. Tatsächlich haben sie einen großen Einfluss auf unseren Alltag. Allgemein gesprochen, ist ein Algorithmus eine Vorschrift zur Lösung eines Problems oder einer Gruppe von Problemen. Sie stecken in Internet-Suchmaschinen, sie entscheiden aber auch, ob wir kreditwürdig sind oder zu welchen Konditionen wir versichert werden. Beim Surfen im Internet hinterlassen wir Spuren, die wiederum von Algorithmen ausgewertet werden, um Online-Händlern Vorhersagen über unser Kaufverhalten zu erlauben.

Allerdings ist oft unklar, auf welchen Daten solche Prognosen basieren. Ebenso intransparent sind oft die Voraussetzungen, auf denen ein Algorithmus basiert. „Immer mehr Entscheidungen werden heute von solchen Rechenverfahren getroffen. In manchen Fällen kann das sinnvoll sein, da sie zum Beispiel diskriminierungsfrei entscheiden“, sagt Katharina Anna Zweig von der TU Kaiserslautern, die den Lehrstuhl für Graphentheorie und Analyse komplexer Netzwerke innehat und Algorithmen erforscht. Sie verweist aber auch auf die Fälle, in denen diese Algorithmen falsch liegen. Ein abgelehnter Kreditantrag kann für einen Gewerbetreibenden ernste Folgen haben. Und was passiert, wenn Rechenverfahren prognostizieren, ob ein jugendlicher Straftäter rückfällig wird?

Algorithmen entscheiden

Zweig hat an ihrer Hochschule eine Forschungseinrichtung aufgebaut, die transparent machen will, auf welchen Voraussetzungen Algorithmen basieren. Auf der Cebit informiert sie mit ihrem Team darüber, welche Chancen und Risiken Algorithmen bergen. Sie unterstützt eine Art Algorithmen-TÜV, wie ihn der österreichische Rechtswissenschaftler Viktor Mayer-Schönberger vorschlägt. Experten könnten die Codes prüfen und vertrauenswürdigen Lösungen ein Gütesiegel geben. *F.L.*



Hatte vom Montag, dem 20., bis Freitag, dem 24. März, ihre Tore geöffnet: Die diesjährige Cebit in Hannover Bild: Cebit

Gastland Japan

Das Land der aufgehenden Sonne hat dem Gastgeber viel voraus

Das Gastland der diesjährigen Cebit ist Japan, einer der wichtigsten Lieferanten von Hochtechnologie-Gütern. Wie der Branchenverband Bitkom mitteilt, importierte Deutschland im vergangenen Jahr japanische Produkte aus den Bereichen Informationstechnologie und Telekommunikation im Wert von 1,3 Milliarden Euro. Umgekehrt exportierte Deutschland IT- und TK-Produkte im Wert von nur 270 Millionen Euro in den fernöstlichen Inselstaat.

Japan scheint der Welt in vielem voraus zu sein. Dort gibt es bereits heute ein schnelles mobiles Internet, der neue Mobilfunkstandard 5G soll rechtzeitig zu den Olympischen Spielen 2020 eingeführt sein. Robotik und künstliche Intelligenz sind weiter fortgeschritten als hierzulande. So wird Hitachi auf seinem Messestand humanoide Roboter des Typs „Emiew 3“ präsentieren, die Stimmen und Bilder verarbeiten und darauf reagieren können. Auf dem Flughafen Haneda in Tokio empfangen diese Roboter Reisende, beantworten ihre Fragen und führen sie sogar zum gesuchten Flugsteig. Der Hersteller Softbanks verkauft bereits heute um die 1000 humanoide Roboter jährlich.

»Society 5.0« statt »Industrie 4.0«

Auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz engagieren sich japanische Autobauer wie Nissan, Toyota oder Honda, um ihren Autos autonomes Fahren, aber auch Sehen, Hören und Sprechen beizubringen.

Allerdings hat Japan nichts aufzubieten, was dem deutschen Projekt „Industrie 4.0“ vergleichbar wäre. Japan nimmt nun mit der „Society 5.0“ einen eigenen Anlauf in die digitale Zukunft. Unter „Society 5.0“ versteht die japanische Regierung die nächste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung nach der Industrie- und Informationsgesellschaft. Rechtssystem, Bildung, staatliche Verwaltung und Politik, die Arbeitswelt, das soziale Leben und industrielle Produktionsweisen sollen auf das neue digitale Zeitalter ausgerichtet werden. So soll das Land seine Position als Industrieland behalten. Japan setzt zudem auf Robotik, um dem Arbeitskräftemangel in einer schrumpfenden Bevölkerung zu begegnen, die der Einwanderung sehr skeptisch gegenübersteht.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Justiz blutet aus

Schon jetzt ist Brandenburg Schlusslicht bei Verfahrensdauer – Lage spitzt sich weiter zu



Ein in Deutschland äußerst seltener Anblick: Im Mai 2015 zogen 200 protestierende Richter und Staatsanwälte gegen die Sparpolitik vor den Potsdamer Landtag

Bild: pa

Viele Gerichtsverfahren dauern schon jetzt in Brandenburg länger als in anderen Bundesländern. Aus mehreren Gründen könnten sich die Probleme der brandenburgischen Justiz in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen.

Daten des Statistischen Bundesamtes zur durchschnittlichen Verfahrensdauer stellen dem Land Brandenburg ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis aus. Im Jahr 2015 dauerten Strafverfahren vor Amtsgerichten beim Spitzenreiter, dem Freistaat Bayern, im Schnitt nur 2,9 Monate. Für das bundesweite Schlusslicht Brandenburg wurde jedoch ein Durchschnitt von 5,2 Monaten ermittelt.

Bereits im vergangenen Jahr ist durch eine Anfrage der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag bekannt geworden, dass auch Verwaltungsgerichtsverfahren in Brandenburg länger als im Bundesdurchschnitt dauern. Doch gerade auf die Verwaltungsgerichte könnten schon bald zusätzliche Belastungen zukommen. Ähnlich wie in den 90er Jahren wird mit einer Welle von Klagen gegen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Asylentscheidungen gerechnet. Brandenburgs Justiz sorgt allerdings nicht nur durch lange Verfahrensdauer für Aufmerksamkeit.

Bereits im Mai 2015 war es in Brandenburg zu einer Protestaktion gekommen, die in der Geschichte der Bundesrepublik einen gewissen Seltenheitswert hat: Rund 200 Richter und Staatsanwälte protestierten in Potsdam gegen die Sparpolitik der Landesregierung im Bereich der Justiz. Anlass der Aktion waren Pläne der Koalition von SPD und Linkspartei, bis zum Jahr 2018 insgesamt knapp 100 Stellen in der Justiz zu streichen.

Die Proteststimmung könnte bald wieder aufflammen. Trotz langandauernder Verfahren ist der Sparkurs der Landesregierung nicht vom Tisch. Laut dem Sender RBB sollen im aktuellen Doppelhaushalt 60 Stellen im Justizbereich, darunter 21 Richterposten, wegfallen.

Damit nicht genug: In den kommenden Jahren droht der Justiz eine Pensionierungswelle und damit der Verlust an beruflicher Erfahrung und über lange Zeit erworbener Kompetenz. Viele Richter und Staatsanwälte sind in den Jahren nach der friedlichen Revolution eingestellt worden. Als Folge der damaligen Einstellungswelle geht ab dem Jahr 2020 in einem relativ kurzen Zeitraum eine große Anzahl von Juristen in den Ruhestand. Laut Claudia Odenbreit, der Vorsitzenden des Richterbundes Brandenburg, werden in den nächsten Jahren 70 Prozent der märkischen Richter in den Ruhestand gehen.

Zur Generation derjenigen Juristen, die ab 1990 den Rechtsstaat in den neuen Ländern neu organisiert haben, gehört auch Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg. Wie unlängst bekannt wurde, wird Rautenberg als Direktkandidat der SPD bei der Bundestagswahl im Wahlkreis 60 antreten. Bislang hat Frank-Walter Steinmeier das Direktmandat in diesem Wahlkreis errungen, der unter anderem die Stadt Brandenburg an der Havel umfasst. Laut Medienberichten will Rautenberg eine Regelung im Beamtengesetz nutzen und sich ohne Bezug des Beamtensoldes zwei Monate vor der Wahl vom Dienst befreien lassen.

Asylverfahren blockieren überlastete Verwaltungsgerichte

Der Chefermittler des Landes sorgte in den 90er Jahren vor allem mit einem konsequenten Kurs gegen Rechtsextremisten für Aufsehen. Inzwischen aber warnt Rautenberg vor einer ungelösten „Migrationskrise“ und der Gefahr durch Islamisten. In einer bundesweit einmaligen Aktion begann Brandenburgs Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr sogar, mit Tausenden Ermittlungsverfahren wegen illegaler Einreise die Identität und Herkunft von Asylbewerbern festzustellen.

Aufsehen erregte Rautenberg zudem, als er vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages den Verdacht äußerte, der märkische Verfassungsschutz könnte etwas mit einem Brandanschlag zu tun haben, der 2001 auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt wurde.

Gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ nannte Rautenberg als Anlass für seine Entscheidung zu seiner Kandidatur die Sorge vor dem Aufstieg der AfD. Er wolle den „einfachen Antworten“ der neuen Konkurrenz bei der inneren Sicherheit seine Sachkompetenz als dienstältester Generalstaatsanwalt mit mehr als 20 Jahren Diensterfahrung entgegensetzen.

Allerdings wird auch für Brandenburgs AfD ein erfahrener Staatsanwalt zur Bundestagswahl antreten. Bereits im Januar wählte die AfD-Basis den leitenden Oberstaatsanwalt Roman Reusch auf Platz zwei der Landesliste zur Bundestagswahl. Reusch wohnt in Brandenburg, als Staatsanwalt ist er aber im Land Berlin tätig. In der Vergangenheit hatte er unter anderem bei der Berliner Staatsanwaltschaft die Abteilung für jugendliche Intensivtäter geleitet. *Norman Hanert*

Islamistengedenken

Von Vera Lengsfeld

Ein Vierteljahr nach dem islamistischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz ist die schreckliche Tat fast vergessen. Kerzen und andere Devotionalien sind weggeräumt. Alle Spuren des Verbrechens getilgt. Der Versuch einer Handvoll Leute, am 19. jedes Monats der Opfer zu gedenken, wurde mangels Beteiligung eingestellt. Weder der Pfarrer der Gedächtniskirche, die nebenan steht, noch gar ein Mitglied des Senats, geschweige denn Berlins Bürgermeister nahmen davon Notiz. Vielleicht wollte man nicht daran erinnern, dass es sich mit zwölf Toten und über 50 Verletzten um einen der größten Anschläge, die in Nachkriegsdeutschland stattgefunden haben, handelt.

Nun wurde von anderer Seite der 19. März instrumentalisiert. Ein Islamist hatte eine „Friedensdemonstration“ angemeldet und Bürgermeister Müller dazu eingeladen. Der sagte zu. Er ignorierte sogar eine briefliche Bitte des Zentralrats der Juden, nicht an dieser Kundgebung teilzunehmen. Er würdigte den Zentralrat nicht mal einer Antwort. So stand Müller ausgerechnet am Tag des verhinderten islamistischen Terrorakts auf dem Pariser Flughafen Orly Seit an Seit mit Islamisten auf dem Breitscheidplatz bei einer Veranstaltung, die man nur als Provokation und als absichtliche Verhöhnung der Opfer empfinden kann.

Von denen war seitens der Veranstalter nicht die Rede, sie sprachen nur vom Frieden, davon, dass Islam Frieden bedeute. Natürlich erwähnte Müller die Opfer in seinem Grußwort nicht. Aber wenn, wäre das belanglos gewesen. Entscheidend war nur seine Teilnahme. Mitveranstalter war die Neuköllner Begegnungsstätte (NBS). Sie und drei weitere teilnehmende Vereine werden vom Verfassungsschutz wegen der Nähe zur Muslimbruderschaft beobachtet. Bekannt ist außerdem, dass einer der Moscheevereine der „Berliner Treffpunkt von Hamas-Anhängern“ ist, wie es Müller dem Berliner Verfassungsschutzbericht von 2015 hätte entnehmen können. Islamexperte Ahmad Mansour in der „Welt“: „Herr Müller verkennt die Strategie der Moscheen, die der Muslimbruderschaft nahestehen. Sie arbeiten seit Jahren daran, als Partner der Politik wahrgenommen zu werden. Müller erfüllt ihnen diesen Wunsch, wenn er mit ihnen am Ort des islamistischen Terrors für Frieden demonstriert.“

Besonders pikant ist, dass etwa zur gleichen Zeit bekannt wurde, dass in der Türkei Mittäter oder Mitwisser des Weihnachtsmarktanschlags verhaftet wurden. Es handelt sich um Männer mit deutschem Pass und libanesischen sowie jordanischen Wurzeln. Inzwischen hat wenigstens einer, der Neuköllner Ex-Abgeordnete Erol Özkaraca, seinen Austritt aus der Berliner SPD angekündigt. Er teilte mit, ihn habe „der Auftritt des Regierenden auf dem Breitscheidplatz und die Manifestierung eines meiner Auffassung nach zu toleranten Umgang mit dem politischen Islam und Islamisten“ zu diesem Schritt veranlasst.

Das Rennen ist eröffnet

Jakobs hört 2018 auf: Wer wird Potsdams neuer Bürgermeister?

Ende 2018 steht in Potsdam die Neuwahl des Oberbürgermeisters an. Der 63-jährige Amtsinhaber Jann Jakobs (SPD) tritt nicht mehr an. Das Ringen um die Nachfolge beginnt.

Potsdam war immer heiß umkämpft. Die Linkspartei konnte in früheren Jahren nur unter großen Mühen von der Macht ferngehalten werden. 1993 wurde Horst Gramlich (SPD) und 1998 Brandenburgs späterer SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck zum Oberbürgermeister gewählt. An diese Erfolge konnte der aus Ostfriesland stammende studierte Soziologe und Politikwissenschaftler Jacobs anknüpfen.

Nach einer 16-jährigen Amtszeit will sich der 63-Jährige aber nun ins Privatleben zurückziehen: „Mit 73 Jahren will ich nicht mehr Oberbürgermeister sein.“ Als mögliche Nachfolger werden in der Öffentlichkeit der Generalsekretärin der brandenburgischen SPD, die 41-jährige Klara Geywitz, und der 44-jährige Sozialdezernent Mike Schubert gehandelt. Doch auch dem aus West-Berlin stammenden, 1958 geborenen Finanzdezernenten Burkhard Exner werden Ambitionen nachgesagt.

Linkspartei musste wegen der AfD heftig Federn lassen

Aussicht auf den Oberbürgermeisterposten haben nur SPD oder Linkspartei. Bei den Dunkelroten gilt der jetzige Vorsitzende der Landtagsfraktion, Hans-Jürgen Scharfenberg, als Favorit, der schon zweimal vergeblich gegen Jakobs kandidiert hat. Die CDU erreichte bei den Kommunalwahlen 2014 nur 15,5 Prozent, die Grünen knapp zwölf. Dennoch haben beide Parteien angekündigt, bei den Oberbürgermeisterwahlen mit eigenen Kandidaten antreten zu wollen.

Auch die Linke wittert Morgenluft. Scharfenberg rechnet sich trotz zweier Niederlagen diesmal Chancen aus. Linkspartei-Kreischef Sascha Krämer geht es vor allem ums Mitmischen: „Seien es jüngere Gesichter, seien es überparteiliche Kandidatinnen, nominiert von mehreren Parteien, oder sei es ein linker Kandidat.“

Die Linkspartei hat in Potsdam ein Problem. Sie verlor 2014 5,5 Prozentpunkte und die damals noch sehr junge AfD holte im Gegenzug ein Ergebnis von 4,5 Prozent. Es ist kein Geheimnis, dass in den neuen Bundesländern viele Wähler von der Linkspartei zur AfD wechseln. Das dürfte Krämer antreiben: Ein „überparteilicher“, gemeinsamer Kandidat der Parteien links der Mitte würde die Schwäche der eigenen Truppe überdecken. *Hans Lody*

CDU: Hässlicher Streit

Berlin: In Steglitz-Zehlendorfs Union fliegen die Fetzen

Ein sehr hässlicher Streit erschüttert die ohnehin krisengeplagte Berliner CDU. Im mitgliederstärksten Kreisverband Steglitz-Zehlendorf zanken der bisherige Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann und der frühere Justizsenator und Kreisvorsitzende Thomas Heilmann um die Wahlkreiskandidatur für den Bundestag. Der Wahlkreis ist eine Hochburg der Christdemokraten in der überwiegend rot-grünen Hauptstadt

In den elf Ortsverbänden des Kreisverbandes sind rund 2200 CDU-Mitglieder organisiert. Die Delegierten der Ortsverbände haben Heilmann zum Kreisvorsitzenden gewählt, der wollte sich dennoch lieber von der gesamten Mitgliederbasis in Direktwahl zum Bundestagskandidaten küren lassen. Wellmann dagegen wollte am Delegiertenwahlsystem festhalten. Nachdem im Kreisvorstand keine Zweidrittelmehrheit für eine Kandidatenkür durch die Mitgliederbasis erreicht werden konnte, ließ Heilmann per Kreisvorstandsbeschluss in einem schriftlichen Verfahren eine Mitgliederbefragung durchführen. Diese ergab gemäß seiner Hoffnung eine Mehrheit für das Mitgliederprinzip.

Votum gefälscht? Staatsanwalt ermittelt bereits

Über den Ablauf dieser Befragung aber streiten nun Heilmann und Wellmann. So kam heraus, dass etwa 350 Umfragebögen gefälscht wurden. Die fraglichen Fragebögen votierten fast alle für das Delegiertenprinzip, das Wellmann favorisiert. Der Landesverband der Berliner CDU untersuchte den Fall und empfahl , Strafanzeige gegen Wellmann wegen Urkundenfälschung (Mittäterschaft) zu stellen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits von sich aus die Ermittlungen aufgenommen.

Wellmann setzte sich zur Wehr und kündigte Strafanzeigen gegen Heilmann wegen Verleumdung und Falschaussage an. Eine erste Mitgliedervollversammlung am 1. März erbrachte kein Ergebnis. Wellmann und Heilmann erhielten jeweils 245 Stimmen. Daher musste am 19. März eine zweite Versammlung abgehalten werden. Diesmal waren noch mehr Mitglieder erschienen. 694 Christdemokraten hatten sich auf den Weg zu der Sporthalle auf dem früheren Kasernenbereich der US-Armee gemacht. Diesmal gewann Heilmann sehr eindeutig mit 378 Stimmen, während Wellmann nur 252 hinter sich brachte. Heilmann versprach den Mitgliedern: „Wir brauchen eine Erneuerung. Ich will Ihnen mehr Mitsprache im CDU-Landesverband ermöglichen.“ *Theo Maass*

MELDUNGEN

Wahrheit über »Trumpcare«

Washington – Die Prophezeihungen der Gegner von US-Präsident Donald Trump klingen dramatisch: Wenn er seine Gesundheitsreform durchsetzt, verlieren 14 Millionen US-Amerikaner ihre Krankenversicherung. Das stimmt, allerdings nur, wenn sie es selbst wollen. Kern der Reform ist nämlich die Aufhebung der Versicherungspflicht. An ihre Stelle soll eine freiwillige Krankenversicherung treten, die mit Steuernachlässen begünstigt wird. Bisher konnten staatliche Zuschüsse in Anspruch genommen werden. Außerdem soll die Höhe der Prämie nicht mehr vom Einkommen, sondern vom Lebensalter abhängig sein. Viele derjenigen, die künftig mehr zahlen müssen, könnten ihre Versicherung kündigen. *J.H.*

Ämterverbot für Katalanen Mas

Barcelona – Ein Gericht in Barcelona hat Kataloniens ehemaligen Regionalpräsidenten Artur Mas zu einem zweijährigen Ämterverbot verurteilt. Ihm werden Ungehorsam und Amtsmissbrauch vorgeworfen, weil er 2014 trotz eines vom Verfassungsgericht verhängten Verbots einen symbolischen Volksentscheid über die Abspaltung der Region von Spanien hatte durchführen lassen. An der Volksbefragung nahmen etwa 2,3 der 6,3 Millionen Stimmberechtigten teil. Mehr als 80 Prozent von ihnen stimmten für die Unabhängigkeit. In der Anklageschrift heißt es, Mas habe beispielsweise widerrechtlich Schulgebäude und Computer für den Wahlgang genutzt. Mitangeklagt waren Kataloniens damalige Vizeregierungschefin Joana Ortega und Ex-Bildungsministerin Irena Rigau, die zu Ämterverboten von einem Jahr und neun Monaten beziehungsweise einem Jahr und sechs Monaten verurteilt wurden. Die Verteidigung berief sich ohne Erfolg auf das „Recht auf Meinungsfreiheit“. *J.H.*

Geht Pjotr Poroschenko ins Exil?

Angeblich trifft der ukrainische Präsident bereits Vorbereitungen, sich nach Spanien abzusetzen

In Kiew macht ein Gerücht die Runde, das den Reiz unbewiesener Behauptungen eindrücklich bestätigt. Ungewöhnlich allerdings ist, dass der Urheber bekannt ist. Ein früherer Abgeordneter des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, Wladimir Olejnik, hat per Twitter seinen Präsidenten, Pjotr Poroschenko, beschuldigt, er habe alle Vorbereitungen getroffen, um sich nach Spanien abzusetzen.

Olejnik nennt Einzelheiten. Danach hat der Präsident Geld und Kunstgegenstände in zwei Flugzeugen als diplomatische Fracht nach Marbella an der Costa del Sol geschickt. Diese Informationen will der frühere Abgeordnete von Zollbeamten und Agenten des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU erhalten haben. Das klingt schlüssig, denn der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Ukraine und Staatsjustizrat Renat Kusmin, ein hochdekorierter Jurist, hat den Chef des SBU, Wasilij Grizak, aufgefordert, gegen Poroschenko und die führenden Manager seines Unternehmens Roshen wegen Landesverrats ein Strafverfahren einzuleiten. Der Grund: Während Poroschenko in der Öffentlichkeit von einem „Krieg gegen Russland“ rede, treibe er als Unternehmer Geschäfte mit dem verfemten Nachbarn.

Poroschenko hatte vor seiner Wahl zum Präsidenten versprochen, sich von seinen Firmen und Beteiligungen zu trennen, es solle Schluss sein mit der Oligarchen-Wirtschaft. Allerdings scheint ihm das nicht ganz gelungen zu sein, wiewohl er im Falle Roshen, seinem Schokoladen-Imperium, sogar Rothschild als Vermittler für einen Kauf eingeschaltet hat. So kommt es, dass Poroschenko, der während seiner bisherigen Präsidentschaft auf der Liste der reichsten Männer der Ukraine steil nach oben geklettert ist, heute nach eigenen Angaben über 104 Unternehmen und einige Fonds verfügt. Dazu kommen eine Kunstsammlung, eine Flotte von Luxusautos und zehntausende von Hektar landwirtschaftlicher Fläche und diverse andere Immobilien. Diese werden angeführt von seinem Eigenheim in Kosin bei Kiew, das aus einem mehrere Hektar großen Park und den darauf befindlichen Gebäuden besteht: ein repräsentatives schlossähnliches Haupthaus, Nebengebäude, Kavaliershäuser, Eremitagen und Unterkünfte für das Personal.

> Geld und Kunstgegenstände sollen in zwei Flugzeugen als diplomatische Fracht nach Marbella geschickt worden sein

Kein Wunder, dass man dabei den Überblick verlieren kann, und das führt wieder nach Spanien. Denn auch dort, am Zielpunkt der angeblichen fliegenden Geldtransporte, verfügt Poroschenko über eine Villa, die so dimensioniert ist, dass er sich im Falle des Falles gegenüber der Bleibe in Kosin nicht allzu sehr beengt fühlen müsste. Bei Abwesenheit des Hausherrn sieht dessen enger Freund, der ukrainische Botschafter in Spanien, dann und wann nach dem rechten. Nur leider hat er bei seiner jüngsten Steuererklärung dieses spanische Haus völlig vergessen und musste durch neugierige Journalisten des ukrainischen Fernsehsenders Pertschyi Nazionalnyi daran erinnert werden. Der Wert des Sommerhäuschens liegt bei vier Millionen Euro.

Für Poroschenko könnte das spanische Heim insofern gemütlicher werden denn das ukrainische, als es bereits im vergangenen August eine Umfrage gab, der zufolge die Hälfte der Ukrainer vorgezogene Neuwahlen des Präsidenten und zum Parlament wünscht. Das hat das „Institut für Analyse und Prognose“ festgestellt. Natürlich wurde auch die Frage nach den Präferenzen der Wähler gestellt, und dabei kam Poroschenko mit seiner Partei auf nur noch 11,1 Prozent. Grund genug, ein wenig auf den Sparstrumpf zu achten.

Doch schlechte Umfragewerte allein sind sicher nicht geeignet, den ukrainischen Präsidenten zur Resignation zu zwingen. Anders könnte es sich indes mit der Entwicklung in den USA verhalten. Die scheint allerdings derzeit ambivalent zu sein. Einerseits hat der US-Kongress Anfang März vorgeschlagen, die Militärhilfe für die Ukraine zu kürzen, und zwar von 350 Millionen auf 150 Millionen Dollar. Wenn der Gesetzentwurf des Kongresses vom US-Repräsentantenhaus und vom Präsidenten gebilligt würde, wäre das wahrlich ein spürbarer Einschnitt, insbesondere vor dem Hintergrund steter Erfolglosigkeit der ukrainischen Armee im Donbass.

Andererseits beabsichtigt derselbe Kongress, Kiew im Gegensatz zu früher Mittel für den Kauf von tödlichen Waffen bereitzustellen. Sergej Schelesnjak, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses bei der russischen Staatsduma, hält diese Absicht des US-Kongresses für eine sehr gefährliche Provokation, die den Militärkonflikt im Donbass erneut zuspitzen könnte. Er warnt: „Die US-Politiker müssen sich bewusst sein, dass sie somit Poroschenkos Krieg gegen das eigene Volk und den Massenmord an Zivilisten sponsern würden.“

Der Sinneswandel der USA im Hinblick auf tödliche Waffen für die Ukraine weist auf ein bemerkenswertes Internum der US-Politik hin. Bislang war der Senator John McCain als größter Kriegstreiber auch derjenige, der vehement und laut nach tödlichen Waffen für Kiew gerufen hatte. Am 2. Februar hatte er Präsident Donald Trump, seinem Intimfeind, das Anliegen abermals mitgeteilt, „tödliche Defensivwaffen der Ukraine zur Verfügung zu stellen, damit sie ihr Territorium schützen kann“. Jetzt hat der Kongress die Initiative McCains übernommen, und Trump sieht sich unvermittelt einer Kraftprobe gegenüber, die ihn mehr kosten kann, als ihm die Ukraine wert ist. *Florian Stumfall*



Bild: pa

Von ihm stammt das Gerücht: Der ehemalige Abgeordnete des ukrainischen Parlaments Wladimir Olejnik

Immer öfter ohne Bambini

Europäische Union: Kinderzahl pro Frau im Süden am niedrigsten

Die Bambini-Zeiten, in denen die meisten Kinder pro Frau im armen Süden Europas geboren wurden, sind längst vorbei. Der reiche Norden mit Skandinavien und Irland bildet jetzt mit Frankreich die Spitze innerhalb der EU, was die Kinderzahl pro Frau betrifft. Doch selbst in Frankreich ist die Anzahl der Kinder pro Frau von 2,01 2014 auf 1,92 im Jahre 2015 zurückgegangen. Damit liegt Frankreich immer noch vor Irland mit 1,92 und Schweden mit 1,85 Kindern. Damit liegt selbst in den Spitzenländern der EU dieser Wert noch unter dem wissenschaftlich errechneten Koeffizienten zum Erhalt der Bevölkerung, der bei 2,1 liegt. Das heißt, alle Länder Europas würden ohne Zuwanderung einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben, die einen weniger, die anderen mehr. Zu letzteren gehört seit 1973 auch Deutschland, dessen Fruchbarkeitskoeffizient pro Frau jedoch in den letzten Jahren auf 1,5 gestiegen ist.

Schlusslicht bilden die südeuropäischen EU-Mitglieder Portugal mit 1,31, Südzypern mit 1,32, Griechenland mit 1,33 sowie Italien und Spanien mit 1,35. Auch Polen und Rumänien, zwei Länder Mittel- und Süsosteuropas, die einst weit vor Deutschland lagen, sind mittlerweile abgerutscht und haben nur noch Reproduktionskoeffizienten von 1,32 Kindern pro Frau.

Entgegen der bisherigen Annahme scheint ein hoher Beschäftigungsgrad der Frauen den Koeffizienten nicht zu senken. So geht in Ländern wie den skandinavischen, in denen vergleichsweise viele Kinder geboren werden, ein hoher Anteil der weiblichen Bevölkerung einer Erwerbstätigkeit nach, während in Südeuropa nicht nur die Arbeitslosigkeit der Männer die höchste in der EU ist, sondern

> Gebärfreudige Franzosen, Iren und Skandinavier

auch der Beschäftigungsgrad des weiblichen Bevölkerungsanteils der niedrigste. Dass Berufstätigkeit potenzielle Väter und Mütter in Nordeuropa und Frankreich nicht von der Fortpflanzung abhält, scheint an der Familienpolitik der entsprechenden Staaten zu liegen. Vor allem in Frankreich haben großzügige Elternurlaubsregelungen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Familienzulagen die Geburtenziffern hochgetrieben. Auch das gestiegene Ansehen von Müttern in vielen europäischen Ländern ist der Gebärfreudigkeit förderlich.

Im zwar nicht zur EU, aber doch zu großen Teilen zu Europa gehörenden Russland ist der Koeffizient nach einer langen Phase des Sinkens wieder gestiegen und hat mit 1,9 mit dem in den USA gleichgezogen. In den islamischen Ländern sinkt infolge wachsenden Wohlstandes die Kinderzahl pro Frau und nähert sich, wie im Falle der Türkei mit 2,1, derjenigen in Europa. Daran ändert auch das persönliche Eintreten des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan für die „islamische“ Drei-Kinder-Familie nichts. In Schwarzafrika und Afghanistan bleibt die Kinderzahl pro Frau im Bereich von sechs Kindern, was weiterhin großen Auswanderungsdruck in diesen Ländern erzeugt. 1915/16 hat China von der Ein- zur Zwei-Kind-Politik gewechselt. Inzwischen ist der Koeffizient in der Volksrepublik auf 1,6 gestiegen. Trotzdem wird das Reich der Mitte bald als bevölkerungsreichstes Land der Erde von Indien abgelöst werden. Dort liegt der Koeffizient bei 2,3. Das ist jedoch noch gar nichts gegenüber dem nigerianischen Wert von 5,5. Wenn das so weiter geht, könnte Nigeria in 100 Jahren als drittes Land der Erde die Milliardengrenze überschreiten. *Bodo Bost*

Pole gegen Polen gewählt

Warum seine Heimat gegen den EU-Ratspräsidenten Tusk stimmte

Dass hohe Funktionsträger der Europäischen Union gegen den Widerstand ihres Heimatlandes wiedergewählt werden, kommt relativ selten vor. Donald Tusk, seit 2014 Präsident des Europäischen Rates, ist das nun passiert. Die polnische Regierung versuchte sogar aus dem ehemaligen Ministerpräsidenten Polens, den man einst als Kaschuben schlechtreden wollte, einen „Deutschen“ zu machen.

Im Zuge der Vertiefung der EU war 2009 das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates geschaffen worden. Der EU-Ratspräsident leitet die Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Zum ersten Amtsinhaber war 2009 der belgische Premierminister Herman Van Rompuy von der flämischen Partei Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V, Christlich-Demokratisch und Flämisch) designiert worden. 2012 war Van Rompuy von den Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten einstimmig im Amt bestätigt worden. Nach dem Ablauf der zweiten Amtszeit des Belgiers wurde Tusk 2014 zu dessen Nachfolger gewählt.

Damals hatte der Pole noch die Unterstützung seiner Regierung. Das verwundert nicht wirklich, denn bei seiner Wahl war er Ministerpräsident Polens. 2015 kam es jedoch zu einem Regierungswechsel. Bei den Parlamentswahlen des Jahres verlor die bisherige Regierungskoalition aus Tusks liberalkonservativer Platforma Obywatelska (PO, Bürgerplattform) und der Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL) nach zwei Legislaturperioden die Regierungsmehrheit. Seitdem stellt in Polen die von Jarosław Kaczynski geleitete Partei Prawo i Sprawiedliwosc (PiS, Recht und Gerechtigkeit) den Regierungschef. Die Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel haben sich seitdem sehr verschlechtert, wofür die polnische Regierung nicht zuletzt den EU-Ratspräsidenten verantwortlich macht.

Als einziges Land der Europäischen Union machte Polen nun offen Stimmung gegen eine zweite Amtszeit für Tusk. Während man ihm vorher vorgeworfen hatte, ein Kaschube zu sein, dessen Großvater in der deutschen Wehrmacht gekämpft habe, erklärte Kaczynski nun, Tusk sei „der deutsche Kandidat“, nämlich der Kandidat von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Kaczynski wirft Berlin seit Langem ein Übergewicht in der EU vor. Dabei überging er geflissentlich, dass Tusk vor dem Hintergrund der Asylkrise auch mehrmals die Bundeskanzlerin wegen deren Politik der offenen Grenzen, die der Dublin-III-Verordnung widerspricht, kritisiert hat. *B.B./PAZ*



Bild: Mateusz Włodarczyk - www.wlodarczykfoto.pl

Manchen ist er ihr zu nahe: Angela Merkel und Donald Tusk

EU will China auf die Finger schauen

Der Verkauf europäischer Firmen ins Ausland soll stärker kontrolliert und reglementiert werden

Die EU-Kommission hat auf Initiative Deutschlands, Frankreichs und Italiens einen Plan zum Schutz vor unerwünschten Firmenübernahmen entwickelt. Sorgen bereiten außereuropäische staatsnahe Firmen, aber auch Staatsfonds, die mit Unternehmenskäufen ein ganz bestimmtes Ziel verfolgen.

Insbesondere chinesische Investoren befinden sich schon seit einiger Zeit auf einer groß angelegten Einkaufstour in Europa. Laut einer Studie des Berliner China-Instituts Merics und der Rhodium Gruppe haben chinesische Investoren im vergangenen Jahr allein in Deutschland elf Milliarden Euro investiert. Die bisher größte chinesische Firmenübernahme in Europa, der Kauf des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch den chinesischen Hausgerätehersteller Midea, sorgte im vergangenen Jahr für erhebliches Aufsehen. Während der chinesische Käufer bislang keine Erfahrung in der Automatisierung hat, gilt Kuka weltweit als führender Anbieter von Robotern für die Industrieproduktion. Die letzte Hürde bei der Übernahme des deutschen Unternehmens war eine Zustimmung der US-Behörden. Erst als Kuka einwilligte, sein Flugzeugindustrie-Geschäft in den USA an ein dortiges Unternehmen abzugeben, gab die US-Regierung ihren Widerstand gegen den Kuka-Verkauf auf. Hintergrund der US-Forderung waren Bedenken, dass im Zuge der Firmenübernahme auch militärisch relevante Technologie in das Eigentum der Chinesen übergeht.

Am Veto Washingtons gescheitert ist der Verkauf des deutschen Spezialmaschinenbauers Aixtron. Laut Medienberichten soll ein US-Geheimdienst beim Kanzleramt interveniert haben, um das Geschäft mit den Chinesen zu verhindern. Abermals gab es in Washington Bedenken, dass mit dem Firmenverkauf China an militärisch nutzbare Technologie gelangt.

Die überraschende Rücknahme der bereits erteilten Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Firmenübernahme durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gilt mittlerweile als eine Wende in der deutschen Chinapolitik. Der Freistaat Bayern hat vor Kurzem im Bundesrat einen Vorstoß zum besseren Schutz deutscher Technologien unternommen. Ein Kernpunkt des bayerischen Antrags war die Forderung, dass der Bund die Möglichkeit erhalten soll, Direktinvestitionen von mehr als 25 Prozent verbieten zu können, wenn diese nicht vorrangig auf „marktwirtschaftlichen Überlegungen“ basieren. „Häufig stecken staatliche Subventionen dahinter, die zu überhöhten Preisen und damit zu erheblichen Marktverzerrungen führen“, so Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU).

Auch wenn im Zusammenhang mit strategischen Firmenkäufen regelmäßig der Name Chinas genannt wird, so ist das Problem doch umfassender. Der Wirtschaftswissenschaftler Stephan A. Jansen hat gegenüber der österreichischen Zeitung „Die Presse“ unlängst darauf hingewiesen, dass weltweit über 75 Staatsfonds existieren, die als Käuferfonds strukturiert sind. Auch diese Investoren können bei ihren Anlageentscheidungen strategische Interessen des jeweiligen Heimatlandes verfolgen. Aus Sicht des in Karlsruhe forschenden Wissenschaftlers fehlt in Europa allerdings bislang eine systematische Innovations- und Technologieaußenpolitik. „Der Staat muss sich fragen, was an industriellen Innovationen und Technologien behalten werden kann“, so Jansen.

> Die Europäische Kommission hat auf Initiative der EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Italien einen Plan entwickelt

Auf Initiative Deutschlands, Frankreichs und Italiens soll die EU-Kommission inzwischen einen Plan zum Schutz gegen unerwünschte Firmenübernahmen aus Ländern wie China erarbeitet haben. Aufgeführt wird in dem Papier der EU-Kommission eine ganze Liste von Bereichen, die stärker geschützt werden sollen. Neben wichtiger Infrastruktur wie Flug- und Seehäfen werden Bereiche der Hochtechnologie samt Zulieferer genannt. Vorgesehen ist anscheinend auch das Recht, dass die Mitgliedsländer selbst entscheiden, ob sie eine Übernahme genehmigen oder blockieren.

Tatsächlich stellen solche Entscheidungen einem Balanceakt dar. Neben dem Anspruch des Staates, ein Recht darauf zu haben, zum Wohle der Allgemeinheit einen Technologietransfer ins Ausland unterbinden zu dürfen, wird meist weniger beachtet, dass das Verbot eines Firmenverkaufs auch einen tiefen Eingriff in das Recht auf Eigentum darstellt.

Einen Anteil an dem sich nun abzeichnenden restriktiveren Kurs dürften auch die geänderten internationalen Rahmenbedingungen haben. China hat sich mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 verpflichtet, marktwirtschaftliche Regeln zu befolgen. Investoren aus Europa und den USA bemängeln allerdings bis heute, dass sie in China starken Beschränkungen unterworfen sind. Wollen ausländische Unternehmen im Reich der Mitte zum Zuge kommen, ist dies bislang in der Regel nur über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Firmen möglich gewesen. Folge war oftmals ein Technologietransfer im Zuge der sogenannten Joint Ventures. Die Welthandelsorganisation hat China trotz solcher Praktiken Ende 2016 dennoch den offiziellen Status einer Marktwirtschaft zuerkannt.

Norman Hanert



Bild: Aixtron

Die überraschende Rücknahme der bereits erteilten Unbedenklichkeitsbescheinigung für eine chinesische Übernahme von Aixtron durch den Bundeswirtschaftsminister gilt mittlerweile als eine Wende in der deutschen Chinapolitik: Produktionshalle des Spezialmaschinenbauers mit Sitz in Herzogenrath, der Anlagen zur Herstellung von Verbindungshalbleitern und anderen Multikomponenten-Materialien produziert

MELDUNGEN

Inflation steigt weiter an

Berlin – Die Inflation in Deutschland zieht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter an. Im Januar stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,9 Prozent. Größter Preistreiber war erneut Energie, die sich im vorigen Monat um 7,2 Prozent verteuerte. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich mit 4,4 Prozent überdurchschnittlich, allein die Preise für Gemüse stiegen um 21 Prozent. Waren und Dienstleistungen kosteten im Schnitt 2,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Teuerung liegt damit über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank, die nur bei Werten von knapp unter zwei Prozent von stabilen Preisen spricht. *J.H.*

Hansebüro wird wiedereröffnet

Kiel/Königsberg – Das schleswig-holsteinische Hansebüro in Königsberg wird als russische GmbH wiedererrichtet. Die Vorgängereinrichtung hatte 2016 geschlossen werden müssen, nachdem sie von den russischen Behörden in das „Register ausländischer Agenten“ eingetragen worden war. Europa-Ministerin Anke Spoorendonk (SSW) hofft, mit der neuen Lösung einen „sicheren rechtlichen Rahmen für unsere Vertretung“ gefunden zu haben. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.425.151.287 €
Vorwoche: 2.032.384.159.576 €

Verschuldung pro Kopf:
24.733 €
Vorwoche: 24.732 €

(Dienstag, 21. März 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

EU gibt grünes Licht

Siemens und Gamesa fusionieren ihre Windenergie-Geschäfte

Die EU-Kommission hat ohne Auflagen die Fusion des spanischen Windturbinenherstellers Gamesa mit der Siemens Wind Power genehmigt. Durch die Zusammenlegung stärkt das Unternehmen Siemens seine bislang eher kleine Sparte der sogenannten Onshore-Windturbinen. Diese Windkraftanlagen, die auf dem Land errichtet werden, stellen das Kerngeschäft der spanischen Gamesa dar. Siemens und Gamesa hatten sich bereits im vergangenen Jahr auf die Zusammenlegung ihrer Windkraftaktivitäten geeinigt. Zwar übernimmt Siemens mehr als 50 Prozent an dem spanischen Unternehmen, die Zentrale der Firma soll jedoch in Spanien liegen. Insgesamt entsteht mit der spanisch-deutschen Fusion der weltweit führende Anbieter von Windrädern mit einem Umsatz von über neun Milliarden Euro. Trotz dieser Marktmacht verbleiben aus Sicht der EU-Wettbewerbshüter in Brüssel noch genügend Wettbewerber auf dem Markt für Onshore- und Offshore-Windkraftanlagen.

Im Kontrast zu den positiven Erwartungen bei dem neuen Windkraft-Giganten wachsen in der Branche die Sorgen über die wirtschaftlichen Aussichten für die Hersteller, aber auch für Projektplaner und Wartungsfirmen von Windkraftanlagen.

Durch die schon vor längerer Zeit beschlossene Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) werden hierzulande Windstromanbieter künftig ihre Leistung ausschreiben müssen. Konkret soll für neue Anlagen ab einer bestimmten Leistung keine feste Vergütung mehr gezahlt werden. Stattdessen soll die Bundesnetzagentur Ausschreibungsverfahren durchführen. Den Zuschlag erhält dann das Unternehmen, welches das günstigste Angebot für den Betrieb abgibt. Mit der Änderung sollen die Kosten gesenkt und der Wettbewerb auf dem Windenergiemarkt vergrößert werden.

> Weltweit führender Anbieter von Windrädern

Noch stehen zahlreiche Windkraftanlagen vor der Realisierung, die von den Behörden nach der bisherigen, festen Einspeisevergütung durchgewunken wurden. So gilt für Anlagen, die noch bis Ende des Jahres 2016 genehmigt wurden, eine Übergangsfrist bis Ende 2018. Gehen diese Anlagen bis dahin in Betrieb, sind sie vom geplanten Ausschreibungsverfahren befreit.

Zu diesen neuen Rahmenbedingungen bei der Förderung kommt ein hoher Konkurrenzdruck. Die Branche hat insgesamt Überkapazitäten aufgebaut. Wie dies bereits in der Solarbranche zu beobachten war, haben chinesische Anbieter auch bei den Windkraftturbinen für einen Preisverfall gesorgt. Der Windanlagenbauer Senvion hat vor Kurzem den Abbau von 660 Stellen und die Schließung mehrerer Standorte in Deutschland angekündigt.

Senvion rechnet offenbar mit einer längeren Konsolidierungsphase. Laut Firmenchef Jürgen Geißinger werde der Konzern 2019 wieder zu einem „profitablen, kapitaleffizienten und international wachsenden Unternehmen zurückkehren“. Bereits im Februar musste der Windturbinenhersteller Nordex seine bisherigen Ziele für die Geschäftsjahre 2017/18 zum Teil drastisch zurücknehmen. Wie schon der Windanlagenbauer Senvion hat auch Nordex inzwischen Schritte zur Kostensenkungen angekündigt. Auch bei Nordex wird der Abbau von Stellen nicht ausgeschlossen. *N.H.*

Keine Interimslösung

Richard Lutz statt Roland Pofalla neuer Chef der Deutschen Bahn

Es soll keine Interimslösung sein. Doch wie ein Wunschkandidat wirkt Richard Lutz nicht. Der bisherige Finanzchef soll die Nachfolge von Rüdiger Grube antreten, der Ende Januar als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn zurückgetreten ist. Der umstrittene Aufsichtsratsvorsitzende Utz-Hellmuth Felcht darf vorerst bleiben.

Als der vermeintliche Neuanfang besiegelt war, wurde noch einmal schmutzige Wäsche gewaschen. Grube, der sich mit dem Aufsichtsrat nicht über die Laufzeit eines neuen Vertrags hatte einigen können, sei kein Mannschaftsspieler gewesen und habe den Konzern ohne Not in eine schwere Krise geraten lassen. Aufsichtsratschef Felcht, der mächtig unter Druck geraten war, betonte nochmals öffentlich, nur im Sinne der Gremienbeschlüsse agiert zu haben. Der Aufsichtsrat habe den Beschluss, Grube eine kürzere Vertragsverlängerung als vereinbart anzubieten, „einstimmig, eindeutig und einvernehmlich“ getroffen. Dies habe er lediglich umgesetzt.

Der Bruch ist bereits mehr als sechs Wochen her. Hinter den Kulissen des zu 100 Prozent bundeseigenen Konzerns wurde erbittert gerungen, wer die Verantwortung für die immer noch knapp 300 000 Mitarbeiter übernehmen soll. Es ist kein Geheimnis, dass der frühere CDU-Spitzenfunktionär Roland Pofalla eigene Ambitionen hatte. Der Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel fungiert seit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Kanzleramtsministers als Infrastrukturvorstand der Bahn. Es galt lange als ausgemachte Sache, dass er irgendwann einmal die prestigereiche Führungsposition übernimmt. Aber die politische Großwetterlage hat sich verändert. Ein Politiker an der Spitze des Großkonzerns hätte im Wahljahr für keinen guten Eindruck gesorgt. Zudem sollen die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat damit gedroht haben, gegen Pofalla zu stimmen. Zwar hätte die Kanzlerin ihren Kandidaten durchdrücken können, aber in Berlin heißt es, die CDU-Vorsitzende wolle keine neue Diskussion um Vetternwirtschaft anstoßen.

> Felcht bleibt Aufsichtsratschef auf Bewährung

Aus Bahnkreisen wurde lanciert, Pofalla habe sich mit Lutz auf eine unbefristete Nachfolgeregelung geeinigt. Der neue Chef ist erst 52 Jahre alt und soll keine Interimslösung werden. Damit sei klar, dass Pofalla niemals Bahnchef werde, analysiert der „Spiegel“. Externe Kandidaten wie etwa der Chef der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), Andreas Meyer, hatten somit keine Chancen. Künftig wird der Vorstand aus fünf Mitgliedern bestehen, die Aufgaben sollen auf mehrere Schultern verteilt werden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Felcht habe „jetzt eine verantwortungsvolle Aufgabe“, schreibt das „Handelsblatt“. Nun sei es an ihm, „die Neuordnung positiv zu begleiten“, zitiert das Blatt aus dem Aufsichtsrat. Frei übersetzt bedeutet dies: Felcht arbeitet auf Bewährung.

Einen spektakulären Neuzugang gibt es dann doch noch. Der bisherige Siemens-Manager Siegfried Russwurm wird als neuer Technikvorstand einsteigen. Der hatte seinen Vertrag bei Siemens nicht verlängert und galt auch als Kandidat für den Vorstandsvorsitz. Dass er dennoch kommt, obwohl die Wahl auf die interne Lösung Lutz fiel, wertet der Aufsichtsrat als Zeichen für die ungebrochene Popularität der Bahn.

Peter Entinger

Ein »Ding an sich«

Von Wolfgang Thüne

Manchmal passieren unerwartete Dinge zwischen Himmel und Erde. Just als die „Klimagöttin“ Angela Merkel die Regierungsmaschine zum Besuch ihres politischen Intimfeindes Donald Trump besteigen wollte, rief dieser, fürsorglich um das Wohl der Kanzlerin bedacht, an, warnte sie vor einem Schneesturm gigantischen Ausmaßes und bat um eine Verschiebung ihres Besuches.

Es geht nun nicht um die Frage, ob die Wetterprognose korrekt oder übertrieben war. Der Hintersinn könnte gewesen sein, der „Klimagöttin“ Merkel indirekt aufzuzeigen, dass es in der realen Welt nicht um das „Klima“ geht, sondern um das Naheliegende, das konkrete Wetter. Wenn der Mensch, selbst die Supermacht USA, das Wetter nicht bändigen und sich untertan machen kann, verliert dann nicht jedes Bemühen um „Klimaschutz“ seinen Sinn?

> Am Wetter scheitert selbst Merkel, die »Klimakanzlerin«

Die Antwort liegt in der Definition des Begriffes „Klima“. „Klima“ ist definiert als das Mittel des Wettergeschehens an einem Ort über eine Zeitspanne von 30 Jahren. Wer nun logisch denken kann, und das sei bei Physikern unterstellt, folgert aus der Definition, dass das „Klima“ eine abgeleitete Größe, ein statistisch ermittelter Rechenwert, ein nach Immanuel Kant abstraktes fiktives „Ding an sich“ ist ohne natürliche Eigenexistenz. Was als „Klimawandel“ interpretiert wird, ist ein ewiger Wetterwandel, den wir Menschen weder beeinflussen noch erklären können.

In alten Zeiten und allen Kulturen fürchteten sich die Menschen vor den Göttern und sahen „Unwetter“ als die gerechte Strafe der „Wettergötter“ für ihre Vergehen an. Bei den Griechen war es Zeus, bei den Römern Jupiter und bei den Germanen Wotan. Weiter waren vorher die Ägypter gegangen. Für sie war der höchste Gott der „Sonnengott Ra“, denn in der Sonne sahen sie nicht nur den Quell allen Lebens, sondern auch den direkten Energielieferanten für die Allgemeine Zirkulation, für das Wettergeschehen in seiner globalen Dimension.

Wenn sich der moderne Mensch selbst zum „Klimaschützer“ ernennt, um sich indirekt dadurch das Wetter untertan zu machen und in seinem Sinne lenken zu können, dann überschätzt er sich maßlos. Er brandmarkt das CO_2-Molekül als „Klimakiller“, ohne überhaupt die Frage gestellt, geschweige denn beantwortet zu haben, was das CO_2 mit der Vielfalt des Wetters auf dem Erdenrund und dem Wechsel der Jahreszeiten zu tun hat. Wer das unbewiesene Konstrukt vom „natürlichen Treibhauseffekt“ bezweifelt, ist kein „Klimaleugner“, sondern ein Fragender, solange die These vom „Treibhauseffekt“ nicht einwandfrei experimentell in der Natur nachgewiesen wurde. Dann dürfte es bei nächtlichem Aufklaren keinen Bodenfrost mehr geben, gäbe es keine „Eisheiligen“ mehr. Solch eine fachliche Diskussion zwischen Trump und Merkel könnte dem „Snow Day“ einen Sinn geben.

Anders als bei den Grünen

Von Hans Heckel

Es ist seine Aufgabe als führender Repräsentant der AfD, aus allem das Beste für seine Partei herauszulesen – zumal im Jahr der Bundestagswahl. Die optimistischen Äußerungen von AfD-Vize Alexander Gauland (siehe Interview auf Seite 2) vermögen jedoch kaum zu überdekken, was bei den Blauen derzeit im Argen liegt.

Gauland hat für sich genommen Recht, wenn er Streitereien und Flügelkämpfe zum Normalzustand einer jungen Partei erklärt, in der viele zusammenkommen, die sich erst noch finden müssen. Der Vergleich mit den Grünen geht jedoch nur teilweise durchs Ziel.

Die linksgrüne Sammelbewegung der 80er Jahre sprach ein junges, linkes Publikum an, das Freude an Radau und Chaos empfand, weil es das als Beleg für Lebendigkeit, Aufmüpfigkeit und Basisnähe sah. Also genau das, was die Anhänger der jungen Grünen bei den vermeintlich verstaubten, von der Macht korrumpierten Altparteien vermissten.

> Querelen und Provokationen schaden der AfD

Die AfD dagegen zielt auf reifere Bürger, die sich um Ordnung und Stabilität sorgen. Hier kommen ständige Querelen weitaus ungünstiger an als bei den Grünen-Wählern der 80er und 90er Jahre.

Gauland verteidigt die Doppelspitze, fürchtet aber gleichzeitig einen reinen Personenwahlkampf, in dem am Ende die Frage „Für Merkel oder für Schulz“ alle Inhalte überlagern könnte. Diese Gefahr ist in der Tat für alle kleinen Parteien real. Gerade hier aber fällt es negativ auf die AfD als nach Umfragen drittgrößte Kraft zurück, dass sie aufgrund ihres Doppelspitzen-Prinzips keinen herausragenden Kopf vom Format des Chefs ihrer österreichischen Schwesterpartei FPÖ, Heinz-Christian Strache, hervorgebracht hat.

Strache hat keine Probleme, im Personenwahlkampf gegen Schwarz und Rot zu bestehen. Doch nicht nur, dass eine solche Person in den Reihen der AfD derzeit kaum in Sicht ist. Sie hätte wegen der Doppelspitze strukturell auch kaum eine Chance, sich hinreichend zu profilieren, da sie ständig parteiintern um ihren Führungsanspruch ringen müsste. Das hat Strache schon formell gar nicht nötig.

Bleibt das Problem von Protagonisten wie Björn Höcke. Man mag einwenden, dass er von feindseligen Medienmachern bewusst missverstanden werde. Allerdings: Wer sich in lodernder Atmosphäre zu „Schande“ und „Holocaust-Mahnmal“ äußert, sitzt schon so gut wie in der Falle. Höcke sollte das wissen – wie andere AfD-Politiker übrigens auch.

Indes: Dass die AfD trotz all der inneren Streitigkeiten und äußeren Anfeindungen rund zehn Prozent bei den Umfragen halten kann, zeigt, dass sie über einen bemerkenswert festen Wählerstamm verfügt, der sich durch so gut wie nichts mehr erschüttern lässt.



Sucht den provokanten Auftritt, der seiner Partei nicht immer nützt: Björn Höcke bei einer Demonstration in Erfurt

Bild: pa

Gegenwind



Wettlauf zwischen China und den USA

Von Florian Stumfall

US-Präsident Donald Trump hat in seinem ersten Haushaltsentwurf eine Steigerung der Militärausgaben von neun Prozent vorgesehen, das sind 54 Milliarden US-Dollar. Doch was dem Weißen Haus recht ist, ist den Chinesen billig. Das gilt umso mehr, als sich die strategische Aufmerksamkeit Trumps ausdrücklich gegen China richtet. Das wird an der Bedeutung deutlich, welche die USA der Navy beimessen. China also will seine Ausgaben für das Militär im laufenden Jahr um sieben Prozent anheben. Damit werden 1,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreicht. Im Vergleich liegen die Chinesen damit gerade einmal bei rund einem Drittel der Militärausgaben der USA.

Doch es macht nicht immer die Masse. Staatschef Xi Jinping treibt die Entwicklung und Einführung innovativer Technologien in die Streitkräfte voran. Er sagt: „Die chinesische Volksbefreiungsarmee braucht eine wesentliche Unterstützung seitens der Wissenschaft. Wir müssen Bemühungen in dieser Richtung unternehmen.“ Es scheint, als wäre das im Stillen längst geschehen. Zwei Beispiele sprechen für diese Annahme. So hat China eine ballistische Rakete entwickelt, die imstande ist, einen Flugzeugträger zu treffen, der in Fahrt ist. Gegen eine solche Waffe gäbe es keinen Schutz. Und China verfügt über das in der Flugerprobung befindliche Jagdflugzeug Chengdu J-20, das dem Luftüberlegenheitsjäger Lockheed Martin F-22 „Raptor“ (Greifvogel) der USA ebenbürtig sein soll. Da aber die F-22 bereits in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelt worden ist, darf man annehmen, dass die Chinesen in ihrer Zurückhaltung die Überlegenheit ihres Produkts verschwiegen. Man muss damit rechnen, dass man im Westen die militärische Entwicklung des Reiches der Mitte jahrelang unterschätzt hat, so wie das einst beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes der Fall gewesen ist.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der technologische Fortschritt der Streitkräfte ermuntert die Herren in Peking zur Nutzanwendung. Bereits Ende des Jahres 2015 hatte China angekündigt, in Dschibuti am Horn von Afrika seine erste Militärbasis im Ausland zu errichten. Derzeit unterhalten dort die USA eine Station sowie Frankreich Japan und Deutschland. Wenn nun China mit dazukommt, wird allein schon die räumliche Enge – Dschibuti ist für afrikanische Verhältnisse ein Zwergstaat – einen politischen wie nachrichtendienstlichen Brennpunkt verursachen. Insofern ist Chinas Entschluss eine Herausforderung, eine gewollte Herausforderung.

Der Militärexperte Li Jie legte in diesem Zusammenhang dar, dass es die ursprüngliche Aufgabe der chinesischen Streitkräfte gewesen sei, einen bewaffneten Konflikt mit Taiwan zu bestehen und darüber hinaus die Seewege im Ostchinesischen und Südchinesischem Meer offen zu halten. Nun aber werde man weiter ausgreifen. Dazu wurde kürzlich die Kopfzahl der Marineinfanterie von 20 000 auf 100 000 erhöht.

Allerdings hat für Peking die Erweiterung seiner militärischen Aktivitäten nur begleitenden Charakter. In der Hauptsache vergrößert es seinen weltweiten Einfluss durch wirtschaftliche Maßnahmen. So besitzen die Chinesen US-Staatsanleihen in Höhe von rund einer Billion US-Dollar. Das „Handelsblatt“ schrieb dazu vor Kurzem: „Die größte Volkswirtschaft der Welt lebt auf Pump, und davon, dass andere Nationen ihren Wohlstand finanzieren. Anders ausgedrückt: Die Amerikaner sind davon abhängig, dass sie weiterhin Kredit von China bekommen.“

Doch Chinas wirtschaftliche Strategie beschränkt sich nicht aufs Monetäre. Das Land hat – ebenso still und unbeobachtet, wie es seine Ökonomie und sein Militär aufbaute – die Hand auf Afrikas Bodenschätze gelegt, jedenfalls, was die meisten Länder der Subsahara betrifft. Eine große Zahl von Abkommen garantiert den Chinesen den Zugang zum afrikanischen Rohstoffmarkt.

Dies hat dazu geführt, dass die USA vor zehn Jahren das jüngste ihrer weltumspannenden Regionalkommandos aufgestellt hat, das US Africa Command, kurz AFRICOM, mit Sitz in den Kelley Barracks zu Stuttgart. Zweck des Unternehmens ist es, militärisch China gegenüber in Afrika wettzumachen, was man auf dem Feld der Wirtschaft verschlafen hat. Dabei dürften die USA mit ebenso vielen schwarzafrikanischen Ländern Abkommen geschlossen haben wie die Chinesen, wenn auch anderer Art.

China beherrscht zudem große Teile der australischen Wirtschaft, insbesondere der Montanindustrie. Wenn Peking hustet, bekommt Australien die Grippe. Als die Nachfrage aus Peking vor drei Jahren vorübergehend nachließ, geriet die ganze australische Wirtschaft in eine Krise. Darüber hinaus kauft sich China weltweit in Unternehmen ein, von Südamerika bis Europa. Und der wirtschaftlichen Verflechtung folgt der politische Einfluss.

Kein Wunder, dass die Chinesen auf Freihandel setzen, gerade jetzt, da US-Präsident Trump an diesem Prinzip Zweifel hat aufkommen lassen. Als US-Handelsminister Wilbur Ross von einem „Handelskrieg“ mit China sprach, erwiderte sein Amtskollege in Peking, davon würde weder die eine noch die andere Seite profitieren. Und er setzte hinzu: „Viele amerikanische und westliche Freunde glauben, dass China nicht ohne die USA existieren kann, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die USA können genauso wenig ohne China existieren.“

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Obwohl Peking seinen strategischen Schwerpunkt auf den Bereich Wirtschaft und Handel gelegt hat, stellt doch die Taiwan-Frage den Kern der festlandchinesischen Politik dar. Das hat einen Grund, der weit in der Geschichte liegt. Zur Mitte des 17. Jahrhunderts drangen die Mandschu immer weiter auf dem chinesischen Festland vor, vertrieben die Mingdynastie und errichteten eine von den Chinesen heute noch als Schmach empfundene Fremdherrschaft.

Doch es gelang einem Getreuen der Ming, Zheng Cheng Gong, mit 35 000 Soldaten und 400 Dschunken nach Taiwan zu fliehen. Dort beendete er 1662 die Kolonialherrschaft der Holländer und errichtete das Königreich Dong Ning. Zwar gelang es den Loyalisten nie, wie beabsichtigt, die Mandschu wieder aus China zu vertreiben, aber bis heute gilt Taiwan als der Hort chinesischer staatlicher Legitimität und Tradition. Dass sich anno 1949 Tschiang Kai-schek nach dem verlorenen Bürgerkrieg mit seiner Kuomingtang ebenfalls nach Taiwan zurückzog, erinnert in der Parallelität an die Flucht der Ming und verleiht dem Geschehen die Weihen der Legalität – für Peking eine offene Wunde.

Damit, dass sich ausgerechnet diese Insel mit dem unüberbietbaren Symbolwert losgesagt hat, kann und will sich Peking niemals abfinden. Das ist der Hintergrund der „Ein-China-Politik“ an deren Gültigkeit Trump ebenfalls rüttelte, kaum dass er im Amt war. Wenn also jetzt die US-Administration die Lieferung von Raketenkomplexen und Seezielflugkörpern erwägt, so lässt das in Peking alle Sirenen schrillen.

China denkt in Jahrhunderten und in Symbolen. Auch die Tatsache, dass die erste Auslandsmilitärbasis in Dschibuti errichtet wird, hat ihren Grund in der Vergangenheit. Bis hierher kam Admiral Zheng He auf seiner fünften Reise, die von 1417 bis 1419 dauerte. Auch das ist in China nicht vergessen: Eines der größten und modernsten Containerschiffe des Landes ist nach Zheng He benannt.

Romeos sozialistischer Fehltritt

Hauptsache massentauglich – ZDF-Film »Der gleiche Himmel« über West-Ost-Spionage leidet unter einer dicken Dosis Moral

Der Titel „Der geteilte Himmel" war durch Christa Wolfs Roman von 1964 schon vergeben. Also nannte das ZDF sein in Zeiten des Kalten Krieges spielendes Ost-West-Drama, das als Dreiteiler Ende März ausgestrahlt wird, „Der gleiche Himmel". Anders als bei Wolf herrscht dort aber ziemlich stereotypisches Wetter.

Auf den ersten Blick ist es ein kluger Schachzug, eine englische Autorin mit dem Drehbuch über Spionage zwischen West und Ost zu betrauen: Die Britin Paula Milne schreibt in „Der gleiche Himmel" (27., 28. und 29. März, 20.15 Uhr, ZDF) stringent auf Spannung und gute Verkäuflichkeit hin. Aus ihrer Sicht ist die DDR ein Schreckenskabinett, in das der Zuschauer mit wohligem Grusel Einblick nimmt, wohl wissend, dass selbst hinter dem Eisernen Vorhang nicht alles Schwarz-Weiß war. Bei Milne ist es das. Menschen mit Skrupeln oder echten Gefühlen bleiben Randerscheinungen. Die jüngere Zeitgeschichte dient als bloße Folie für Manipulation, Bespitzelung, Drangsal und Doping – sogar ein Mord gehört ins Spiel. Dazu nimmt die Autorin kräftige Anleihen beim Genre der Spionage-Thriller, in denen heimlich Pässe fotografiert und Wanzen in Deckenlampen versteckt werden.

Der ZDF-Dreiteiler spielt 1974, dem Jahr, in dem der kalte Krieg nirgendwo spürbarer ist als im geteilten Berlin. Es ist jenes Jahr, in dem Willy Brandt seinen Rücktritt verkündet und Nixon über die Watergate-Affäre stolpert. Die gegnerischen Geheimdienste arbeiten mit allen Mitteln.

Auf ostdeutscher Seite wird der Romeo-Agent Lars Weber (Tom Schilling) nach West-Berlin eingeschleust, der einsamen Sekretärinnen in Schlüsselpositionen Geheimnisse entlocken soll und der das kleine ABC des Verführers verinnerlicht hat wie ein Killer sein Beuteschema. Einer seiner Tricks: beim ersten Blickkontakt das linke Auge anpeilen, denn durch das linke Auge läuft der direkte Draht zu den Emotionen. Danach das Zielobjekt umwerben, kurz verunsichern und dann zuschlagen. „Wie das Geschäft der Pick-Up-Artists läuft, kann man sich auf entsprechenden Internet-Foren anschauen", verrät Romeo-Darsteller Schilling. „Es ist kein Hexenwerk, es ist unfassbar einfach. Alles, was einem von der Stasi beigebracht wurde, kann man heute noch lernen."

Das erste Opfer, eine Datenanalystin des Britischen Geheimdienstes, ergibt ein leichtes Spiel – alleinerziehend, einsam, bedürftig. „Sag, dass du es ernst meinst?", fragt Lauren Faber (Sofia Helin) zitternd vor der ersten erotischen Begegnung. „Ja", heuchelt ihr Romeo. Angeleitet wird dieser Gefühls-Roboter von einem Führungsoffizier, den Ben Becker wie das Abziehbild eines Luden gibt, der sein Pferdchen im Verführungs-Parcours am kurzen Zügel hält. Wenn es darum geht, die überraschend aus dem Spiel geworfene Zielperson auszuschalten, schreckt dieser Mann vor Mord nicht zurück – diese Szene ist die unglaubwürdigste.

Aber damit nicht genug: Ein zweiter Handlungsstrang zeigt eine ostdeutsche Familie, die ihre kleine Tochter der Doping-Behandlung des Schwimmtrainers preisgibt. Der Trainer ist selbstredend eiskalt und die Schwimmlehrerin skrupellos. Selbst die Mutter des Mädchens (Anja Kling) blendet die körperlichen Veränderungen ihrer Tochter aus, weil sie scharf ist auf die in Aussicht gestellten Privilegien wie eine größere Wohnung und ein größeres Auto. Nur der Vater stemmt sich gegen die sozialistischen Menschen-Versuche: „Ich werde die Gesundheit meiner Tochter nicht für eine Goldmedaille opfern!" Doch das System sitzt am längeren Hebel, auch er wird einknicken.

Die Deutsche Demokratische Republik wird durchgehend als perfide Diktatur gezeigt, in dem Flucht-Verdächtige in U-Haft drangsaliert, Schwule gemobbt, Abweichler mit Berufsverbot belegt werden. Vor dick aufgetragener Symbolik ist Mrs Milne dabei nicht bange: Der Vater des gedopten Schwimmwunders, ein Physiklehrer, wischt Zeile für Zeile sozialistische Glaubensgrundsätze von der Schiefertafel. Zuletzt den Satz: „Das Potential unserer Kinder soll nach Möglichkeiten gefördert werden."

Kein Zufall auch, dass in der Wohnung des schwulen Lehrers, dessen US-amerikanischer Freund ihm die Verlockungen des Westen nahebringt, Anton Dvoraks Sinfonie „Aus der neuen Welt" im Radio läuft – die Sehnsucht nach Aufbruch und Flucht dringt durch alle Ritzen. Und die Sehnsucht der TV-Macher nach guten Verkäufen des Films, vor allem an den Streamingdienst Netflix, wohl auch.


Bild: ZDF/Bernd Schuller

Fülliger Republikflüchtling: Tobias Preuss (Daniel Zillmann) hängt im Einstiegsloch zum Fluchttunnel fest

Genau dieses Kalkül macht das spannende Geflecht aus gegenseitigen Bespitzelungen und menschlicher Heimtücke über weite Strecken fragwürdig. Selbst der Sohn des ersten Verführungsopfers ist ein Ausbund an Unverfrorenheit, der seiner Mutter unflätig beleidigt, während er gleichzeitig ihr Geld einsteckt. Und als wäre dies alles nicht genug, strickt Paula Milne noch ein dunkles Geheimnis in den Plot, das erst im Nachspann aufgeklärt wird: Das zweite Zielobjekt des Lars Weber nämlich, diesmal die Mitarbeiterin des amerikanischen Geheimdienstes Sabine Cutter (Friederike Becht), wird ihm zum Verhängnis. Plötzlich ist Gefühl im Spiel. Für den Führungsoffizier, der Stullen kauend im Auto wartet und per Abhöranlage den Geräuschen aus dem Schlafzimmer lauscht, buchstabiert sich das Geschehen wie Verrat an der sozialistischen Sache.

Aber was wie ein Sieg der Liebe aussieht, wird im Abspann überraschend ins Tragische gedreht. Das Schweigen und Verschweigen in vielen Familien schlägt zurück. Plötzlich erklärt sich auch, warum die sonst so prägnante Claudia Michelsen als Sabines Mutter hier in winzigen und scheinbar belanglosen Szenen immer wieder ein Foto aus der Schublade holt, das zwei Babys zeigt, die kurz nach der Geburt auseinandergerissen wurden.

„Der gleiche Himmel", in Szene gesetzt von Regisseur Oliver Hirschbiegel („Der Untergang"), geriert sich als Abrechnung mit der DDR. Aber anders als in Florian Henckel von Donnersmarcks mit dem Oscar gekrönten Drama „Das Leben der anderen", wo der Spitzel zum Schluss zum einsamen Helden und Sympathieträger wird, verharren hier alle Protagonisten in ihrer eingeschlagenen Spur. Und die aufkeimende charakterliche Wendung des Romeos wird von einer dicken Dosis Moral erstickt.

Merke: Wer immer nur mit den Gefühlen der Frauen gespielt hat, für den wird es böse enden. Die Produktion erhofft sich Verkäufe weltweit. *Anne Martin*

Grimmiger Blick

Neue Sachlichkeit in Düsseldorf – Der Maler Otto Dix im K20

Otto Dix gilt als einer der bedeutendsten Maler und Grafiker im 20. Jahrhundert. Seine Bilder, die der Neuen Sachlichkeit zugerechnet werden, machten ihn weltberühmt.

Der aus Thüringen stammende Künstler kam im Oktober 1921 zum ersten Mal zu einem Kurzbesuch nach Düsseldorf. Er war in dieser Zeit ein zwar mittelloser, aber nicht mehr ganz unbekannter Künstler, der sich im Rheinland Aufträge und bessere Ausstellungsmöglichkeiten erhofft. Auch mithilfe der Galeristin Johanna „Mutter" Ey wandelte er sich von 1922 bis 1925, in denen er sich dann dauerhaft in Düsseldorf aufhielt, als Mitglied der Künstlergruppe „Das junge Rheinland" von einem expressiven Dadaisten zu einem Porträtisten der Neuen Sachlichkeit. In dieser Zeit studierte er auch an der Düsseldorfer Kunstakademie.

Für die Ausstellung „Otto Dix – Der böse Blick" ist der Maler quasi nach Düsseldorf „zurückgekehrt". Noch bis zum 14. Mai stellt das Kunstmuseum K20 Werke aus seiner Düsseldorfer Schaffenszeit in den Mittelpunkt.

Befindet sich die Dauerausstellung in den beiden oberen Etagen, so ist die aktuelle Kunstpräsentation gleich im Erdgeschoss zu sehen. Anfangspunkt des Rundganges ist der Ausstellungsraum rechter Hand. Malerei wird hier gezeigt: Öl auf Leinwand, Tusche, Aquarell, Gouache und vieles mehr. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf den Porträts von Damen und Herren in verschiedenen Lebenssituationen. Eine „Besoffene" (1922), eine „Strichdame" (1920), ein „Dienstmädchen am Sonntag" (1923) oder das Porträt „Der Dichter Iwar von Lücken" (1926) heißen einige der Werke, die zeigen sollen, wie sich Dix mit den sozialen Zuständen seiner Zeit beschäftigt hat.

Diese Gemälde werden durch Genre-Bilder (Liebespaare, Bordell- und Hafen-Szenen) ergänzt. Aber auch Werke wie „Tod und Auferstehung (Radierwerk V)"


Bild: Kunstmuseum Stuttgart/Kunstsammlung NRW

Schaut böse: Bildnis der Tänzerin Anita Berber von 1925

oder das „Bilderbuch für Hans" (Aquarelle mit biblisch-mythologischen Motiven) sind sehenswert. Schwarz-Weiß-Fotos des Künstlers und seiner Familie sowie historische Filmaufnahmen aus den 20er Jahren runden diesen Ausstellungsbereich ab.

In der gegenüberliegenden Grabbe-Halle ist der Radierzyklus „Der Krieg" zu sehen. Der Kontrast zu den bunt-schillernden Gemälden ist unübersehbar: Äußerlich fällt der Schwarz-Weiß-Gegensatz sofort ins Auge. Und anders als bei den Gemälden ist dieser Teil vom Inhalt her monothematisch. Sehr umfangreich und ausführlich beschäftigt sich Dix in seinen Werken mit dem Grauen des Ersten Weltkrieges.

Rund 20 Jahre (1912–1932) deckt die Kunstpräsentation ab. Wer möchte, kann sich so einen unmittelbaren Eindruck von der persönlichen und künstlerischen Entwicklung von Otto Dix verschaffen. Fotos und andere persönliche Gegenstände stellen in geringem Umfang die Privatperson Dix vor. Zwei Videostationen vermitteln mit bewegten großformatigen Schwarz-Weiß-Bildern einen Eindruck vom Lebensgefühl der Menschen in den 1920er Jahren. *Andreas Rüdig*

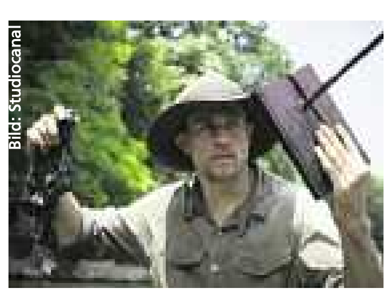
K20 am Grabbeplatz 5, 40213 Düsseldorf, geöffnet dienstags bis sonntags bis 18 Uhr, montags geschlossen, Eintritt 12 Euro. Internet: www.kunstsammlung.de

Herz der Finsternis

Zwei Filme über britische Heroen im Kino

Am 30. März starten gleich zwei britische Filme mit einem realen Hintergrund. Es geht um eine Entdecker-Legende und eine Hausfrauen-Ikone, die außerhalb ihres Heimatlandes kaum bekannt sind. Das könnte sich jetzt ändern.

In **Die versunkene Stadt Z** wird die Geschichte des Percy Fawcett


Bild: Studiocanal

Buch schützt Fawcett (Charlie Hunnam) vor Indianerpfeil

erzählt, der davon besessen ist, im Amazonas-Gebiet eine untergegangene Zivilisation aufzuspüren. Einige Tonscherben, die er bei der Grenzvermessung einer ersten, im Auftrag der Royal Geographical Society unternommenen Reise im Regenwald gefunden hat, lassen ihn im Glauben, auf der Spur eines zweiten Machu Picchu zu sein. Von den sieben Reisen, die er unternommen hat, beschränkt sich der Film auf drei. Das genügt völlig, laufen sie doch alle nach dem selben Schema ab: Organisation der Reise, Stress mit der auf sich allein gestellten Familie, beschwerliche Anreise, Kontakt mit indigener Bevölkerung, Urwald-Abenteuer und am Ende ein unbefriedigendes Ergebnis sowohl für Fawcett wie für den Zuschauer. Außer einem ungewissen Schicksal – Fawcett gilt seit 1925 als im Dschungel verschollen – landet dieser dennoch sehenswerte Gang ins Herz der Finsternis immer wieder in einer Sackgasse mitten im Gebüsch.

Im Film **A United Kingdom** findet die Londoner Büroangestellte Ruth Williams ihr Liebesglück, indem sie gegen alle sozialen und politischen Widerstände hinweg den afrikanischen Prinzen Seretse Khama heiratet, der nach langem kolonialem Hickhack schließlich erster Präsident von Botswana wird. Filmschönheit Rosamunde Pike erduldet als Ruth dabei tapfer den Rassismus, den sie sich als Weiße im schwarzen Afrika ausgesetzt sieht. Diese umgekehrten


Bild: Alamode Film

Jenseits von Afrika: Ruth mit Mann und Kind in Botswana

Vorzeichen und die offene Kritik an der britischen Afrika-Politik der 50er Jahre würzen diese mitunter steife Schmonzette auf bemerkenswerte Weise. *H. Tews*

MELDUNGEN

Die Beatles als Musical

München – In der Chemnitzer Stadthalle startet am 30. März das Beatles-Musical „All you need is Love" seine deutsche Jubiläumstour anlässlich des 15. Todestages von George Harrison. Harrison, der „stille Beatle", starb im vergangenen November vor 15 Jahren. Das Musical, das sämtliche Stationen der Beatles von den Anfängen bis zur Auflösung der Band im Jahr 1970 umfasst, ist unter anderem auch am 1. April im Berliner Admiralitätspalast zu sehen. Den Abschluss der Tour bildet München am 29. und 30. Juli. Karten und Infos: www.beatles-musical.com. *tws*

Gespräche über Humboldt

Berlin – Das Humboldt-Forum lädt im Frühjahr und Sommer zur Gesprächsreihe „Die Erfindung der Natur" über Alexander von Humboldt ein. Im Leipziger Grassi Museum (24.3., 19 Uhr), Frankfurter Schauspiel (18.6.) und Stuttgarter Literaturhaus (27.6.) sprechen die Humboldt-Biografin Andrea Wulf und der Gründungsdirektor des Humboldt-Forums, Neil MacGregor, über die Aktualität des humboldtschen Verständnisses von Natur als lebendigem Ganzen. Weitere Auskünfte unter www.humboldtforum.com. *tws*

Die Bombe, der Brand und die Moral

Lübeck als Lehrstück für den Feuerregen des Weltkrieges – Vor 75 Jahren begannen die Briten mit dem »moral bombing«

Die Stadt war nicht für Rüstungsindustrie bekannt. Das ließ vermuten, sie würde schwach verteidigt sein. Zudem liegt die Stadt nahe einer Küste. Das erleichterte die Orientierung. Und schließlich besaß sie einen Altstadtkern, bestehend aus engstehenden Häusern ohne wirksame Brandmauern. Schwäche und historische Schönheit machten Lübeck vor 75 Jahren zum ersten Ziel eines massiven Bombenangriffs auf Wohngebiete in Deutschland.

In der Nacht vom 28. auf den 29. März 1942 regnete es Feuer auf die alte Hansestadt. In das Gedächtnis Lübecks hat sich die Nacht zum Sonntag Palmarum eingebrannt. Unwiederbringliche Kunstschätze gingen verloren, himmelstrebende Backsteingotik schien unrettbar. Ganze Wohnviertel, die ältesten und wertvollsten, fielen in Schutt und Asche. Das Feuer fraß sich über die Altstadtinsel zwischen Trave und Wakenitz, 130 Kilometer Straßenfront stand in Flammen. 1900 Gebäude wurden vollständig zerstört, 5900 stark beschädigt. Das entsprach 62 Prozent aller Gebäude auf der Altstadtinsel.



Nach der Bombardierung in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1942: Das Viertel um die Lübecker Marienkirche Bild: akg-images

Der Angriff auf Lübeck war Vorstufe zur „Operation Millennium“, jener Flächenbombardierungen, deren erklärtes und vornehmliches Ziel es war, den moralischen Rückhalt der Zivilbevölkerung zu brechen. Unter dem Tarnnamen „Operation Millennium“ wurde die Bombardierung Kölns in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942 vorbereitet. Aber begonnen hatte das „moral bombing“ zwei Monate zuvor über Lübeck.

Am 14. Februar 1942 hatte das britische Luftfahrtministerium die Anweisung „Area Bombing Directive“, also die Anweisung zum Flächenbombardement dicht bebauter Stadtgebiete, herausgegeben. Die Absicht war eindeutig formuliert: „Es ist entschieden, dass das Hauptziel Ihrer Operation jetzt auf die Moral der gegnerischen Bevölkerung gerichtet sein soll ...“ Diese Anweisung gab dem Oberkommandierenden der Royal Air Force (RAF), Sir Arthur Harris, freie Hand, seine Bomber ohne Beschränkung einzusetzen. Wie eindeutig beim „moral bombing“ die Zivilbevölkerung das erklärte Ziel von Tod und Vernichtung war, geht aus einer Notiz hervor, zu der sich Luftmarschall Sir Charles Portal am 15. Februar veranlasst sah, so als könne er selbst nicht glauben, was er da abzeichnete: „Ich nehme an, dass klar ist, dass die Ziele bebaute Gebiete und nicht zum Beispiel Schiffswerften oder Flugzeugwerke laut Anhang A sein werden. Dies muss jedem klargemacht werden, falls es noch nicht so verstanden worden ist.“ Premierminister Winston Churchill hatte sofort verstanden. Er war von dieser Strategie gegen die Zivilbevölkerung äußerst angetan.

Noch einer war vom Erfolg des ersten Flächenbombardements äußerst angetan: Luftmarschall Arthur Harris („Bomber-Harris“). Er hatte die „Operation Millennium“ ausgearbeitet. Die Bombardierung von Wohngebieten anstelle von Industrieanlagen sollte den Kampfwillen der Bevölkerung brechen. Das Beispiel Lübeck zeigte, dass der Terror funktionierte. Allerdings nur, soweit er die Zerstörung von Wohngebieten betraf. Den Kampfwillen der Bevölkerung brachen die Bombenangriffe vorerst nicht. Sie förderten vielmehr eine Solidarisierung gegen den Angreifer.

Lübeck wurde für Arthur Harris, seit Februar 1942 Chef des Bomber Command, zum Lehrstück auf dem Weg nach Hamburg, Köln und Dresden. Er hatte jene Strategie entwickelt, mit der ganze Städte in Brand zu setzen waren. Das hatte es in der Kriegsgeschichte noch nicht gegeben. Bis dahin waren Brände gesetzt worden, um in der Nacht den Bombern mit ihren Sprengbomben den Weg zu weisen. Analysen jedoch zeigten, dass mit Brandbomben Flächen erfolgreicher zu bekämpfen waren als mit Sprengbomben. Städte ließen sich leichter in Brand setzen als sprengen. Die nachhaltigste Zerstörung garantierte die richtige Mischung zwischen beiden Bombentypen. Daran experimentierte man bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Mit zunehmendem Erfolg.

> »Mehr wie ein Feueranzünder als wie eine menschliche Siedlung«

1941 probierten die Engländer es mit einer Mischung aus Gummi und Phosphor in Kanistern. Die sollten beim Aufschlag auf den Boden zerspringen, der Inhalt sich durch die Verbindung mit Sauerstoff selbst entzünden. Der Versuch schlug fehl. England entsorgte den Schrott durch Abwürfe über Berlin und Wuppertal.

Erfolgreicher waren 30-Pfund-Flüssigkeitsbomben, von denen bis 1944 drei Millionen Stück abgeworfen wurden. Ihre Premiere hatten sie bei dem Angriff auf Lübeck. Die zigarrenförmige Bombe schleuderte zähflüssige Brandmasse aus Benzol und Kautschuk bis zu 40 Meter weit. Die Mischung brannte 30 Minuten. 25 000 Stabbrandbomben wurden über Lübeck abgeworfen. Zudem 250-Pfund-Benzol-Kautschuk-Bomben. Mit dem Ergebnis war Bomber-Harris zufrieden. Lübeck schien ihm „mehr wie ein Feueranzünder als wie eine menschliche Siedlung“. 320 Bewohner starben in dieser Nacht. Das Luftfahrtministerium in London meldete einen falschen Rekord: 2600 Personen getötet.

Die Angreifer hatte Lübeck in einer hellen Vollmondnacht mit 234 Maschinen in zwei Wellen innerhalb von zwei Stunden angeflogen. An Bord 400 Tonnen Bomben, zwei Drittel davon Brandstoffe. Um 23.16 Uhr wurde laut Polizeibericht Fliegeralarm gegeben. Dicht gestaffelte Angriffswellen sollten den Einsatz der Löschtrupps verhindern, Löschmannschaften wurden mit Bordwaffen beschossen. Entwarnung wurde am 29. März 1942 um 3.35 Uhr gegeben. Die Löscharbeiten dauerten am nächsten Tag bis 10 Uhr.

Den Vorort Lübeck-Schlutup flogen die Bomber nicht an. Dort lagen versteckt die einzig nennenswerten Betriebe der Rüstungsindustrie, die „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ (DWM) und die dazu gehörigen „Maschinen für Massenverpackungen“ (MfM), über 100 Gebäude. Produziert wurden Munition mit Kaliber bis 3,7 Zentimeter sowie Handgranaten, Patronenhülsen, Nebelkerzen und Bombenzünder. Die MfM fertigte Artilleriehülsen für Flugabwehrkanonen (Flak), Panzer- und Kampfwagenkanonen, Feldhaubitzen, Mörser und Granathülsen. Teilweise arbeiteten dort mehr als 10 000 Menschen. Die Bauten waren durch Bewuchs auf den Dächern so gut getarnt, dass die Engländer die weitläufige Anlage erst fanden, als sie unmittelbar davor standen. *Klaus J. Groth*

Wie die USA zu ihrem größten Bundesstaat kamen

Vor 150 Jahren verkaufte Russland den Vereinigten Staaten von Amerika Russisch-Amerika, sprich Alaska

Am frühen Morgen des 30. März 1867 unterzeichneten US-Außenminister William H. Seward und der russische Gesandte in Washington, Eduard von Stoeckl, nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon den Kaufvertrag, der Alaska zum Eigentum der Vereinigten Staaten machte.

Nur wenige Jahrzehnte nach der Entdeckung Alaskas im Juli 1741 durch Vitus Bering, einen dänischen Navigator im Dienste des Zaren, begann die Russisch-Amerikanische Kompagnie (RAK) mit der Ausbeutung der einzigen russischen Überseekolonie, die jemals existiert hat. Dabei erzielte das halbstaatliche Monopolunternehmen traumhafte Gewinne beim Handel mit Meeresotterpelzen und Robbenknochen, die damals ebenso begehrt waren wie Elfenbein. Unter der Ägide des talentierten Kaufmanns Alexander Baranow lag der Profit bald bei über 1000 Prozent. Allerdings brach das Geschäft dann ab 1818 dramatisch ein, als Marineoffiziere die Leitung der RAK übernahmen und sich astronomische Dienstbezüge genehmigten, die teilweise das Zehnfache eines Ministergehalts betrugen, während zugleich das Aufkommen an Pelzen drastisch zurückging.

Das führte dazu, dass die Kompagnie mit staatlichen Subventionen in Höhe von 200 000 Rubeln pro Jahr am Leben erhalten werden musste. Aber das konnte sich das Zarenreich auf Dauer nicht leisten – vor allem, nachdem 1856 der Krimkrieg verlorengegangen war. Dazu kam die Angst vor dem Bestreben der überlegenen Seemacht Großbritannien, Alaska zu annektieren. Deshalb fasste man in Sankt Petersburg den Entschluss, die Kolonie Russisch-Amerika an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Die Grundsatzentscheidung fiel im Dezember 1866 während einer Beratung in Anwesenheit des Zaren Alexander II., dessen Bruder Großfürst Konstantin, des Außenministers und Kanzlers Alexander Gortschakow, des Finanzministers Michael von Reutern sowie des russischen Gesandten in Washington.

Stoeckl erhielt die Order, entsprechende Verhandlungen mit US-Außenminister Seward aufzunehmen. Am 11. März 1867 ging es los. Seward zeigte sofort großes Interesse an dem vorgeschlagenen Geschäft. Wie Präsident Andrew Johnson und der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Charles Sumner, zählte er zu den überzeugten Verfechtern der Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“. Mit dem Erwerb der damals für weitgehend wertlos gehaltenen russischen Besitzungen in Alaska sollte ein Signal an die anderen Mächte der Welt gesendet werden, dass sie „auf diesem Kontinent nichts zu suchen hätten“, wie der „New York Herald“ damals schrieb.

Als Kaufpreis schwebten dem Zaren fünf Millionen US-Dollar beziehungsweise 6,5 Millionen Rubel vor. Diese Summe sollte dann jährlich um die 300 000 Rubel Zinsen einbringen und damit mehr, als Alexander II. an Einnahmen aus der Kolonie erwartete. Doch der gewitzte Stoeckl schaffte es in der Nacht vom 29. auf den 30. März 1867 bei einem spontanen Besuch in Sewards Privathaus, die Summe noch auf 7,2 Millionen hochzuhandeln, was nach heutiger Kaufkraft rund 8,5 Milliarden US-Dollar entspricht. Dafür erhielt der Gesandte des Zaren 25 000 Rubel Provision zuzüglich einer jährlichen Rente von 6000 Rubel. Die USA wurden allerdings nicht über den Tisch gezogen, denn bei einer Größe Russisch-Amerikas von 1,52 Millionen Quadratkilometern



Bei den Verhandlungen: Seward (2.v.l.) und Stoeckl (5.v.l.) Bild: CF

bedeutete dies, dass das US-Schatzamt nur 4,74 Dollar pro Quadratkilometer zahlen musste.

Der Senat der Vereinigten Staaten ratifizierte den Vertrag am 9. April 1867 mit nur zwei Gegenstimmen. Diese überwältigende Mehrheit war keineswegs selbstverständlich, denn die Presse des Landes kritisierte die Vereinbarung vielfach aufs heftigste. So meinten manche Blätter, Amerika habe eine „ausgelutschte Orange“ beziehungsweise „gefrorene Wildnis“ erworben, in der bloß unzivilisierte Eskimos lebten, deren Hauptnahrung Fischöl sei. Aber Sumners Verweise auf die Monroe-Doktrin und die geopolitischen Vorteile des Kaufs vermochten die Senatoren schließlich doch zu überzeugen. Allerdings stellte sich dann später das Repräsentantenhaus quer, als es um die Freigabe der Gelder für den Erwerb ging, und verschleppte diese um mehr als zwölf Monate. Gerüchten zufolge musste Stoeckl damals erst noch den einen oder anderen Parlamentarier in Washington bestechen oder zu alkoholischen Gelagen einladen, ehe auch diese Kammer des Kongresses den Kauf guthieß.

Die feierliche Übergabe von Russisch-Amerika mit seinen 23 Handelsplätzen und den zwei größeren Ansiedlungen Nowo-Archangelsk und St. Paul sowie geschätzten 58 000 Ureinwohnern erfolgte am 18. Oktober 1867 durch Fregattenkapitän Alexej Peschtschurow. Anschließend gelangte Alaska sofort unter die Verwaltung der US-Armee. Deswegen hatten bis 1877 Militärs wie die Generalmajore Lovell Rousseau und Jefferson C. Davis das Sagen. Danach waren zuerst das Finanzministerium und dann die Kriegsmarine für das neue Territorium zuständig, bevor es 1884 als District of Alaska eine eigene Regierung erhielt und schließlich am 3. Januar 1959 zum 49. und flächenmäßig größten Bundesstaat der USA avancierte.

Wie in den Vereinigten Staaten, hatte es auch im Zarenreich Widerstand gegen die Transaktion gegeben, immerhin wusste man ja schon von den Goldvorkommen jenseits der Beringstraße. Ihr Ausmaß, das ab 1896 zum Klondike-Goldrausch führte, überraschte indes alle Beteiligten. Auch sonst erwies sich Alaska als äußerst reich an Bodenschätzen. Beispielsweise wurden 1968 noch sehr ergiebige Erdölfelder entdeckt. Das grämt einige russische Nationalisten bis heute. Einer von ihnen ist Alexej Bagatow von der Liberal-Demokratischen Partei. Vor einiger Zeit behauptete er: „Alaska wurde gar nicht an Amerika verkauft, sondern nur verpachtet. Die Frist ist aber vor 30 Jahren abgelaufen. Jedes Mal, wenn die Amerikaner etwas von uns fordern, müssen wir sie an das Ende des Pachtvertrages erinnern.“ Und im März 2014 richteten einige Zehntausend US-Bürger eine Online-Petition ans Weiße Haus, in der sie die Wiedervereinigung von Alaska und Russland verlangten. Irgendwelche politische Folgen zeitigten derartige Initiativen indes nicht.

Wolfgang Kaufmann

Vom Schweinefutter zum Lebensretter

Im »Steckrübenwinter« erreichte das Hungern der Deutschen während des Ersten Weltkrieges seinen Höhepunkt

Dieses Jahr haben gleich diverse Hungersnöte der neueren deutschen Geschichte ein rundes Jubiläum. Dazu zählt neben der letzten großen Hungersnot der vorindustriellen Zeit von 1846/47 und dem Hungerwinter 1946/47 (siehe *PAZ* Nr. 11) auch der sogenannte Stechrübenwinter von 1916/17. Die Zahl der Menschen, die 1917 in Deutschland an Hunger oder Grippe starben, wird auf 260 000 geschätzt.



Schlange stehen vor einem Lebensmittelgeschäft in Berlin während des Ersten Weltkrieges: Eine alte Frau erleidet darüber einen Schwächeanfall, wie der Hunger überhaupt die ohnehin Schwachen am härtesten traf

Bild: action press

Anders als im Zweiten blieben im Ersten Weltkrieg Deutschland und damit auch die deutsche Zivilbevölkerung von direkten Kriegseinwirkungen weitgehend verschont. Nichtsdestoweniger wird die Zahl der Zivilisten, die im Ersten Weltkrieg an kriegsbedingtem Hunger in Deutschland gestorben sind, von der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung mit 700 000 bis 800 000 höher geschätzt als die der deutschen Opfer des alliierten „moral bombing“ (siehe Aufmacher auf der Seite 10), deren Zahl mit 500 000 bis 600 000 angegeben wird.

Vor dem Ersten Weltkrieg war das Deutsche Reich der weltweit größte Importeur von Agrarprodukten. Der Anteil der Importe am Lebensmittelkonsum wird mal mit zehn bis 20 Prozent, mal gar mit etwa einem Drittel angegeben. Dieser Import kam im Ersten Weltkrieg weitgehend zum Erliegen. Großbritannien verhängte gleich zu Beginn des Krieges über Deutschland eine Fernblockade zur See, die das Reich weitgehend von überseeischen Importen abschnitt. Die britische Blockade gegen den deutschen Kriegsgegner hatte das erklärte Ziel, nicht nur die Rüstungsproduktion zu schädigen, sondern auch den Widerstand der Zivilbevölkerung durch Aushungern zu brechen, weshalb auch von einer Hungerblockade gesprochen wird.

Wie die Behinderung des Imports über See traf die deutsche Lebensmittelversorgung gleichfalls hart, dass im Osten der vormalige wichtige Lieferant von Agrarprodukten vom Handelspartner zum Kriegsgegner geworden war. Nicht einmal der Import von Lebensmitteln aus neutralen Staaten blieb ungestört. So erreichten es die Alliierten, dass sich neutrale Kontinentalstaaten verpflichteten, auf die Lieferung von Milchprodukten und anderen Ernährungsgütern an die Mittelmächte zu verzichten. Mitten im sogenannten Steckrübenwinter, konkret im Januar 1917, stoppte mit den USA schließlich auch noch der bedeutendste Neutrale den heimlichen Handel mit Deutschland über andere neutrale Staaten.

Es waren jedoch nicht nur die speziellen Versuche der Alliierten, Deutschland auszuhungern, welche die Lebensmittelversorgung der Deutschen erschwerten, sondern auch die immanenten Lasten jedes längeren Krieges zwischen Industrienationen, der mit zunehmender Dauer immer mehr die Züge eines totalen Krieges annimmt – mit allen dazugehörigen Belastungen, welche die unbedingte Priorität der Befriedigung der Bedürfnisse und Interessen des Militärs für Volkswirtschaft und Versorgung der Zivilbevölkerung bedeuten.



Kohlrüben-Karte

— Stadt Erfurt —

2 Pfund Kohlrüben 31. Woche 18.–24. März 1917	2 Pfund Kohlrüben 32. Woche 25.–31. März 1917
2 Pfund Kohlrüben 29. Woche 4.–10. März 1917	2 Pfund Kohlrüben 30. Woche 11.–17. März 1917
2 Pfund Kohlrüben 27. Woche 18.–24. Februar 1917	2 Pfund Kohlrüben 28. Woche 25 Febr 3. März 1917
2 Pfund Kohlrüben 25. Woche 4.–10. Februar 1917	2 Pfund Kohlrüben 26. Woche 11. 17 Februar 1917

Im Kriegsjahr 1917 von der Stadt Erfurt ausgegeben: Bezugskarte für Steckrüben

Bild: CF

In der Landwirtschaft mangelte es nach Kriegsausbruch bald an fast allem. Wie in den Städten war auch auf dem Lande die arbeitsfähige männliche Bevölkerung von Einberufungen betroffen. Über 13 Millionen Männer wurden im Lauf der vier Kriegsjahre eingesetzt, von denen über zwei Millionen starben. So wurde 1916 mit 44 Prozent fast jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb von einer Frau geleitet. Doch nicht einmal die Frauen blieben der Landwirtschaft vollständig erhalten. So wechselten viele als Arbeiterinnen in die (Rüstungs-)Industrie. Auch an Zugpferden mangelte es. Eine Million wurden für die Armee requiriert. Schließlich mangelte es auch noch an Dünger, und zwar sowohl an künstlichem als auch an natürlichem, was gleich mehrere Gründe hatte. Den Import von Rohstoffen für Kunstdünger wie Chilesalpeter und Rohphosphate behinderte die britische Seeblockade. Durch das Haber-Bosch-Verfahren besaß das Reich zwar ein großindustrielles chemisches Verfahren zur Synthese von Ammoniak, doch ging ein Großteil des Stickstoffs statt in die Produktion von Kunstdünger in die von Sprengstoff und Munition für das Militär. An natürlichem Dünger in Form vom Mist und Jauche mangelte es durch den sogenannten Schweinemord, die Schlachtung von fünf Millionen Stück Borstenvieh im ersten Quartal des Jahres 1915, um deren Futter für die Volksernährung nutzen zu können.

Abgesehen vom fehlenden Dung war damit ein längerfristiger Mangel an Schweinefleisch im Besonderen und aufgrund des hohen Anteils des Borstenviehs am deutschen Gesamtviehbestand von Fleisch im Allgemeinen programmiert. Zwar wurde versucht, die durch den „Schweinemord“ ausgelöste kurzzeitige Schweinefleischschwämme zur Anlage von Reserven zu nutzen, doch wurde für die Konservendosen wegen des kriegsbedingten Metallmangels minderwertiges Material verwandt, sodass im Herbst des Jahres 1915 das Fleisch bereits verdorben war.

Außer an Fleisch mangelte es der deutschen Zivilbevölkerung damals insbesondere an Brot. Als erstes Nahrungsmittel hatte es bereits Anfang 1915 rationiert werden müssen. Noch im selben Jahr war im Dezember die Milch gefolgt. 1916 gab es auch Fett, Fleisch, Eier, Kaffee, Tee, Zucker, Hülsenfrüchte und Teigwaren offiziell nur noch auf Karte. Aufgrund des Brot- und Fleischmangels kam der Kartoffel eine umso größere Bedeutung für die Volksernährung zu. „Die deutsche Kartoffel muss England besiegen“, lautete denn auch eine damalige Propagandaparole. Anfang 1916 war der deutsche Kartoffelverbrauch zweieinhalbmal so groß wie vor dem Krieg.

Umso verheerender war die Wirkung einer Karoffelfäule im verregneten Herbst 1916. Die Ernte fiel nur halb so groß aus wie im Vorjahr. Dem verregneten Herbst folgte der „Steckrübenwinter“ 1916/17 mit einem unerwarteten Kälteeinbruch. Nun kam zur Missernte ein Transportproblem hinzu. Die sehr niedrigen Temperaturen führten zu einem spürbaren Kohlemangel bei den Eisenbahnverwaltungen. Viele Kartoffeln verdarben auf dem Weg zum Verbraucher.

Nur mit dem Kälteeinbruch ist die Transport- und Kohlekrise jedoch nicht zu erklären. Erschwerend kam hinzu, dass die dritte Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff mit dem sogenannten Hindenburg-Programm eine Totalisierung des Krieges und eine noch stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf die kurzfristige Versorgung der Front mit personellem und materiellem Nachschub forderte und auch durchsetzte. Den Kohlegruben fehlte es an Personal und Investitionen. Die Eisenbahn wurde überfordert. Der starke Frost im Januar und Februar 1917 brachte dann noch die Binnenschifffahrt zum Erliegen. Schließlich wussten sich die Verantwortlichen nicht mehr anders zu helfen, als mehrtätige Transportsperren zu verhängen. Eine Folge des Kollapses war im März 1917 der Rücknahme der Westfront auf die sogenannte Siegfriedlinie.

Die Entwicklung an der Front korrespondierte mit der in der Heimat. Im Frühjahr 1917 erreichte die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ihren Tiefpunkt. Lag der Verbrauch eines Erwachsenen 1913 bei rund 3000 Kalorien am Tag, so fiel die Zufuhr 1917 meist unter 1000. Infolge des durch Hunger und Mangelernährung geschwächten Immunsystems nahmen Grippe, Tuberkulose und andere Krankheiten zu, was es schwer macht, die Opfer des Hungers und der Unterernährung zu quantifizieren.

Die Ernte des Herbstes 1917 brachte dann zwar eine gewisse Erleichterung, doch fiel auch sie durch den gravierenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, Dünger und Zugtieren mit der Hälfte des Ertrages eines normalen Jahres zu gering aus. Im letzten Friedensjahr 1913 waren noch 52 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden. Im letzten Kriegsjahr 1918 waren es mit 17,3 Millionen Tonnen abermals zu wenig. Den Verantwortlichen gelang es im Laufe des Krieges nicht mehr, das Versorgungsproblem befriedigend zu lösen.

Eine Steckrübe

Bild: Garitzko

Das Ziel der britischen Seeblockade, die Demoralisierung des deutschen Volkes, wurde erreicht. Ähnlich wie die 48er Revolution auf die Hungersnot von 1846/47 ist die Novemberrevolution von 1918 auf den Hunger im Ersten Weltkrieg, der im „Steckrübenwinter“ 1916/17 seinen Höhepunkt erreichte, zumindest teilweise zurückzuführen. Es ist von daher nicht übertrieben zu konstatieren, dass der Erste Weltkrieg vom Deutschen Reich wenigstens teilweise an der sogenannten Heimatfront verloren wurde. Die Nationalsozialisten sollten daraus mit einer vergleichsweise guten Versorgung der eigenen Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges die Konsequenzen ziehen. Dazu gehörte auch die rechtzeitige Anlage von Vorräten für einen längeren Krieg. Das hatte man vor dem Erfahrungshintergrund der vergleichsweise kurzen Einigungskriege vor dem Ersten Weltkrieg unterlassen. Diese Unterlassungssünde war keine ausschließlich deutsche, aber in Deutschland waren die Konsequenzen aufgrund der geschilderten spezifischen ungünstigen Rahmenbedingungen besonders hart, von tödlicher Härte.

Bleibt die Frage, warum dieser katastrophale Winter 1916/17 „Steckrübenwinter“ heißt. Aufgrund des kriegsbedingten Mangels an Nahrungsmitteln und Rohstoffen versuchte das Reich, auf Alternativen auszuweichen. Not macht erfinderisch, und so wurden mehr als 10 000 Ersatzprodukte entwickelt und vertrieben. Als Alternative zum Grundnahrungsmittel Kartoffel versuchte die Reichsführung der Bevölkerung – vor allem nach der Missernte von 1916 –, die Steckrübe schmackhaft zu machen.

Die Steckrübe ist ein sehr anspruchsloses Wintergemüse. Deshalb wird sie auch in allen gemäßigten Klimazonen angebaut. Sie ist äußerst robust, gedeiht bei fast jedem Wetter und braucht kaum Kunstdünger. Sie ist relativ vitaminreich, enthält neben Traubenzucker, Eiweiß, Fett, schwefelhaltigen ätherischen Ölen, Mineralstoffen, Carotin, Provitamin A und Nicotinsäureamid auch die Vitamine B1, B2 und C. Aufgrund ihres hohen Wassergehalts ist sie jedoch sehr kalorienarm.

Vor dem Krieg war sie eigentlich nur noch Schweinen zugemutet worden, doch die waren ja teilweise dem „Schweinemord“ zum Opfer gefallen. Jetzt sollte sie trotz ihres geringen Kaloriengehalts die Menschen satt machen. Am 4. Dezember 1916 ordnete das Kriegsernährungsamt die Beschlagnahme aller Vorräte an Kohlrüben an.

Wie bereits erwähnt, macht Not erfinderisch, und so wurden die unterschiedlichsten Zubereitungsformen erdacht. Steckrübensuppe, Steckrübenauflauf, Steckrübenkuchen, Steckrübenklöße und Steckrübenkoteletts gab es ebenso wie Steckrübenpudding, Steckrübenmarmelade, Steckrübenfrikadellen, Steckrübenmus und Steckrübenbrot. Geraspelt und im Ofen getrocknet, diente die sogenannte Hindenburg-Knolle sogar als eine Art Kaffeeersatz.

Trotz der staatlichen Förderung des Steckrübenkonsums hatte die Reichskartoffelstelle am Ende des „Steckrübenwinters“ nochetwa 80 Millionen Zentner übrig. Sie wurden zu Dörrgemüse weiterverarbeitet sowie zu Rübenmehl, das mit Kartoffelmehl und Maggi-Suppenwürfeln zu „Vollkost“ vermischt wurde. Um den Absatz sicherzustellen, wurde der Kauf von Lebensmitteln an die Abnahme dieses „Vollkost“-Produktes gebunden.

Wen wundert es, dass die Deutschen nach dem Krieg erst einmal von der „Ostpreußischen Ananas“ die Nase voll hatten. Inzwischen ist der Anbau dieses Volksnahrungsmittels in schwerster Zeit derart zurückgegangen, dass der Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt sich bemüßigt gesehen hat, den einstigen Kartoffelersatz zum Gemüse des Doppeljahres 2017/18 auszurufen, auf dass er uns nicht verloren gehe.

Manuel Ruoff



Ordentlich was auf die Ohren kriegen politisch-korrekte Musikfans, wenn sie sich zum Konzert der südtiroler Band Frei.Wild verirren. Das liegt nicht nur daran, dass die Bandmitglieder um Frontmann Philipp Burger eine härtere musikalische Gangart bevorzugen, sondern auch an ehrlichen Texten, die schon mal von Heimat und Patriotismus handeln. Der Erfolg gibt ihnen Recht: Gerade wurde Frei.Wild zum vierten Mal für den Musikpreis Echo nominiert.

Die wichtigsten Ergebnisse

Im Jahr 2015 wurden rund zehn Prozent der Asylbewerber als Tatverdächtige ermittelt, während bei den Deutschen nur rund zwei Prozent verdächtigt wurden, eine Straftat begangen zu haben. Der Faktor beträgt fünf. Asylbewerber – und zwar genau diejenigen, die sich 2015 in Deutschland aufhielten – sind demnach fünfmal krimineller als Deutsche. Bei Gruppenvergewaltigungen beträgt der Faktor sogar 19.

Im Deliktbereich der Gewalkriminalität sind Asylbewerber neunmal häufiger Tatverdächtige als Deutsche. Oder anders: Auf 100 tatverdächtige deutsche Gewaltkriminelle kommen 900 tatverdächtige, gewaltkriminelle Asylbewerber, wenn man zwei gleich große Gruppen zugrunde legt. Bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen liegt der Faktor zwischen Deutschen und Asylbewerbern bei 8,6 beziehungsweise zwischen Deutschen und Ausländern bei 4,1. Oder anders: In gleich großen Gruppen kommen auf 100 deutsche tatverdächtige Gewalttäter, die gefährliche oder schwere Körperverletzung begingen, 900 Asylbewerber beziehungsweise 410 Ausländer.

Unter Berücksichtigung des kriminologischen Dunkelfeldes wurden 2015 rund 600 000 Menschen Opfer von gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten durch Asylbewerber, pro Tag also fast 1650. Hinzu kommen täglich fünf Vergewaltigungsopfer.

Für das Jahr 2016 ist ein drastischer Anstieg der Asylsucherkriminalität zu erwarten. Die Kriminalstatistik für die gesamte Republik wird zwar erst im Mai veröffentlicht, aber die Zahlen, die nach und nach aus den einzelnen Bundesländern publiziert werden, sind alarmierend. So stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber in Baden-Württemberg im letzten Jahr um knapp 40 Prozent, während knapp 60 Prozent weniger Asylbewerber als 2015 in das Bundesland kamen. Nur 1,5 Prozent der der Deutschen in Baden-Württemberger waren einer Straftat verdächtig, aber über 15 Prozent der Asylbewerber. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte, an denen mindestens ein „Flüchtling" beteiligt war, stieg um 95,5 Prozent auf 7670 Fälle.

Auch in Nordrhein-Westfalen stiegen 2016 schwere Gewaltverbrechen wie gefährliche Körperverletzungen, Mord und Totschlag massiv an. Vergewaltigungen und schwere sexuelle Nötigungen nahmen um fast 25 Prozent auf 2320 Fälle zu, sonstige sexuelle Nötigungen sogar um 35 Prozent. Dieser Anstieg ist fast ausschließlich Asylbewerbern und nichtdeutschen Tätern geschuldet. Die Zahl der deutschen Tatverdächtigen ist seit 2012 kontinuierlich um 14 Prozent gesunken. Von den über 500 gemeldeten Fällen sexualisierter Gewaltübergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 werden in der Kriminalstatistik lediglich 162 berücksichtigt. Der Großteil der Täter geht ohnehin straffrei aus.

»Extreme Gewalt«

Eine mutige Hamburger Bloggerin belegt, wie kriminell Asylsucher wirklich sind

Natürlich gibt es auch brave und gesetzestreue unter den „Flüchtlingen". Im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung aber sind erschrekkend viele von ihnen kriminell und gewaltätig.

Zornig ist sie. Die Hamburger Journalistin und Bloggerin (fischundfleisch.com) Ines Laufer spricht von Fakten und schlüssigen Beweisen, die ihre schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Sie warnt vor einem Zug, der „mit uns und mit Höchstgeschwindigkeit auf den Abgrund zurast". Sie schimpft auf die Verharmlosungen der Medien und der vermeintlichen Experten, die „nur noch den Verstand beleidigen".

Ines Laufer hat sich intensiv mit der Kriminalität von Immigranten auseinandergesetzt. Sie ist eine engagierte Frau. Sie ist eine Feministin. Seit mehr als 20 Jahren schreibt sie über Menschenrechtsverletzungen an Mädchen. 1995 gründete sie die erste Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Genitalverstümmelung" in der einflussreichen Frauenrechts-Organisation Terre des Femmes. Ein Ereignis im Oktober vergangenen Jahre schokkierte sie wie hundertausende andere Deutsche. Es war der Mord an der 19-jährigen Maria Ladenburger in Freiburg. Der afghanische „Flüchtling" Hussein Khavari vergewaltigte die Medizinstudentin und ertränkte sie in einem Fluss. Die Politiker und Medien überschlugen sich darin, das gemeine Verbrechen zu relativieren. Als tragische Ausnahme, als Fall von bloßer regionaler Bedeutung wurde es abgetan. Ines Laufer tat nichts dergleichen. Sie begann zu recherchieren. „Das Ganze sollte ursprünglich nur eine kleine Notiz auf Facebook werden", erzählt sie. Je intensiver ich mich mit der Materie befasste, umso schneller sprengte der tatsächliche Umfang jedoch den vorgegebenen Rahmen des sozialen Internet-Netzwerkes.

Die Vorgehensweise

Um die tatsächliche Kriminalität von Deutschen, „Flüchtlingen" oder beispielsweise Ausländern insgesamt zu vergleichen, hilft es nicht weiter, die absoluten Fallzahlen zu betrachten. Sie wären nur unter der Bedingung aussagekräftig, wenn alle diese Bevölkerungsgruppen zu jeweils gleichen Anteilen in Deutschland lebten. Da dies nicht gegeben ist, muss die Anzahl der Straftaten und Tatverdächtigen ins Verhältnis gesetzt werden zur gesamten Anzahl der Deutschen, Flüchtlinge, Migranten, Syrer, Afghanen etc. Auf dieser Grundlage kann dann berechnet werden, wie viele Menschen pro 10 000, 100 000 oder einer Million der jeweiligen Gruppe straffällig werden. Nur mit diesem Wert kann verglichen werden.

„Der Vollständigkeit halber sei erwähnt", notiert Ines Laufer zudem, „dass in allen Vergleichen und Berechnungen Verstöße gegen Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz selbstverständlich nicht mit eingerechnet wurden, da Deutsche diese nicht begehen können",

Am Ende entstand ein 104-seitiges Werk. „Extreme Gewalt und Kriminalität als direkte Folge der Flüchtlingspolitik – Zahlen, Fakten und Beweise" hat Ines Laufer es genannt und als Online-Broschüre veröffentlicht. In den sozialen Medien findet es derzeit größte Verbreitung. Die Studie zeigt, „warum ‚Flüchtlinge' bis zu 20-mal krimineller sind als Deutsche". Sie entlarvt die verharmlosenden und verfälschenden Interpretationen der Statistiken in den Medien. Nachzulesen ist dort auch, warum an den bedrohlichen Fremden selbst die aufwändigsten Integrationsmaßnahmen scheitern werden. „Die neuen Zuwanderer stellen in ihrer Zusammensetzung eine der gefährlichsten, kriminellsten und gewalttätigsten Gruppen weltweit dar."

Die Autorin präsentiert all dies mit einem grimmigen Hinweis in eigener Sache. Sie schreibt: „Es reichen mittlerweile schon harmlose flüchtlingskritische Meinungsäußerungen aus, damit wütende Nazikeulenschwinger sich anmaßen, die Verfasser als ‚Hetzer', ‚Rechte', ‚Fremdenfeinde', ‚Rassisten' oder ‚Unmenschen' zu verunglimpfen."

Ines Laufer notiert weiter: „Diese Leute weise ich vorsichtshalber schon einmal darauf hin, dass nachfolgendend Fakten wiedergegeben werden. Fakten interessieren sich nicht für Gesinnung. Sie stellen die Realität dar und damit die nötige Grundlage, die eine Meinungsbildung erst zulässt."

Freunde halfen ihr bei der umfangreichen Recherche und der Aufbereitung des Materials. Auch ein Statistikexperte war dabei. Mit seiner Hilfe arbeitete sich Ines Laufer gründlich in die Materie ein. Sie weiß, was die vielzitierte jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundeskriminalamtes an Erkenntnis bietet und was sie verschweigt. Die Autorin: „Die tatsächliche Kriminalität bildet die Statistik selbstredend nicht ab. Sie spiegelt lediglich das sogenannte Hellfeld wider. Das ist die von der Polizei erfasste Kriminalität." Außen vor bleibt eine sogenannte Dunkelfeldanalyse. Mit ihrer Hilfe werden jene Straftaten dargestellt, die nicht angezeigt werden. Erst beide Felder ergeben ein wirkliches Abbild der gesamten Kriminalität. „Das aber wäre durchaus geeignet, die Bevölkerung nachhaltig zu verunsichern." So wird, Schätzungen zufolge, nicht einmal jede fünfte Vergewaltigung angezeigt.

Auch ein anderer Punkt schönt das kriminelle Geschehen: „In der PKS werden ausschließlich die ermittelten Tatverdächtigen erfasst und kategorisiert. Über namentlich unerkannt gebliebene Täter kann mit ihrer Hilfe keine Aussage getroffen werden – etwa hinsichtlich ihrer Herkunft." Im Bundesdurchschnitt trifft dies auf knapp 50 Prozent der Straftaten zu. Bei Vergewaltigungen sind es annähernd 20 Prozent, bei Wohnungseinbrüchen etwa 85 Prozent.

Erschwert wird ein realistischer Blick auf Immigranten sowie auf deren Verhältnis zu Recht und Gesetz noch durch eine andere Lücke in der PKS. Deutsche Tatverdächtige werden nicht mehr unterteilt. Es bleibt offen, ob sie fremdländische Wurzeln haben.

Der Amokläufer Ali Sonboli, der im Sommer 2016 in München neun Menschen und sich selbst erschoss, war beispielsweise Inhaber des deutschen wie des iranischen Passes. In der Kriminalstatistik wird er als Deutscher geführt. Ines Laufer schreibt: „Wenn wir generell zu dem Ergebnis gelangen, dass insgesamt zwei Prozent der Deutschen als Tatverdächtige aufgeführt werden (1,5 Millionen Tatverdächtige bei 73,5 Millionen Deutschen insgesamt), jedoch knapp fünf Prozent der Türken (73 712 Tatverdächtige bei 1,5 Millionen mit türkischem Pass) – also mehr als doppelt so viele – so lässt sich daraus die Vermutung ableiten, dass bei den zwei Prozent deutschen Tatverdächtigen die türkischstämmigen Deutschen überproportional vertreten sind."

Warum so viele Immigranten Verbrechen begehen? Die Autorin verweist auf den Hamburger Gewaltforscher Sven Fuchs. Er beschäftigt sich unter anderem damit, wie es in den Familien der Menschen in Syrien, Irak, Afghanistan und anderen orientalischen Länder zugeht. Körperliche Gewalt ist dort alltäglich. In 89 Prozent der syrischen Familien, so eine UNICEF-Studie, wird sie praktiziert. 25 Prozent der befragten Kinder erleben sie in besonders brutalen Formen durch Schläge und Tritte ins Gesicht oder mit einem Gegenstand.

Wer so aufwächst, ist auch seelisch gezeichnet. Leib, Leben und Besitztum eines anderen gelten ihm wenig. Besonders, wenn es sich um verachtenswerte Ungläubige handelt. Drei Viertel der Hunderttausenden, die 2015 nach Deutschland einreisten, waren moslemischen Glaubens. Der Zusammenhang zwischen Islam und Gewaltbereitschaft wird inzwischen auch von linksgerichteten Wissenschaftlern kaum noch geleugnet.

Ines Laufer schlussfolgert: „Die staatlichen oder privaten Maßnahmen, die auf bessere Integration abzielen, sind zum Scheitern verurteilt und werden die hohe Kriminalitätsrate nicht ändern. Wir haben – selbst unter Aufwendung der intensivsten Integrationsbemühungen bis hin zur Selbstaufgabe – keinen Einfluss auf die Ursachen. Wir können das Rad dieser gewalttätigen Sozialisation, der traumatischen Kindheitserlebnisse, nicht zurückdrehen.

Angesichts solcher Aussagen vergessen die Anhänger rot-grüner Multi-Kulti-Träume schnell die eigene – zumeist sehr kuschelige – Kinderstube. Ines Laufer war klar, welche Sprengkraft in ihrer Studie lag und dass sie als deren Verfasserin ebenfalls zur Zielscheibe von Anfeindungen werden würde. Eine belesene Frau ist sie auch. So antwortet sie auf die Frage, woher sie den Mut nahm, mit den Erkenntnissen an die Öffentlichkeit zu treten, frei nach der französischen Schriftstellerin Benoite Groult: „Ich hatte die Wahl, eine faktenbasierte, kritische Abhandlung zur ‚Flüchtlings'-Kriminalität zu schreiben oder einen Hautausschlag zu bekommen. Ich habe mich gegen den Hautausschlag entschieden."

Sabine Müller

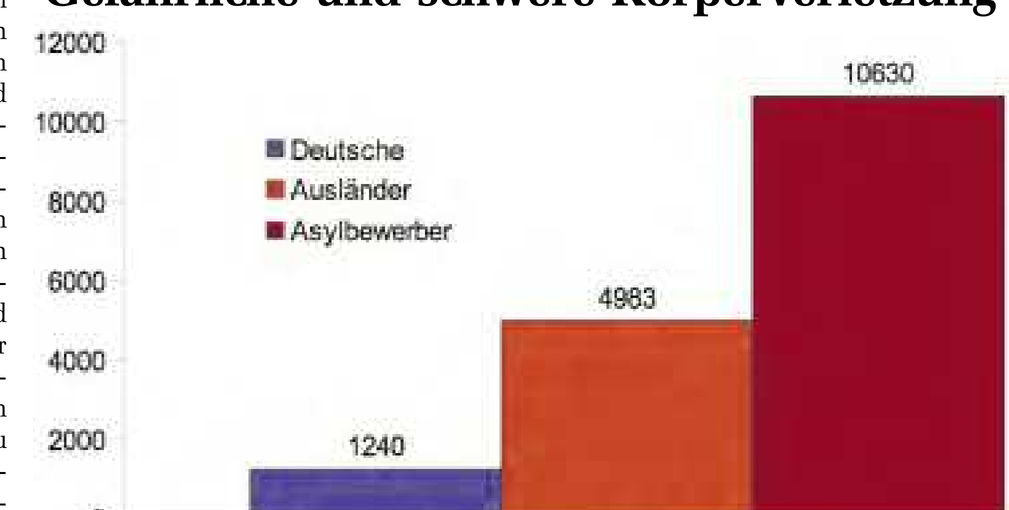
Sexuelle Nötigung/Vergewaltigung



Tatverdächtige pro eine Million Einwohner der jeweils zugehörigen Gruppe. Zahlen: PKS 2015

Grafik: Laufer

Gefährliche und schwere Körperverletzung



Tatverdächtige pro eine Million Einwohner der jeweils zugehörigen Gruppe. Zahlen: PKS 2015

Grafik: Laufer

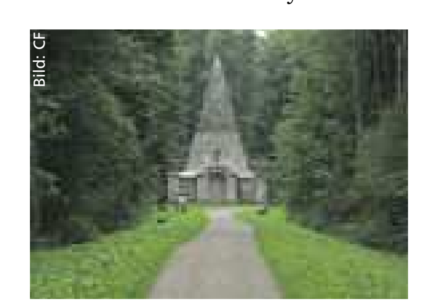
Das Ostpreußenblatt

Nr. 12 – 24. März 2017

MELDUNGEN

Rettung für die Pyramide

Kleinangerapp – Wie das Forstamt Rothebude mitteilte, wird derzeit eine technische Dokumentation zur Durchführung von Renovierungsarbeiten erstellt, um die denkmalwerte Pyramide in Kleinangerapp zu retten. Dieser einzigartige Bau droht zu zerfallen. Über Jahrzehnte hat sich der Zustand der Pyramide ständig verschlechtert, sodass sie sich in einem fatalen technischen Zustand befindet. Die Pyramide ist


Bild: CF

Pyramide in Kleinangerapp

als äußerst seltenes Objekt in Masuren zu erachten, und sie ist als Unikat im Staatsverzeichnis über die Denkmäler verzeichnet. Die Konstruktion steht auf einem Grundstück des Staates und wird vom Forstamt verwaltet. Nach einer Entscheidung des Woiwodschaftskonservators müssen die Renovierungsarbeiten bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Kosten werden auf umgerechnet 231000 Euro geschätzt. *PAZ*

Rauschener Kulturerbe

Königsberg – Gouverneur Anton Alichanow hat die Regierung angewiesen, die Rauschener Holzhäuser aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung detailliert zu erfassen und nach Möglichkeit unter Denkmalschutz zu stellen. Die Hilfe ehemaliger Rauschener Bürger bei der Sammlung von Daten zu den einzelnen Gebäuden ist dabei sicher willkommen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Ortelsburg [Szczytno] – Willenberg [Wielbark], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Baustelle. Straße Nr. 65: Seedranken [Sedranki], Brückenrenovierung. *PAZ*

Hansestil neu entdeckt

Königsberger Häuser erhalten alte Fassaden zurück – Pläne nach historischen Vorlagen

Die Fassaden im Königsberger Zentrum erhalten alte Ansichten. Die Pläne hierfür entwarfen die Architekten Arthur Sarnitz und Ilja Kiseljow unter Heranziehung von Archivunterlagen.

Drei Gebäude auf dem Steindamm [Lenin-Prospekt] im Zentrum Königsbergs waren für einige Monate hinter Bauzäunen vor den Blicken von Passanten versteckt, weil Dächer und Fassaden grundsaniert wurden. Doch diesmal waren es keine standardmäßigen Reparaturen, wie sie schon bei vielen Gebäuden der Umgebung vorgenommen wurden, sondern es war etwas Besonderes: Die Häuser erhielten nämlich ein völlig neues Äußeres. Fast schien es, als ob sie alten Postkarten von Königsberg entsprungen seien. Dass die Häuser ein neues Aussehen erhielten, war kein Zufall, sondern war zuvor gründlich geplant worden.

Zunächst war geplant, 93 Wohnhäuser der Innenstadt zu renovieren, die entlang der sogenannten Protokollroute liegen, die für die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 auserkoren wurde. Diese Straßen werden die Teilnehmer der Spiele und Mitglieder der offiziellen Delegationen passieren, weshalb die Stadt es für angebracht hielt, diesen ein akzeptables Aussehen zu verpassen, um vor den Ehrengästen zu glänzen. Die Häuser, die einer Restaurierung unterzogen werden sollten, liegen unter anderem an der Wrangelstraße, Mitteltragheim ebenso wie der Altstädtischen Langgasse, Steindamm, Kneiphöfer Langgasse, Vorstädtischen Langgasse. Dann verzichteten die Behörden allerdings aus Geldmangel auf die groß angelegte Wiederherrichtung der Gebäude. Sie entschieden sich, zunächst die Häuser Nr. 2–4, 6–8 und 8a–8b am Steindamm zu sanieren. Im Herbst 2016 begannen die Bauarbeiten.



Bereit für die Gäste der WM: Die nach historischem Vorbild gestaltete Fassade in Königsberg Bild: J.T.

Die Stadtverwaltung sicherte zu, dass die Mieter der Häuser nicht an den Kosten für die Renovierung der Fassaden beteiligt würden, da die Arbeiten staatlich subventioniert würden. Auch Wohnungseigentümer würden nicht herangezogen. Die Sanierungen werden komplett aus Mitteln des städtischen und des regionalen Haushalts getragen. Die Summe

Orientierung an alten Archivunterlagen

beträgt umgerechnet etwa acht Millionen Euro.

Mit der Planung des Bauprojekts wurden die Architekten Arthur Sarnitz und Ilja Kiseljow beauftragt. Für die Verkleidung der Außenwände wurden Ziegel und Keramikfliesen in Form von Ziegeln verwendet, die Dächer mit Ziegeln gedeckt und die Giebel mit Verzierungen gekrönt. Die Räume zwischen den Fenstern erhielten dekorative Einsätze, und die Balkone wurden mit verzierten Gittern ausgestattet.

Es springt sofort ins Auge, dass für die Planung die Vorkriegsarchitektur zugrundegelegt wurde. Die Dächer der Häuser wurden etwas erhöht, sodass zusätzlich Mansardenwohnungen entstanden. In nächster Zeit will die Stadt zwölf weitere Häuser am Steindamm einer Generalüberholung unterziehen. Zu den Arbeiten wurden auch Spezialisten des Moskauer Architektur-Instituts herangezogen.

Für die künstlerische Gestaltung hat man den hanseatischen Baustil gewählt, weil er für Königsberg wie auch für viele andere Städte an der Ostseeküste typisch ist. Im Zentrum Königsbergs wird es bald mehr neue Fassaden im historischen Stil geben. Die Bürger haben die Reparaturarbeiten mit Begeisterung verfolgt und waren neugierig, wie das typische Hochhaus aussehen würde, wenn erst der Bauzaun abgebaut wäre.

Die Städter haben die Neugestaltung der Häuser sehr positiv aufgenommen, auch wenn diese nun in deutlichem Gegensatz zu ihrer Umgebung stehen. Das einzige, was die Phantasie der Menschen noch beflügelt, ist die Frage, wie und von wem die neu entstandenen Mansardenwohnungen genutzt werden.

Bislang hat die Stadt nur einen weiteren Ort im pseudohistorischen Stil: das Fischdorf. Im Gegensatz zum Fischdorf entstanden die neuen Fassadenarbeiten jedoch nach architektonischen Vorlagen des Endes des 19. und des Anfangs des 20. Jahrhunderts. *Jurij Tschernyschew*

Überreste von Bischof Szembek gefunden

Forschungen in der Szembekschen Kapelle in Frauenburg: Funde in der Krypta sehr gut erhalten

Das Forschungsteam von Professorin Margarete Grupa vom Institut für Archäologie an der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn führte Anfang Februar Sondierungsforschungen in der Krypta der Szembekschen Kapelle am Frauenburger Dom durch. Die Forscher überprüften die Art und Weise der Bestattung der Bischöfe im Ermland, den Zustand der Überreste und ob die Grabstätte 1945 entweiht wurde.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Wissenschaftler sind die Überreste der Geistlichen einschließlich der des Bischofs Christoph Andreas Johann Szembek (Schönbeck) in der Szembekschen Kapelle am Frauenburger Dom gut erhalten. Sie kamen zu dem Schluss, dass von den sechs Särgen in der Krypta zwei beschädigt wurden, unbekannt ist, wann das geschah. Die Überreste der Verstorbenen sind deshalb gut erhalten, weil sie dank der guten Belüftung der Krypta mumifizierten. Auch die Kleidungsstücke, in denen die Bischöfe beigesetzt worden waren, sind gut erhalten. Die Wissenschaftler konnten alle Schichten der Gewänder genau beschreiben und aufgrund der Ornamente auf Seide die Zeit der Bestattung bestimmen. Die beiden beschädigten Särge hatten Eindringlinge leider ausgeraubt. Es ist nicht genau bekannt, wer das getan hat.

Die Wissenschaftler fanden unter anderem die Bischofsmütze von Bischof Szembek und das Vorderteil des Messgewands von Bischof Andreas Thiel sowie ein mit Kräutern gefülltes Kissen. Laut Grupa reisten zur Bestattung von Würdenträgern Gäste aus weiten Teilen Europas an. Da die Beisetzung in der Regel erst anderthalb Monate nach dem Tod eines Bischofs stattfand, wurden den Leichen mit antibakteriellen Kräutern gefüllte Kissen beigelegt, um den Verwesungsgeruch zu neutralisieren.

Der Sarg, in dem Bischof Thiel lag, war am stärksten von Plünderungen betroffen. Seine sterblichen Überreste lagen in anatomischer Ordnung, aber von der Kleidung fehlte jede Spur. Anscheinend hatte der Grabräuber Schmuck gesucht. Er hatte wohl vermutet, dass nicht nur Nachahmungen der Bischofsstäbe, Tassen und Ringe im Sarg lagen, sondern die echten Insignien aus Edelmetall.

Die Forschungen konnten dazu beitragen, einige jahrealte Legenden zu überprüfen: In der Krypta wurde nicht der sowjetische Leutnant gefunden, der dort im Jahr 1945 angeblich begraben worden sein soll.

Während ihrer Expedition führten die Forscher eine fotografische und beschreibende Bestandsaufnahme durch. Die Elemente, die man auf dem Boden der Krypta fand, wurden ins Labor gebracht. Sie werden dort einer detaillierten Untersuchung unterzogen. Die Analyse kann bis zu einem Jahr dauern.

Wie der Name bereits vermuten lässt, wurde die Szembeksche Kapelle von Bischof Szembek gestiftet. Der 1680 geborene und ab 1724 bis zu seinem Tode 1740 amtierende Fürstbischof von Ermland und Samland hatte sie auch eingerichtet. Die Kapelle ist aufgrund des Altars mit den zahlreichen Schreinen und der von Matthias Meyer geschaffenen Polychromie äußerst wertvoll.


Bild: Lestat (Jan Mehlich)/CF

Szembeksche Kapelle am Frauenburger Dom

Der vollständige Name dieser Anlage lautet: Kapelle des Erlösers, St. Theodore und Allerheiligen, aber sie ist allgemein als die Szembeksche Kapelle bekannt. Sie wurde als Reliquiaroratorium mit dem Ziborium des Heiligen Theodor und als Familiengrab des Bischofs Szembek gebaut. Doch in der Krypta ruht nur ihr Gründer und niemand sonst aus der Familie Szembek. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts fanden auch die späteren Bischöfe des Ermlands hier ihre letzte Ruhestätte, darunter die Bischöfe Andreas Stanislaus von Hatten (1836–1841), Joseph Ambrosius Geritz (1841–1867), Andreas Thiel (1886–1908), Augustinus Bludau (1908–1930) und der Domherr Michael Ossolinski.

Der Frauenburger Dom birgt viele weitere Geheimnisse. Eines davon ist das Geheimnis der Krypta der Bischöfe von Ermland Lucas Watzenrode (1489–1512), dem Onkel von Nicolaus Copernicus, Johannes Dantiscus (1538–1548), Martin Cromer (1579–1589) und anderer. Trotz der bekannten historischen Aufzeichnungen und archäologischen Forschungen im Jahr 2005 gelang es bislang nicht, sie zu finden. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist eine unendliche Geschichte, und sie scheint es auch zu bleiben, denn wir drehen uns im Augenblick im Kreise: In der Suchfrage von **Björn Sobota** nach der leiblichen Herkunft seiner aus Königsberg stammenden Großmutter **Gerda Waltraud Reimnitz** weisen die von ihm angefragten Institutionen auf unsere Ostpreußische Familie als letzte Möglichkeit hin, diesen Fall lösen oder wenigstens teilweise klären zu können. Das ehrt uns zwar sehr, hat uns aber bisher nicht weiter gebracht, obgleich wir diese Suchfrage bereits zweimal im vergangenen Jahr in unserer Kolumne behandelt haben. Mehr geht nicht – dachten wir. Aber dann trafen in der letzten Zeit weitere Mails von Herrn Sobota ein, in denen er den Verlauf der bisher erfolglosen Suche schildert und uns bittet, unter einigen neuen Aspekten, die sich ergeben hätten, noch einmal die Angelegenheit aufzugreifen. Welch große Mühe er sich gibt, wenigstens einige Hinweise zu bekommen, beweist sein von ihm aufgezeichneter Gang durch die Institutionen:

„Inzwischen hatte ich Kontakt zu den Staatsarchiven in Moskau und Königsberg, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Geheimen Staatsarchiv Berlin, dem Evangelischen Zentralarchiv, und selbst Recherchen beim Standesamt 1 in Berlin haben keine Ergebnisse gebracht. Der Bund der Vertriebenen hat mich nochmals an Sie verwiesen. Es scheint, dass alle betreffenden Gerichts-, Standesamts- und Personenstandsakten verschollen sind. Der Name Gerda Waltraud Reimnitz taucht nirgends auf. Das macht uns schon traurig und meine Großmutter besonders, da sie immer noch hofft, dass sich irgendwo eine Spur finden lässt oder ein ihr bekannter Name“. Der zu ihrer Herkunft führt, denn Gerda Reimnitz war ein Adoptivkind, und ihre leibliche Mutter taucht nur in vagen Erinnerungen auf. Besonders erschwerend wirkt sich aber die ungenaue Schreibweise des Namens ihrer leiblichen Mutter aus wie der Enkel selber bestätigt. Da wir den Lebenslauf seiner Großmutter in den Folgen 35/16 und 41/16 eingehend behandelt haben, hier noch einmal ihre Vita in Kurzform:

Gerda Waltraud Reimnitz, *25.09.1934 in Königsberg Pr., ist die Tochter von **Berta Schug** (eine der möglichen Schreibweisen des Namens) und ihrem Mann, dessen Vorname unbekannt ist. Er soll in Königsberg auf dem Steindamm eine gut gehende Kohlenhandlung gehabt haben. Gerda hatte noch drei Schwestern, die alle noch im Kindesalter in ein Heim oder Waisenhaus kamen. Sie wurden voneinander getrennt, da Gerda von dem Ehepaar Schulz adoptiert wurde. Die Adoption muss noch vor Gerdas Einschulung erfolgt sein. Der Adoptivvater **Emil Adolf Schulz** war bei den Gaswerken in leitender Stellung tätig. Seine Frau Elisabeth stand in Verbindung mit Gerdas leiblicher Mutter, die manchmal zu Besuch kam und von ihrer Tochter „Tante Berta“ genannt wurde, nicht ahnend, dass es sich um ihre richtige Mutter handelte. Als die Familie Schulz, zu der auch zwei adoptierte Jungen gehörte, im Januar 1945 auf die Flucht ging, war der Kontakt zu Berta Schug längst abgerissen. Der Fluchtweg hat bei Frau Reimnitz tiefe Eindrücke hinterlassen, die sie heute noch beschäftigen. Wie der Tod von Großmutter Schulz, die vor den Augen der Zehnjährigen erschossen wurde. Die Russen nahmen den Flüchtenden alle Rucksäcke weg, in denen sich außer einigen Wertgegenständen die wichtigsten Familiendokumente befanden – wahrscheinlich auch die Adoptionsurkunde von Gerda. Endstation war für die Familie Schulz, nach längerer Irrfahrt, Görlitz, wo die 82-Jährige heute noch lebt und versucht, die von Krieg und Flucht geprägten Erinnerungen aufzuschreiben, wobei ihr der Enkel, ein Kirchenmusiker, nach allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hilft. Und dazu gehört eben auch die Verbindung zur Ostpreußischen Familie, auf die er weiter die größten Hoffnungen setzt. Nun hat sich eine Information ergeben, die uns vielleicht einen Schritt weiter bringt:

Die Familie des im Königsberger Gaswerk in leitender Funktion tätigen Emil Adolf Schulz wohnte auf dem Haberberg, Kleine Sandgasse 14. In dem Haus wohnten auch Gerdas Spielkameraden, die Geschwister **Inge** und **Max Biedermann**, die wir schon erwähnt hatten – leider hat sich zu diesen Namen bisher niemand gemeldet. Jetzt kommt ein neuer Name hinzu: Balzereit. Das Königsberger Adressbuch verzeichnet in der Kleinen Sandgasse 14 einen Ofenbauer/setzer dieses Namens. So hieß aber auch die Haushaltshilfe von Frau Schulz, die von den Kindern „Tante Balzereit“ genannt wurde. Es ist anzunehmen, dass diese mit der Familie des Ofenbauers zusammenhing. Vielleicht lebt noch jemand von der Familie Balzereit und meldet sich bei Herrn Sobota, seiner Großmutter würde jeder Hinweis etwas zu innerer Ruhe verhelfen. Das war bei der einzigen Meldung zu seinen bisherigen Suchfragen leider nicht der Fall, denn der betreffende Leser war nur an Bildmaterial vom alten Königsberg interessiert! (Björn Sobota, Gartenstraße 24 in 02943 Weißwasser, Telefon: 03576/2184240, Fax: 03222/1811047, E-Mail: bjoern.sobota@t-online.de)



Gutshaus Althof-Ragnit Bild: privat

Unser altes Königsberg – das beschäftigt auch Herrn **Norbert Brosat** aus Schwelm, und deshalb schreibt er mich als „wissende Zeitzeugin“ an, die aber leider in dieser Funktion passen muss und seine Frage an unsere Mitdenker und Mitwisser hiermit weiter gibt. Ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern, mit welchen Ziegeln das Dach an der Westseite des Königsberger Schlosses gedeckt war. Warum er das wissen will? Das lassen wir Herrn Brosat selber erklären: „Ich beabsichtige, mir aufgrund einer alten, leider kolorierten Fotografie ein großes Gemälde der Nordseite des Königsberger Schlosses – gesehen vom Schlossteich aus über den Münzplatz – malen zu lassen. Zentral ist dabei der wuchtige, achteckige Haberturm und der nach Westen gehende Gebäudeflügel, in dem u.a. das Oberlandesgericht seinen Sitz hatte. Auf den meisten alten kolorierten Ansichten ist dieses Dach – wie die anderen Dächer der verschiedenen sichtbaren Schlossteile – in dunkelgrau, z. T. mit bläulichem Schimmer, evtl. schieferartig, dargestellt. Andererseits habe ich das Dach des Haberturms schon mit dunkelroten Dachziegeln gedeckt gesehen. Das Modell im Domturm zeigt meiner Erinnerung nach insgesamt ziegelrote Dächer am Schloss. Ist Ihnen schon mal eine echte Farbfotografie aus den 40er Jahren begegnet, die diese Frage beantwortet?“ Mir wissentlich nicht, aber hier werden mit Sicherheit unsere Leserinnen und Leser helfen, damit unser Königsberger Landsmann – aus der Borcherstraße 24, Querstraße zur Vorstädtischen Langgasse – das Gemälde historisch genau malen lassen kann. Vielleicht bekommen wir dann mal ein Foto von dem Bild?

Es ist erfreulich, wie viele Leser sich selber die Aufgabe stellen, die Geschichte unserer verlassenen Heimat in Wort und Bild zu dokumentieren – das merke ich an den vielen speziellen Fragen, zu denen auch die von Herrn **Manfred Höhne** gehören. Er bemüht sich auf seiner Website „ostpressen.net“ die Geschichte unserer Heimat bis in die Dörfer hinein chronistisch zu erfassen und festzuhalten, was aus deutscher Zeit an Kulturgütern noch vorhanden ist. Und weil er das mit preußischer Akribie machen will, tauchen immer wieder Fragen auf, von denen er uns einige übermittelt, die vor allem das nördliche Ostpreußen betreffen. Herr Höhne formuliert sie so: „Bei dem Ort Paskallwen-Neuhof und Althof Ragnit, Krs. Tilsit-Ragnit, habe ich Probleme. In Paskallwen gab es ein Gutshaus, das offenbar überlebt hat, und in Althof-Ragnit existiert noch ein stolzer Herrensitz. Eines der beiden Gebäude wurde als „Schloss Mierwalde“ bezeichnet und soll von einem russischen Bonzen zeitweise bewohnt gewesen sein, aber ich weiß nicht, um welches es sich dabei handelt. In Neuhof-Ragnit gab es ein großes Remontedepot des Heeresremonteamts Ragnit. Hat dessen Leitung früher in Althof-Ragnit ihren Sitz gehabt? Wenn nein, wer hat in diesem Haus gewohnt? Wie und von wem wurde das Gutshaus Paskallwen genutzt?“ Das sind die Fragen, die Herr Höhne übrigens auch den betreffenden Kreisgemeinschaften vorlegte, die ihm aber den Rat gaben, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden. Danke für das Vertrauen und wir hoffen, dass wir ihn erfüllen können.

„Was vergangen kehrt nicht wieder, aber ging es leuchtend nieder, leuchtet es lange noch zurück“. Dieses kleine Gedicht könnte wohl als Leitspruch über jeder Ostpreußischen Familie stehen, die immer wieder Erinnerungen an längst vergangene Tage erweckt und erhellt. Ich habe dieses Leuchten besonders zu spüren bekommen, als ich meine Geburtstagspost erhielt, für die ich mich hiermit noch einmal bedanken will, da ich leider nicht jede Gratulation persönlich beantworten kann, zumal oft die Adressen fehlen.

Aber einige Zuschriften muss ich doch erwähnen, weil sie von großer Heimatliebe sprechen. Wie der Glückwunsch von Frau **Karin Gogolka**, die auf ihrer Karte eine Spur gelegt ha, die direkt in die Heimat führt: aufgeklebter Sand von der Kurischen Nehrung, in dem sich einige Bernsteinstückchen befinden, wie wir sie als Kinder am Strand unserer See gefunden hatten. Also mehr Heimatleuchten geht nicht!

Auf die Nehrung führt auch der „Piepmatz von Rossitten“, selbstgebastelt von Frau **Helga Henschke**, der ein wenig verzögert bei mir eintraf, aber sich dafür entschuldigte: „Wir suchten das Geburtstagskind, am Pregel war sie nicht. Die Reise war weit, es war bitterkalt. Nun öffnet das Fensterchen, der Sänger will ins Haus. Er singt wie einst daheim!“

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Gerüchte machen Angst

Bremst neue Wahlordnung Opposition in den Kommunen aus?

Die polnische Regierung arbeitet an einer Änderung der Wahlordnung für Kommunalverwaltungen. „Wir werden ein Gesetz zur Abstimmung bringen, nachdem bereits im Jahr 2018 diejenigen, die länger als zwei Amtszeiten hinter sich haben werden, für Ämter in der Kommunalverwaltung nicht mehr kandidieren können“, so Jaroslaw Kaczynski, Chef der Regierungspartei PiS im Internetportal onet.pl. Mit diesem Schachzug wolle die PiS Gemeindevorsteher und Bürgermeister loswerden, die nicht aus den eigenen Reihen stammen, vermutet man in der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln, wo die Deutschen in vielen Gemeinden mitregieren. „Es ist ein klassischer Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung und die Demokratie! Die PiS versucht, den Wählern einzureden, durch die Wahlordnungsänderung Cliquenwirtschaft und Verflechtungen zu verhindern. Alles nur Vorwand, denn die PiS ist im kommunalpolitischen Bereich so gut wie gar nicht existent, könnte aber langfristig die Zahl ihrer Vertreter stärken“, so Josef Swaczyna, Landrat im oberschlesischen Groß Strehlitz und Vorsitzender des Konvents der Landräte der Woiwodschaft Oppeln gegenüber Wochenblatt.pl.

Im Landkreis von Swaczyna könnten nach Einführung der Neuerungen sechs Bürgermeister nicht mehr antreten. Drei von ihnen kommen aus den Reihen der deutschen Minderheit, ein vierter bekam sein Mandat durch die Unterstützung der Deutschen. Landrat Swaczyna ist allerdings auch für den Fall der Gesetzesänderung zuversichtlich, denn seiner Meinung nach hätten deutsche Kandidaten an sich einen so guten Ruf, dass auch andere deutsche Kandidaten gewählt würden. Was den Deutschen jedoch Angst macht, sind Gerüchte, die PiS würde Nichtregierungsorganisationen und den Wahlkomitees verbieten, bei Kommunalwahlen anzutreten.

Auch die deutsche Minderheit ist alarmiert. „Wir kommunalen Vertreter planen für diesen Fall die Gründung neuer kommunalpolitischer Gruppierungen. Dabei könnte allerdings der Name ‚Deutsche Minderheit‘ verschwinden – und das wäre ein gewaltiger Verlust! Die bessere Lösung für die Minderheit wäre, eine eigenen Partei zu gründen – beispielsweise basierend auf christlichen Werten“, so Swaczyna.

Spätestens im April wird wohl bekannt werden, ob die neue Wahlordnung kommt. Denn diese müsste mindestens sechs Monate vor der für Herbst geplanten Kommunalwahl in trockenen Tüchern sein. Das zumindest vermutet man in den Reihen der deutschen Organisation. *C.W.W.*

Deutsche Güter unter Schutz

Objekte deutschen Kulturerbes auf polnischer Denkmalschutzliste

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat am 15. März in einer Feierstunde die Eintragung von zehn Kulturdenkmälern in die Denkmalschutzliste bekanntgegeben. Sieben davon sind Hinterlassenschaft des deutschen Kulturerbes.

Als neue Kulturdenkmäler wurden unter besonderen Schutz gestellt: der Radiosender Gleiwitz (Gliwice), die Friedenskirche in Jauer (Jawor), die evangelische Marienkirche in Klemzig (Klepsk) bei Grünberg (Zielona Gora), die eiserne Hängebrücke im oberschlesischen Malapane (Ozimek), Schloss Reisen (Rydzyna) im Kreis Lissa, Großpolen, die katholische Kathedrale und die Friedenskirche in Schweidnitz (Swidnica), das Benediktinerkloster in der Woidwodschaft Heiligkreuz sowie die Abtei Wachock, ebenfalls in der Woiwodschaft Heiligkreuz und das Benediktinerkloster in Tyniec bei Krakau.



Hängebrücke in Malapane Bild: Ozimek

„Jedes dieser Objekte ist von unschätzbarem Wert, jedes trägt einen Teil großer Geschichte, jedes ist im gewissen Sinne eine Perle sowohl technischer, architektonischer als auch künstlerischer Art“, sagte Duda während der Feierlichkeit im Warschauer Präsidentenpalast. Duda freute besonders, dass auf der Liste Objekte der Reformationskultur Platz fänden. „Ich bin froh darüber, denn sie bauen eine Gemeinschaft in unserem Land, eine Gemeinschaft der Gläubigen, der Religionen, der christlichen Werte und der christlichen Geschichte“, zitierte den Präsidenten das Portal Polsat.news.pl.

Als Kulturdenkmal wird ein denkmalgeschütztes Gut bezeichnet, das vom besonderen Wert für die Geschichte und Kultur Polens ist. Die Liste der Kulturdenkmäler wird seit 1994 geführt. Mit den neuen Objekten zählt sie 70 Objekte, darunter befinden sich die Stadt Krakau, das Freilichtmuseum Biskupin (Woiwodschaft Kujawien-Pommern), Tschenstochau mit dem Mariensanktuarium, der Salzstollen Wieliczka bei Krakau, das Schlachtfeld um Tannenberg und der Dom zu Frauenburg.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Weeske, Waltraud, geb. **Amelong**, aus Insel/Forsthaus, Kreis Lyck, am 29. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Karp, Käte, geb. **Kühn**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 30. März
Schinz, Helene, aus Ebenrode, am 29. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. März
Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. März
Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bruhnke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März
Goetzie, Irene, geb. **Schulemann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Kaminski, Hilda, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 26. März
Richter, Gertrud geb. **Jurkschat** aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. März
Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baumgart, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
Dömpke, Lucie, geb. **Schendel**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. März
Kersting, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März
Negraßus, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März
Schwartz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Str. 4, am 24. März
Tuchlinski, Toni, geb. **Suchner**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 27. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Berg, Gertrude, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 26. März
Büttner, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 30. März
Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März
Harmsen, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März
Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 26. März
Pawlowski, Otto, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. März
Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Smoktun, Elsa, geb. **Duddek**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 24. März
Walka, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blodow, Anneliese, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 28. März
Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Gregor, Elly, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 30. März
Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Krause, Luise, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Kühl, Willi, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
Prehm, Gertrud, geb. **Jeworutzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Rudolph, Asta, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 28. März
Scheyko, Edith, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. März
Thalmann, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 24. März
Unthan, Edith, geb. **Tuchlenski**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Kepp, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 24. März
Knischewski, Ernst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. März
Körber, Lucie, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Samland, am 26. März
Oertwig, Rosemarie, geb. **Titius**, aus Wehlau, am 24. März
Rehra, Walter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 28. März
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März
Staffeldt, Helene, geb. **Roy**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Demant, Gerhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 30. März
Heitger, Bernhard, aus Stuhr, am 27. März
Kling, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Knackstädt, Inge, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 24. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Mix, Irmgard, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, am 27. März
Murach, Wilma, geb. **Arndt**, aus Roddau, Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März
Paluschtzik, Magdalena, geb. **Tobies,** aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 29. März
Plautz, Hildegard, geb. **Berndt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. März
Schmidt, Charlotte, geb. **Legien**, aus Rantau, Kreis Samland, am 25. März
Schulewksi, Ernst, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 24. März
Senf, Erich, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Stasch, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buthmann, Erika, geb. **Trucks**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 27. März
Dander, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März
Kaiser, Walter, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 26. März
Kurbjuweit, Erna, geb. **Kaiser**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. März
Luczkowski, Ilse, geb. **Koske**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. März
Martini, Christel, geb. **Möller**, aus Timmendorfer Strand, am 27. März
Mechmann, Ellen, geb. **Rosenwald**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 29. März
Pilch-Hake, Horst, aus Treuburg, am 26. März
Rega, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März
Schönfeld, Martha, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 24. März
Steinbrich, Hildegard, geb. **Koziol**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. März
Wesolowski, Renate, geb. **Huck**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 26. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Carstensen, Waltraut, aus Schorschehnen, Kreis Samland, am 25. März
Dycek, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. März
Eberhardt, Hans, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 25. März
Geiser, Erika, geb. **Anskeit**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 28. März
Jakubowski, Günter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. März
Jelonnek, Helmut, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 27. März
Jeromin, Gerda, geb. **Zachau**, aus Wehlau, am 27. März
Kaßmekat, Ilse, geb. **Doose**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. März
Kell, Hermann, Kreis Lyck zugetan, am 28. März
Kilimann, Kurt, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 25. März
Klask, Horst, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. März
Laudan, Gerda, geb. **Ennulat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Möller, Waltraut, geb. **Grochowski**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. März
Müller, Christel, geb. **Wulf**, aus Königsberg, am 8. März
Nieske, Erich, aus Krattlau, Kreis Samland, am 29. März
Pawelzik, Helmut, aus Rostken, Kreis Johannisburg, am 27. März
Sadlowski, Walter, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Saszig, Walter, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Schmahl, Edith, geb. **Kalinowski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 28. März
Todzy-Wolff, Dr. med. Ingeborg, aus Ortelsburg, am 29. März
Wischnewski, Anna, geb. **Konoppa**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 24. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andersen, Dieter, aus Wehlau, am 26. März
Bartels, Lieselotte, geb. **Genski**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 28. März
Bomke, Dr. Eckart, aus Sprindlack, Kreis Wehlau, am 30. März
Buchsteiner, Uwe, aus Lyck, am 29. März
Dinges, Ingrid, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 24. März
Fahrig, Lothar, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Forstreuter, Hartmut, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Hoffmann, Ruth, geb. **Krupka**, aus Waldsee, Kreis Ortelsburg, am 28. März
Janke, Brigitte, geb. **Kleinert**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 27. März
Krawitz, Dietlinde, geb. **Philipp**, aus Lyck und aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 27. März
Lange, Elfriede, geb. **Dzikowski**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 26. März
Lukaschewski, Christel, geb. **Gloddek**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Mai, Rosemarie, aus Peyse, Kreis Samland, am 30. März
Missun, Adeltraut, geb. **Plewka**, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 27. März
Pelzer, Lisbeth Margarete, geb. **Moritz**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 29. März
Rebischke, Erna, geb. **Januschewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. März
Thiel, Jürgen, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. März
Tomkowitz, Günter, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 28. März
Veit, Reela, geb. **Gerull**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, am 25. März
Meyer, Else, geb. **Dycek**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 30. März
Wolff, Robert, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Waltraut Moser-Schrader †

Die Kreisgemeinschaft Elchniederung trauert um Waltraut Moser-Schrader, geboren am 10. April 1926 in Sandfluss/Lindental. Sie verstarb nach kurzer schwerer Krankheit in ihrem jetzigen Schweizer Wohnort Dübendorf am 3. März in einem Pflegeheim.

Waltraut Moser-Schrader hat viele Jahre in unserer Kreisgemeinschaft zuerst als Vertreterin für ihr Kirchspiel Heinrichswalde und später als stellvertretende Vorsitzende engagiert mitgearbeitet. Ihr Sachwissen über Ostpreußen besonders zu Heinrichswalde ist schwer zu ersetzen.

Wir haben Waltraut besonders wegen ihrer gradlinigen, bodenständigen und hilfsbereiten Art geschätzt. Sie ist Trägerin des silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Durch ihr freundliches Wesen erwarb sie sich innerhalb unserer Kreisgemeinschaft ein hohes Maß an Anerkennung. Die Kreisgemeinschaft wird Waltraut Moser-Schrader ein ehrendes Andenken bewahren!

Im Namen des Vorstandes und aller ehrenamtlicher Mitarbeiter

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimatfreunde

Alle Pillauer Heimatfreunde, ihre Verwandten und Bekannten sind recht herzlich eingeladen zu dem am Samstag, 22. April, um 17.00 Uhr stattfindenden Vortrag mit dem Thema „Traumatische Erlebnisse auf Grund von Krieg und Vertreibung, deren Folgen, sowie Heilungswege“. Die Referenten sind Dr. Muhtz, Mediziner am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, und Dr. Christopher Spatz, Historiker an der Humboldt-Universität Berlin. Bitte kommen Sie zu diesem Vortrag in die Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 2, 1 Stock (Fahrstuhl) in 24340 Eckernförde. Ansprechpartner: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Trakehner Dokumentation

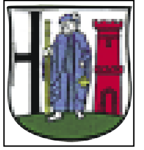
Der in Tilsit geborene Hans-Joachim Zimmermann präsentierte jüngst sein Buch „Hommage an das ostpreußische Warmblutpferd Trakehner-Abstammung“ und überreichte es der Stadtgemeinschaft Tilsit zur bleibenden Erinnerung. Sein Dokumentarwerk enthält Berichte namhafter Hippologen und einzigartiger Zeitzeugen über die Entwicklung der Trakehnerzucht und über die Tragödie der Trakehner Pferde während der Flucht 1944/45. Mit dem Buch soll nicht in Vergessenheit geraten, dass nicht nur die Ostpreußen, sondern auch ihre Pferde die Heimat verloren haben.

Das Buch ist in einer limitierten Auflage erschienen und kann beim Herausgeber Hans-Joachim Zimmermann, Telefon (05362) 3057 bezogen werden.

Die Heimattreffen 2017

Auf einen Blick: Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine unserer Heimatkreise bis zum Dezember

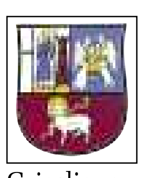
Allenstein-Stadt



8. bis 10. September, Gelsenkirchen: 62. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein.

9. September, Schloss Horst, Gelsenkirchen: **Gemeinsames Jahrestreffen von Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein**.

Allenstein-Land



8. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, **Essen:** Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigswalde. Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

8. April, 11 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Schulstraße 7, **49170 Hagen:** 4. Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft. Die Tagesordnung:

1) Eröffnung, Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung
2) Wahl eines Protokollführers
3) Genehmigung des Protokolls vom 16. April 2016
4) Bericht des Kreisvertreters
5) Jahresabschluss 2016 (Bericht des Schatzmeisters, Bericht des Kassenprüfers)
6) Entlastung des Vorstandes
7) Haushalt 2017
8) Wahlen (geschäftsführender/erweiterter Vorstand)
9) Verschiedenes

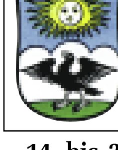
Anträge zur Tagesordnung müssen eine Woche vor Sitzungsbeginn schriftlich beim Vorstand vorliegen. Das aktive/passive Wahlrecht setzt zwingend eine Mitgliedschaft voraus. Mitgliedsanträge können noch bis zum Tag der Sitzung beim Vorstand eingereicht werden.

9. April, 10 Uhr, St. Antonius Essen-Steele, Freisenbruch, Kütingsgarten 3: Kirchspieltreffen Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Steinberg , Polleiken, Klaukendorf, Groß Kleeberg und Groß Purden. Informationen: Ernst Langkau, Von-Lauff-Straße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133) 61177.

29. April, 14.30 Uhr, Hotel-Restaurant Eynck, Petronilla-Platz 9, **48157 Münster:** Kirchspieltreffen Braunwalde. Informationen: Julius Wermter, Ginsterweg 48, 45149 Essen, Telefon 0177/5515972.

9. September, 15 Uhr, Schloss Horst, **Gelsenkirchen:** Heimat-Treffen der Kreisgemeinschaft

Angerapp



20. Mai. 11 Uhr, Rathaus, Neanderstraße 85, **40822 Mettmann:** Jahreshaupttreffen.

14. bis 24. Juni: Reise nach Angerapp.

Angerburg



10. Juni, 11 Uhr, Restaurant Hans Börger-Elvering, Burstraße 60, **59387 Davensberg/Ascheberg:** 17. Soltmahner Dorftreffen. Telefon (02593) 257.

9. bis 10. September, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16, **27356 Rotenburg (Wümme):** 63. Angerburger Tage.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

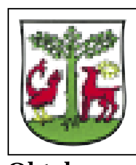
Bartenstein



20. Mai, Bartenstein (Württemberg): 65. Wiederkehr der Namenspatenschaft.

26. August, Nienburg/Weser: Heimattreffen.

Braunsberg



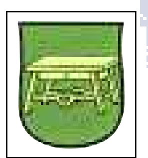
21. Juni bis 1. Juli: Reise der Kreisgemeinschaft nach **Ermland /Masuren.**

30. September bis 1. Oktober, Johanniter-Akademie (Telefon 0251/97230145), Weißenburger Straße 60–64, **48151 Münster:** Kreistreffen und Jahreshauptversammlung.

1. Dezember, Hotel Handelshof (Telefon 0208/30880), Friedrichstraße 15, **45468 Mülheim/Ruhr:** Adventstreffen der Gruppe Bonn.

Auskünfte zu allen Veranstaltungen bei der Kreisvertreterin Manuela Begett, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de.

Ebenrode



1. bis 8. Mai, Hotel Augustin, Schwabthal 3, **96231 Bad Staffelstein:** 48. Eydtkuhner Treffen. Anmeldung und Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Telefon (2302) 800931.

27. bis 28. Mai, Hotel Michaelishof (Telefon 05051/8870), Hauptstraße 5, **29303 Bergen:** Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen. Anmeldung und Informationen bei der Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.

2. bis 4. Juni, Hotel Heidehof (Telefon 05052/9700), Billingstraße 29, **29320 Hermannsburg:** Schülertreffen in Hermannsburg.

8. bis 17. Juni, ab Wuppertal, mit diversen Zustiegsmöglichkeiten: **Schiffs-Nordostpreußen-Busreise** mit den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schloßberg. Anfragen bei Scheer-Reisen.

17. Juni, Hotel Königszinne, Linser Straße 12, **37619 Bodenwerder:** Freundschaftstreffen Bodenwerder, Kirchspiel Kassuben. Anmeldung und Informationen bei Petra Rübke, Telefon (04238) 678, oder Wolfgang Kaminsky, Telefon: 0160/96739736.

7. bis 16. Juli und 5. bis 13. August, ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten: Heimatfahrten. Anfragen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, info@scheer-reisen.de. Die Heimatreise vom 7. bis 16. Juli findet gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Schlossberg statt. Vom 5. bis 13. August geht es zur „Sommerreise Ebenrode-Schloßberg-Eydtkau“.

20. bis 31. Juli, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, **21762 Otterndorf:** Deutsch-russische Jugendbegegnung. Anmeldung beim Jugendbeauftragten Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon: (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

2. September, Schützenhaus Winsen (direkt hinter der Stadthalle, Telefon: 04171/89261), Luhdorfer Straße 29c, **21423 Winsen/Luhe:** Ganztägiges Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode.

2. September, Stadthalle Winsen, **21423 Winsen/Luhe:** Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft findet ab 14 Uhr statt.

15. bis 17. September, Brandenburgisches Hauptgestüt, Havelberger Straße 20a, **16845 Neustadt (Dosse):** Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Anmeldung und Informationen bei Daniela Wiemer, Telefon (03304) 2069100.

Elchniederung



Sonnabend, 22. April, Würselen: Nachbarschaftsgespräch der Elchniederung, Tilsit und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).

1. bis 4. August, Heinrichswalde: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Brüderhilfe.

1. bis 3. September, Bad Nenndorf: Kreistreffen mit Mitgliederund Delegiertenversammlung.

Elchniederung Hamburg: Treffen am 16. Mai, 26. September und 29. November jeweils um 14 Uhr im Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg,

Fischhausen



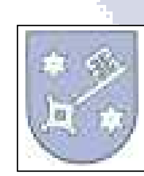
6. Mai, Hotel Gorch Fock (Telefon 04503/8990), Strandallee 152, **23669 Timmendorfer Strand:** 24. Ortstreffen Neukuhren. Informationen: Dieter Weiß, Telefon/Fax (04763) 7275.

17. Juni, Gartenlokal Zur Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91–93, **04157 Leipzig:** 5. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Königsberg-Land und Fischhausen. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

5. bis 6. August, Eckernförde: 63. Pillauer Heimattreffen. Informationen: Erika Kruse, Telefon: (04346) 6011463.

16. bis 17. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, **25421 Pinneberg:** Kreistreffen. Informationen: Geschäftsstelle, Telefon (04101) 22 037.

Gerdauen



28. April bis 2. Mai, DRK-Landesschule, Jägerweg 1, **Bad Pyrmont:** Stadttreffen Gerdauen.

9.bis 10. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Bad Nenndorf: Hauptkreistreffen.

Goldap



12. bis 15. Mai, Landhotel Rhönblick, Hauptstraße 24, **36100 Petersberg-Steinau:** Treffen der Texelner und Heimatfreunde.

21. Mai, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap: Internationaler Museumstag. Thema „Spurensuche. Mut zur Vergangenheit“.

28. bis 31. Mai, Hotel am Hauptbahnhof, **Schwerin:** Kirchspieltreffen Gurnen.

18. bis 21. Juni, Hotel Reke, Telefon (038735) 8170, **19395 Plau am See:** Treffen der Rominter.

22. Juli: Sommerfest in **Goldap.**

22. bis 24. September, Stade: Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft.

Gumbinnen



2. bis 3. September, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 135, **33607 Bielefeld:** 64. Bundestreffen und 24. Kreisversammlung. Auskunft: Karin Banse, Telefon (05825) 642.

11. November, 10–15 Uhr, Landhotel Spornitz, Am Alten Dütschower Weg 1, **19372 Spornitz:** 50. gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen. Auskunft: Friedrich-Eberhard Hahn, Telefon (03871) 666238.

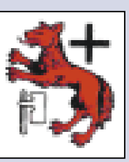
Heimatgruppe Berlin: Treffen 6. April, 8. Juni, 10. August, 12. Oktober und 14. Dezember (Weihnachtsessen). Ort: Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West). Alle Treffen beginnen um 13 Uhr. Auskunft: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

Heimatgruppe Hamburg: Treffen am 17. Mai, 12 bis 16 Uhr, im Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123–125, 22041 Hamburg-Schnelsen. Auskunft erteilt Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

12, bis 15. Mai: 23. Treffen der Schweizertaler bei **Chemnitz.** Auskunft: Helga Hoffmann und Rolf Werner, Telefon (0371) 49969954 oder Mobil 0152/51801029.

10. bis 15. September, Haus Marienberge, **Westerwald:** 5. Rohrfelder- Treffen. Auskunft: Sigrid Meranke, Telefon (02742) 6022.

Heiligenbeil



21. bis 23. April, Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, **38707 Altenau/Harz:** Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

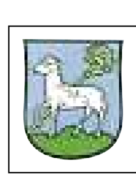
1. September, Steinwedeler Krug, **Steinwedel:** Traditioneller Matjesabend am Freitag vor dem Kreistreffen, Anmeldungen bei Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57072, oder perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

2. bis 3. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, **31303 Burgdorf**: Hauptkreistreffen mit öffentlicher Mitgliederversammlung, Vortragsveranstaltung und Feierstunde.

2. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, **31303 Burgdorf:** Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten, Leitung: Viola Reyentanz, geborene Schlenger.

2. und 3. September, Hotel Haase, **31303 Burgdorf:** Sondertreffen der Kirchspiele Brandenburg und Pörschken.

Heilsberg



14. Oktober, Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, **50679 Köln Deutz:** Kreistreffen. Die Bewirtung ist frei. Fahrtkosten werden auf Antrag erstattet. Schriftliche oder telefonische Voranmeldung: Kreisgemeinschaft Heilsberg, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, beziehungsweise dem Kreisvertreter Erwin Popien, Telefon (02131) 62403.

Insterburg



8. September, 15 Uhr, Sitzungssaal C2, Rathaus, **Krefeld:** Jahreshaupt- und Mitgliederversammlung.

9. September, Gemeindesaal, Friedenskirche **Krefeld:** Jahrestreffen.

Heimatgruppe Darmstadt: Treffen jeweils sonnabends, 11.30 Uhr am 8. April, 17. Juni, 26. August und 14. Oktober in der Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen. Am 2. Dezember ab 11 Uhr Weihnachtsfeier im Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils mittwochs am 26. April, 24. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 23. August, 27. September und 25. Oktober. Am 6. Dezember: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im Mai/Juni (Einladung erfolgt schriftlich), Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53, Kiel-Suchsdorf. Im September oder Oktober Neuauflage des „Ostpreußischen Nachmittags“ mit einem entsprechenden Thema. Weitere Monatstreffen finden bei Bedarf nach Ankündigung in der Kieler Presse statt. Nähere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: Frühjahrstreffen am 22. April, 14 Uhr. Herbsttreffen am 21. Oktober, 14 Uhr. Beide Treffen finden in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, statt. Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Sachsen: Jahresrückblick 2016 mit dem Vortrag „Kirchen von Insterburg“ am 25. März. – „Verlorenes Ostpreußen“: Dia-Vortrag von Weltenerzähler Jürg Hertel aus Leipzig am 24, Juni. – „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen“: Reisebericht von Dieter Am-Ende aus Johanngeorgenstadt am 16. September. – Weihnachtstreffen am 9. Dezember. Das Weihnachtstreffen beginnt um 12 Uhr, alle anderen Veranstaltungen um 14 Uhr. Ort: DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Hamburg: Frühlingsfest mit Liedern und Vorträgen am 5. April. – Monatstreffen mit buntem Programm am 3. Mai. Videovortrag oder Autorenlesung am 7. Juni. Im Juni geplante Tagesfahrt ins Blaue. – Im Juli findet kein Monatstreffen statt. Kultureller Vortrag oder Autorenlesung am 2. August. – Videovortrag oder Autorenlesung am 6. September. – Erntedank: herbstliche Lieder und Gedichte am 4. Oktober. – Gedichte und Geschichten am 1. November, Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten am 6. Dezember. Alle Veranstaltungen beginnen um 12 Uhr. Ort: Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Thüringen: Gartentreff bei Familie Schall am 28. Mai in Mosbach bei Eisenach. – Mitgliedertreffen bei Familie Milbitz am 10. September in der Rigaer Straße 8/17, 99091 Erfurt. – Weihnachtsfeier am 9. Dezember im Diakonissenmutterhaus, Karlsplatz 27-31, Eisenach. Alle Veranstaltungen beginnen um 14 Uhr. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjboehlke@gmail.com.

Heimatgruppe Schwerin: Treffen jeweils mittwochs um 12 Uhr am 19. April, 21. Juni, 13. September und 15. November. Sonnabend, 16. Dezember: Weihnachtsfeier. Alle Treffen in der Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimattreue Insterburger: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt vom 26. bis 28. Mai. Anmeldungen bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail ursel26@googlemail.com.

Johannisburg



1. Mai, 11.15 Uhr (Einlass), Gasthof Goldener Ring, Burgplatz 21, **Düsseldorf:** Kreistreffen. Anmeldung bei Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.

3. September, 11 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Saal 9 und 10. Kongresszentrum Westfalenhalle, **Dortmund:** 62. Johannisburger Hauptkreistreffen.

Königsberg-Stadt



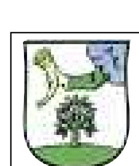
Herbst: Ein genauer Termin für die Jahresversammlung wird noch festgesetzt.

Königsberg-Land



30. September, Hotel Landgart, **Minden:** Hauptkreistreffen.

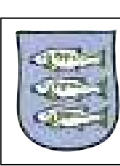
Labiau



17. Juni, 10 bis 18 Uhr, Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, **04157 Leipzig:** 5. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Labiau, Fischhausen und Wehlau. Anmeldung bei Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

16. September, 9 bis 22 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg, **Otterndorf** (Landkreis Cuxhaven): Hauptkreistreffen mit Beiprogramm am 15. und 17. September. Weitere Informationen bei der Kreisvertreterin Brigitte Stramm, Telefon (04853) 562.

Lötzen



3. Juni, 11 Uhr, Hotel-Restaurant Clemens-August (Telefon 02539/6040), Burgstraße 54, **59387 Davensberg:** 25. Weidicker Dorftreffen. Organisator: Johannes Waschulewski, Uhlandstraße 75, 33100 Paderborn, Telefon (05251) 55524.

Lyck



23. April, Lübeck: Regionaltreffen Nord.

9. bis 11. Mai, Bad Pyrmont: Treffen Morgengrund und Baitenberg.

3. Juni: Gorlauer Heimattreffen.

17. bis 24. Juni: Reise nach Ostpreußen.

26. bis 27. September, Hagen: Heimattreffen.

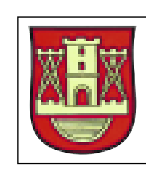
9. November, Bremen: Lycker Treffen in Bremen

Heimattreffen 2017 Fortsetzung auf Seite 17

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimattreffen 2017
Fortsetzung von Seite 16

Memel-Stadt, Memel-Land, Heydekrug



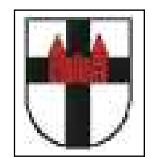
4. August, Otto-Scheu-Gelände, **Heydekrug:** Treffen aller Memelländer.

Mohrungen



16. bis 17. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8. **31542 Bad Nenndorf:** Heimatkreistreffen. Der Kreistag kommt am 16. September im Esplanade zusammen.

Neidenburg



3. September, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, **44894 Bochum-Werne:** Heimattreffen.

Ortelsburg



9. April, Restaurant Zille, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.

23. April, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Deutschheide, Wilhelmsthal, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg.

6. Mai, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten, Steinhöhe, Mensguth und Willenberg.

17. September, Kulturzentrum, **Herne:** Hauptkreistreffen.

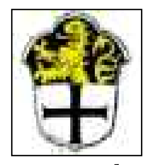


Osterode



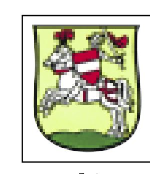
16. bis 17. September, Osterode (Harz): Hauptkreistreffen. Vorstandssitzung, Mitgliederversammlung und ein bunter ostpreußischer Nachmittag finden am 16. statt. Am 17. erfolgt die Feierstunde mit der Bürgerrechtlerin, Regisseurin und Autorin Freya Klier.

Preußisch Eylau



30. September bis 1. Oktober, Niedersachsenhallen, Lindhooper Straße 92, **Verden:** Kreistreffen unter anderem mit einem Vortrag zum Thema Genealogie. Eine Liste aller Hotels in Verden wird im Kreisblatt Mai 2017 veröffentlicht werden.

Preußisch Holland



6. Mai, 18 Uhr, **Itzehoe:** Das Haus der Heimat nimmt Teil an der 15. Itzehoer Kulturnacht.

9. bis 10. September, Itzehoe: Hauptkreistreffen.

Rastenburg



19. bis 20. August, Niederrheinhalle, **Wesel:** 61. Hauptkreistreffen.

Rößel



6. Juli, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, **Neuss:** Tag der offenen Tür.

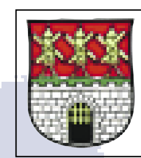
27. Juli, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, **Neuss:** Tag der offenen Tür.

16. bis 17. September, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, **41460 Neuss:** 33. Hauptkreistreffen. Am Sonntag Festgottesdienst in der Kapelle der Augustinerinnen.

7. Dezember, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, **Neuss:** Tag der offenen Tür.

17. Dezember, 14 Uhr, St. Marien, **Neuss:** Adventsfeier. Nach der Heiligen Messe in St. Marien Beisammensein im Marienhaus Neuss, Kapitelstraße 36.

Schlossberg



1. bis 2. September, Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode unter anderem mit Mitgliederversammlungen, Tag der offenen Tür in den Heimatstuben und Festprogramm.

Sensburg



8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, **33572 Unkel/Rhein:** 21. Kirchspieltreffen Hoverbeck.

8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, **33572 Unkel/Rhein:** 16. Ortstreffen Selbongen.

22. April, 10 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen", Oststraße 41, **45891 Gelsenkirchen-Erle:** Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden.

29. April, 8.30 Uhr, Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1, **59505 Bad Sassendorf:** 22. Kirchspieltreffen Sorquitten.

13. Mai, 15 Uhr, Stadtparkteich, Hindenburgstraße 133, **42853 Remscheid:** 56. Traditionelle Stinthengstwasserung.

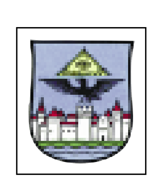
1. bis 3. Juli, Hotel „Krone-Post", Hauptstraße 1, **69412 Eberbach** (Neckar): 32. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde.

Tilsit-Stadt



17. Juni, 10 bis 17 Uhr, Veranstaltungszentrum Seilbahn, **Leipzig:** Regionaltreffen.

Tilsit-Ragnit



13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Stadthalle **Neuss:** Treffen der Kreisgemeinschaft im Rahmen des Jahrestreffens der Landsmannschaft Ostpreußen. Alle Kirchspielvertreter werden in Neuss sein. Wer bereits am Freitag anreisen möchte, dem sei als Unterkunft das Dorint-Hotel empfohlen, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadthalle befindet. Die Adresse: Selikumer Straße 25, 41460 Neuss, Telefon (02131) 2620. Am Vorabend der Veranstaltung, am 12. Mai, treffen wir uns im Restaurant Essenz, Mühlenstraße 27 in Neuss. Es ist zu Fuß in wenigen Minuten vom Hotel zu erreichen. Denken Sie bitte daran, die Eintrittskarte für das Jahrestreffen vorab telefonisch bei der Landsmannschaft zu erwerben, Telefon (040) 4140080.

Treuburg



20. Mai, 10 Uhr (Einlass), Gerhart-Hauptmann-Haus, **Düsseldorf:** Hauptkreistreffen.

28. Mai bis 2. Juni, Resort-Hotel Eurostrand, **Fintel:** Schwentainen. Organisation; Hannelore Kedzierski, Telefon (0371) 855079, und Fritz Pulla, Telefon (0451) 59621, E-Mail: Fritz.Pulla@web.de.

28. Mai bis 2. Juni, Resort-Hotel Eurostrand, **Fintel:** Rogonnen. Organisation; Achim Rattay, Telefon (02152) 809904, E-Mail: Gabi.Holtmanns@gmx.net.

11. Juni, Restaurant Bonne Vie, **Gütersloh:** Bärengrund. Organisation: Manfred Bednarzik, Telefon (05244) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@live.com.

Wehlau



17. Juni, 11 Uhr, Gaststätte Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91. **04157 Leipzig:** Regionaltreffen. Gemeinschaftsveranstaltung der Kreisgemeinschaften Labiau, Königsberg Land, Tilsit und Wehlau.

3. bis 10. August: Reise zum Stadtfest in **Wehlau.** Anmeldung bis 15. Juni bei Gerd Gohlke, Sykerstraße 29, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586, E-Mail: gerd.gohlke@wehlau.net. Das Reisprogramm ist nachzulesen unter www.kreisgemeinschaft-wehlau.de.

9. September bis 9. November, Kreismuseum **Syke:** Sonderausstellung „Evangelische Kirchenbauten im Kreis Wehlau und im nördlichen Ostpreußen. Von der Reformation bis heute."

9. bis 11. September, 15 Uhr. Kreismuseum **Syke:** Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung am 11. September, 11 Uhr, Tagungslokal Wessels Hotel, Hauptstraße 33., 28845 Syke.



Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat: Ostermarkt, unter Beteiligung vieler Landsmannschaften mit ihren Spezialitäten und kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, Ostpreußische Raderkuchen, Danziger Goldwasser, Machandel und vieles mehr. Dazu stellen die Landsmannschaften ihre vielfältige handwerkliche Kunst aus wie Bunzlauer Tippel, Trachten und Zubehör, musikalische Raritäten, antiquarische und moderne Literatur. Die Ostpreußen sind mit einem Stand „Textile Volkskunst" vertreten. Zu finden sind dort unter anderem Bernsteinschmuck, Jostenbänder, Doppelstrick- und Kreuzsticharbeiten sowie Schlaufenhandschuhe. Wie jedes Jahr findet wieder eine Tombola statt.

Göppingen – Am 8. März traf sich die Kreisgruppe anlässlich des Weltfrauentages im Foyer der Stauferlandhalle in Salach. 50 Frauen mehrerer Nationalitäten hatten sich eingefunden, um zunächst einen Bericht über die Arbeit des Göppinger Frauenhauses zu hören. Viele hatten Kinder dabei, die während der Veranstaltung liebevoll betreut wurden. Vera Pallas, die Leiterin der Kreisgruppe, berichtete über die ostpreußische Bandwebekunst. Ein Tisch voller Handarbeiten lieferte anschauliche Beispiele. Für die musikalische Unterhaltung sorgte eine Akkordeonspielerin.

Reutlingen – Am Samstag, 11. März, traf sich die Ortsgruppe im Treffpunkt für Ältere zur Jahreshauptversammlung. Die Veranstaltung war gut besucht. Neben den Mitgliedern waren Freunde aus anderen Landsmannschaften wie den Schlesiern und Pommern gekommen, ebenso Interessierte, die keiner Landsmannschaft angehörten. Die Erste Vorsitzende Ilse Hunger begrüßte alle Gäste und berichtete dann über die Ereignisse des letzten Jahres. So erinnerten sich viele gerne an das prachtvoll, mit reichlich Ernteprodukten bestückte Erntedankfest sowie am Jahresende an die festlich gestaltete Weihnachtsfeier.



Göppingen: Ein Tisch voller anschaulicher Beispiele für die ostpreußische Handarbeitskunst Bild: privat



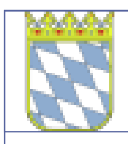
Reutlingen: Die Geehrten der Jahreshauptversammlung Bild: privat

Herr Jermann führte dann anhand eines Filmvortrages durch das Veranstaltungsjahr. So erlebten wir nochmal den Ausflug nach Bingen am Rhein und einige andere mehr. Vorrangig war diesmal allerdings die Wahl des Vorstandes. Nachdem der Bisherige entlastet wurde, konnte neu gewählt werden. Erfreulicherweise haben sich alle bisherigen Vorstandsmitglieder – und vor allem die Erste Vorsitzende Ilse Hunger – zum Weitermachen bereiterklärt.

Anschließend erfolgte die Ehrung langjähriger Mitglieder. So erhielten eine Ehrenurkunde und Nadel jeweils Lisbeth Maier und Edith Martis für 10-jährige Mitgliedschaft. In Abwesenheit wurden Gertrud Majer für 30jährige Mitgliedschaft und Marianne Szymanski für 20-jährige Mitgliedschaft geehrt. Zum 80. Geburtstag gratulierten wir mit Blumen den „Geburtsgaskindern" Marianne Praß und Ingrid Röw

Bei Maultaschen und selbstgemachtem Kartoffelsalat ließen wir den Nachmittag ausklingen.

Als nächstes laden wir ein zur „Maifeier" am 6. Mai um 14 Uhr, im „Treffpunkt für Ältere", Gustav-Werner-Str. 6A.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

München – Freitag, 7. April, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe,



Berlin

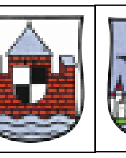
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Freitag, 24. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen, Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.




Tilsit, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 1. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Tref-

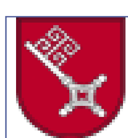
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

fen. Anfragen an: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. April, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Osterfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Die vom „Arbeitskreis Bremer Archive" im März vergangenen Jahres unter dem Motto „Mobilität im Wandel" gezeigte Sammelausstellung verschiedener Archive wird in diesem Jahr fortgesetzt. Damit sind auch unsere beiden Tafeln mit Archivalien zum Thema „Flucht und Vertreibung" erneut in der öffentlichen Wahrnehmung. Ausstellungsorte sind:

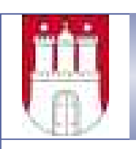
– Bürgerhaus Mahndorf, Mahndorfer Bahnhof 10, noch bis 3. April

– Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Straße 4, 5. April bis 3. Mai

– Einkaufszentrum Hansa Carré, Pfalzburger Straße, 4. bis 20. Mai.

An den ersten beiden Ausstellungsorten ist der Platz begrenzt, sodass jeweils nur die Hälfte der Ausstellung präsentiert werden kann.

Bremerhaven – Freitag, 24. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Jahreshauptversammlung. Anträge bitte schriftlich bis 20. März an Familie Paul, Telefon (0471) 86176 oder Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven einreichen oder anrufen.

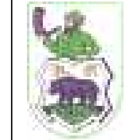


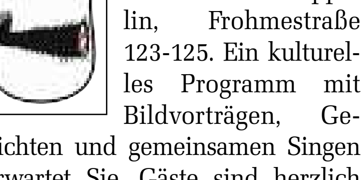
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

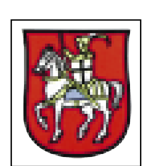
Landesgruppe – Donnerstag, 30. März, 14 Uhr, Saal, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe. Im Anschluss findet die Sitzung des Kulturreferates statt. – Sonnabend, 8. April, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle Michaeliskirche der Buslinien 6 und 37): Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Angeboten werden verschiedene Spezialitäten. Ein Stand der Ostpreußen ist vor Ort. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

KREISGRUPPEN





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 25. März, 14 Uhr, Restaurant Riebling, Fuhlsbütteler Straße 755: Frühlingsfest mit gemeinsamer Kaffeetafel. Mit Liedern und Geschichten soll der herannahende Frühling begrüßt werden. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbütteler Straße.



Heiligenbeil – Sonnabend, 1. April, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Jahreshauptversammlung und Frühlingsfest. Bei Kaffee und Kuchen wollen wir fröhliche Stunden miteinander verbringen. Gäste sind herzlich willkommen. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt fünf Euro. Anmeldung bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.

STADTTEILGRUPPE

Bergedorf – Freitag, 24. März, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Jahreshauptversammlung der Frauengruppe mit Jahresrückschau und Ausblick. Zum „Frühlingserwachen" gibt es Kaffee und ostpreußischen Schmandkuchen.

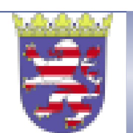


Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

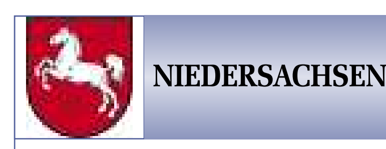


HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Donnerstag, 6. April, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3, Kassel: „Donnerwetter – Klima und Wetter von Treuburg bis Freiburg" – Vortrag von Gerhard Landau.

Wiesbaden – Donnerstag, 6. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis spätestens 31. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 anmelden. Anfahrt: ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 11. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frühlingsnachmittag der Frauengruppe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 4. April, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Joachim Berg nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken einen Film über „Ostpreußen: Land, Leute und ihre Verhältnisse" zeigen. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



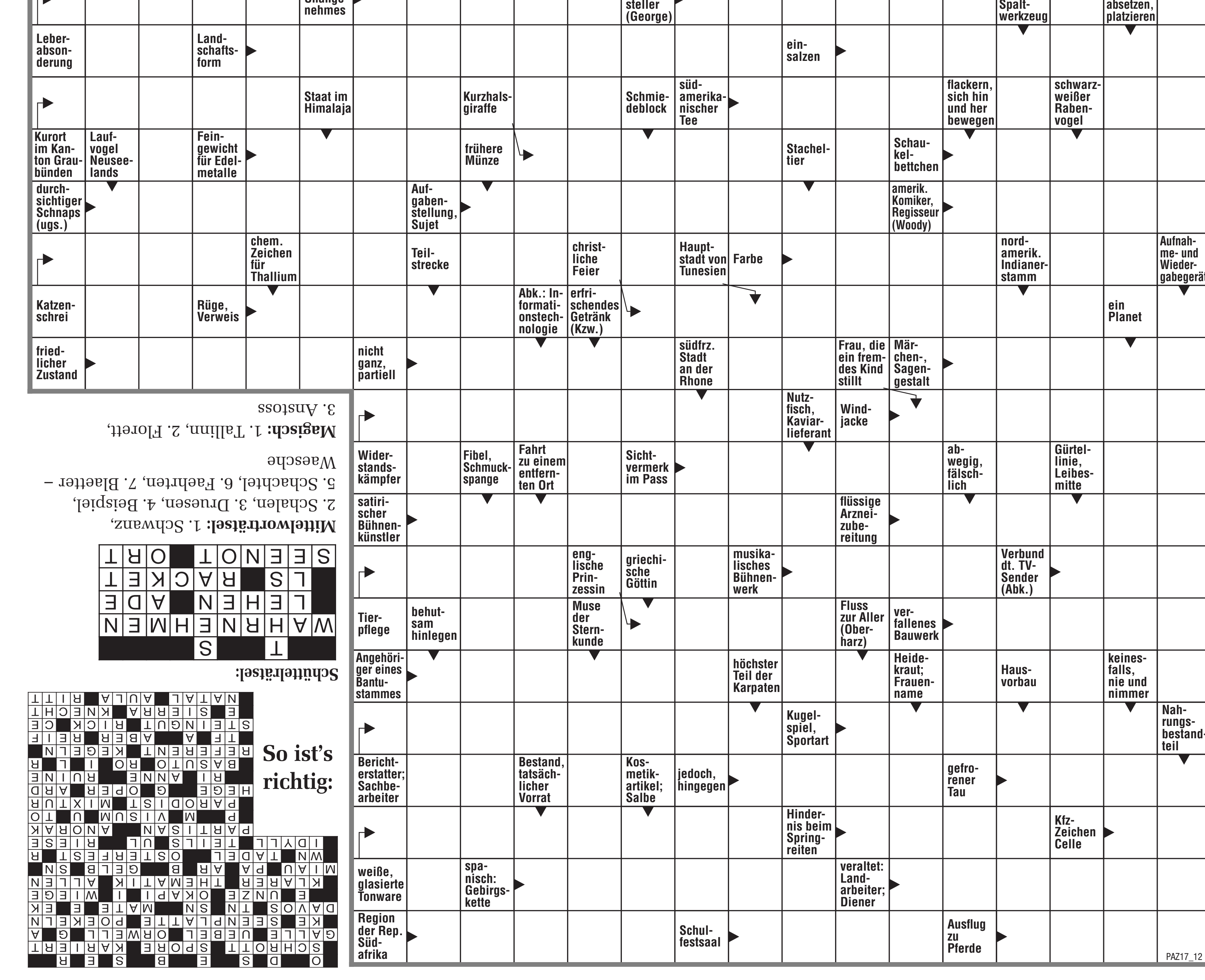
NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 4. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Manfred Ruhnau präsentiert Eindrücke vom 11. Treffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg in Braunsberg.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 23. März, 19 Uhr, GHH: „Paukenschlag am Palmsonntag" – Vortrag von Professor Karl-Josef Hummel über die Enzyklika „Mit brennender Sorge" von Pabst Pius XI vor 80 Jahren – Sonnabend, 25. März, 8.30 Uhr bis 18 Uhr: Besuch der Sonderausstellung „Luther 1917 bis heute" im Kloster Dalheim. – Donnerstag, 30. März, 19 Uhr, GHH: „Leben in der Katastrophe – Die russische Revolution 1914-1924" – Vortrag von Professor Jörg Baberowski.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

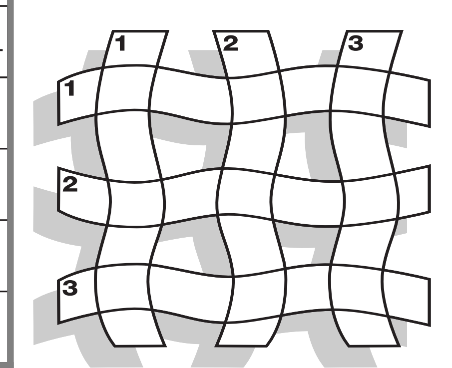
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEHH MNNRW | AELL | EEHST | ENOR | AENST | AKMO | DEER | ENTT
EEHLN | ADE
EENO ST | ACEK RT
ORT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für Unter-, Bettzeug.

Nr.	links	rechts
1	KREBS	FLOSSE
2	APFEL	WILD
3	TALG	FIEBER
4	MUSTER	HAFT
5	HUT	HALM
6	TIER	SUCHER
7	ROSEN	WERK



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Hauptstadt von Estland
2 Stoßdegen
3 Spielbeginn (Fußball)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln" sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Donnerstag, 30. März, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube: Treffen der Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 8. April, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 19. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 31. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: „Betrugsmaschen" – Vortrag von Polizeioberkommissar Rosner.

Magdeburg – Dienstag, 4. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 7. April, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 9. April, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Der Frühling hat sich eingestellt. Wir feiern das Osterfest."



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung der Märzrunde der Ost- und Westpreußen hörten die Teilnehmer den Reisebericht eines Schleswig-Holsteiners von der Insel Fehmarn, der sich auf den Weg in die Heimat gemacht hatte. Mitgereist waren alte Ostpreußen, deren Verwandte und Interessierte der Volkshochschule. Es gab eine Menge zu sehen: die weite Landschaft, die Ordensburgen, die Kirchen, die dichten Wälder und die großen See. Menschen aus einer anderen Welt habe man kennengelernt, berichtete der Vortragende.

Die Ausführungen wurden mit Interesse aufgenommen und führten zu einer lebhaften Diskussion. Manche erklärten: „Die jetzigen Besucher erleben nicht unsere Heimat, wie wir sie erlebten – auf den Bauernhöfen, im Geschäftsleben, im Beruf, im Schulalltag." Viele Ackerflächen sind heutztage nicht bewirtschaftet – auch in Hinterpommern. Es sind neue Gebäude und neue Straßen entstanden. Sie haben dem Land ein anderes Gepräge gegeben.

Nach dem Vortrag stellte Katharina Makarowski das Buch „Norgestrikk" von Arne und Carlos vor. Ein Buch mit wunderbaren Strickmustern für Pullover, Handschuhe, Decken und vieles mehr. *Gisela Bauer*

Burg – Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: „Kuba, Paradies in der Karibik, Land und Leute, Staatsempfang für die erste, nicht kommunistische Reisegruppe in Havanna" – darüber berichtet und zeigt einen Lichtbildervortrag der Landesvorsitzende und Kulturreferent Edmund Ferner. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch, 29. März 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel mit Gesprächen unter dem Motte „Meine Vorfahren stammen aus den Kreisen Osterode und Mohrungen. Woher stammen Ihre?" – Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldungen bei Wolfgang, Kanstorf, Telefon (0461) 64847.

Neumünster – Mittwoch, 12. April, 15 Uhr, Stadthalle: Monatliche Veranstaltung. Monika Krebs zeigt Fotografien aus dem Nachlass von Walter Erben. Das Motto der Veranstalung: „Neumünster in schwarz-weiß aus den Jahren 1950-60-70."

– **Bericht** –

Die Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen fand am 8. März stadt. Die Vorsitzende Brigitte Profe hielt Rückschau auf die Aktivitäten des Jahrs 2016. Kulturelle Veranstaltungen bereicherten das Programm. Viel Wert wurde wie immer auf den Erhalt der ostpreußischen Kultur, der Bräuche und des Liedgutes gelegt. Brigitte Profé dankte Landsmann Horst Lessing für die korrekte Durchführung der Wahl. Dank und Anerkennung gilt auch den Vorstandsmitgliedern und Helfern für die geleistete Arbeit und Hilfe. Ebenfalls dankte sie allen Mitgliedern, die die Treue zur ostpreußischen Landsmannschaft halten und ihr Vertrauen entgegen gebracht haben.

Der neue – alte – Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Erste Vorsitzende, Kulturwartin und Schriftführerin ist Brigitte Profè. Kassenwartin ist Hildegard Henning, Erste Kassenprüferin Hannelore Sefkow, Zweiter Kassenprüfer Manfred Rüthlein, Erster Beisitzer Horst Lessing und Zweite Beisitzerin Brigitte Kulessa.

Die Vorsitzende schloss mit den Worten: „Es ist immer gut zu wissen, dass man verlässliche Landsleute an seiner Seite hat und die bereit sind die erfolgreiche und aufwendige Arbeit für den kulturellen Teil zu unterstützen."

Uetersen – Freitag, 7. April, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End. Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger, der auch seine Drehorgel mitbringt.

Alterthums-Gesellschaft PRUSSIA Königsberg i.Pr.

Zwei Vorträge in Duisburg

Duisburg – Sonnabend, 25. März, ab 9.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg", Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zur jährlichen Mitgliederversammlung sowie zu zwei Vorträgen ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen.

Ab 9.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen sowie Neuerscheinungen aus der Prussia-Schriftenreihe einzusehen. Um 10 Uhr Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend wird Dr. Manuel Ruoff zum Thema „Reichseinigung 1871" referieren. Erläutert werden Zusammenhänge, Ziele und Risiken der Einigung unter preußischer Führung aus deutscher sowie aus Sicht der Nachbarstaaten.

Zwischen 13 bis 14 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss vorgesehen. Danach wird Frau Dr. Bärbel Beutner zum Thema „Umgang mit der deutschen Geschichte am Beispiel von Agnes Miegel" referieren. Den Kern des Vortrags bildet das literarische Schaffen von Agnes Miegel mit seiner ausgeprägten Heimatbindung zu Ostpreußen.

Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache. Die Veranstaltung endet gegen 15 Uhr.

Im Anschluss besteht die Möglichkeit, die Ausstellung „Litauen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Utopie 1991-2017" zu besuchen und an einer Führung mit dem Kurator teilzunehmen. Werke von jungen litauischen Malern geben dem Besucher ungewöhnliche Einblicke in einen sich im Wandel befindenden Teil Europas.

Weitere Informationen: unter www.prussia-gesellschaft.de, Fragen an prussia.gesellschaft@googlemail.com

Film ab!

Kulturseminar – noch wenige Plätze frei

Vom 28. bis 30. April findet das Kulturseminar zum Thema „Die Darstellung von Flüchtlingsschicksalen im deutschen Spielfilm nach 1945" in der Politischen Bildungsstätte in Helmstedt statt. Nach einem Einführungsvortrag von Evelyn Hampicke vom Bundesarchiv werden unterschiedliche Interpretationen der ostpreußischen Thematik gegeneinandergestellt.

Gezeigt wird der zweite deutsche Spielfilm der Nachkriegszeit „Freies Land", ein authentischer Bericht über das Schicksal von Flüchtlingen in einem Dorf in der Westprignitz (Mark Brandenburg). Welche Schwierigkeiten beim Aufeinandertreffen einer Gruppe „Umsiedler" auf eine alteingesessene Dorfgemeinschaft entstehen, schildert das Regiedebüt von Artur Pohl „Die Brücke". In „Ännchen von Tharau" verlegt der Regisseur Wolfgang Schlief mit einer überzeugenden Ilse Werner in der Hauptrolle die fiktive Handlung des populären Volkslieds in die Nachkriegszeit. Im Gegensatz dazu basiert der Spielfilm „Mamitschka" über den nachkriegsdeutschen Alltag von Vertriebenen auf einer Reportage des „Stern". „Suchkind 312" ist die Verfilmung eines „Hörzu"-Fortsetzungsromans aus dem Jahr 1955 und sorgte schon damals wegen seiner zu Herzen gehenden Geschichte für Aufregung. Ganz ursprünglich wird es dann in Teil 1 von „Schlösser und Katen", der die gesellschaftliche Nachkriegsentwicklung der DDR auf dem Lande thematisiert.



1955 ein Kinoschlager: Suchkind 312 Bild: LO

Geschichten, die für Aufregung sorgten

Die Seminargebühr beträgt 80 Euro bei Unterbringung in einem Zweibettzimmer. Anmeldeunterlagen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@ostpreussen.de.

Es steht im Koran

Zu: Muslimbrüder in Sachsen auf dem Vormarsch (Nr. 9)

Es ist erstaunlich, wie frei sich der Islam bei uns ausbreitet. Dabei sind die Unterschiedlichkeiten zwischen der in der Scharia beziehungsweise dem Koran für Muslime vorgeschriebenen Lebensweise und der unseren äußerst bedeutsam. Probleme beginnen schon damit, dass unsere islamischen Gastbürger, an unsere Selbstachtung greifend, die Welt schlicht in Gläubige und Ungläubige einteilen.

Deutlicher wird dies, wenn man bedenkt, dass der Abfall eines Muslim von seinem Glauben verboten und strafwürdig ist (Scharia 08.1/Hadith 9.83.17), dass die mindere Stellung der Frau als einer „demütig ergebenen" von Allah bestimmt ist (Koran 4.84), dass Kinderbräute und bis zu vier Ehefrauen zulässig sind (Scharia 6.10), dass die perniziöse Verstümmelung durch die Beschneidung von Mann und Frau vorgeschrieben ist (Scharia e 4.3), dass die ständige kämpferische Auseinandersetzung mit Ungläubigen, der Kuffar, das sogenannte Dschihad, Pflicht ist (Hadith 01.0031).

Es ist unnötig, die große Zahl weiterer Unverträglichkeiten zu nennen, aber im Hinblick auf Wünschbarkeit von Integration sei noch an die Weisung an Muslime erinnert, möglichst keine Ungläubigen zu Freunden zu nehmen (Koran 3.29) sowie an die täglichen Pflichtgebete und die darin repetierte Weisung, den Weg Allahs zu gehen und nicht derer, also Ungläubige, „die in die Irre gehen" (Koran 1.6).

Es ist in der Menschheitsgeschichte wohl einmalig, dass ein Gemeinwesen Fremde auf seinen Boden lässt, die ihre Sitten nicht teilen, und auch danach trachten, ihre eigene Lebensweise dominant zu machen. Will man versuchen, aus unserer Situation herauszufinden, müsste jeder Muslim, der bei uns verweilen will, Rede und Antwort stehen, was er von den genannten Widersprüchen hält.

Arthur Schanz, Overijse/Belgien

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Die martialische Windrose, die als Stahlplastik vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel steht, scheint sich immer stärker in Richtung Osten zu drehen. Die Anfang des Jahres durchgeführten Manöver im Baltikum beweisen, dass man in Russland einen Gegner sieht

Bild: pa

NATO betreibt ein gefährliches Spiel mit dem Feuer

Zu: Saubere Freunde (Nr. 11)

Wenn man sich den Aufmarsch der Nato im Baltikum, in Polen bis hin zur Türkei auf der Landkarte ansieht, erinnert das doch ganz fatal an den „Fall Barbarossa", mit dem der Krieg 1941 gegen die Sowjetunion begann. Wie das ausging, das wissen wir. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Die heutigen deutschen Soldaten müssen wissen, dass unsere Soldaten von ihren Obrigkeiten immer verraten wurden, bis zum heutigen Tage. Wer das für übertrieben hält, der möge sich zum Beispiel die deutschen Soldatengräber des Ersten und Zweiten Weltkrieges in Belgien oder Russland einmal ansehen. Gesunde Völker versuchen aus dem Elend des sinnlosen Sterbens ihren Opfern noch ein würdiges Gedenken zu schaffen, wogegen unsere Bundesregierung keinerlei Interesse für die eigenen Soldatengräber zeigt. Es ist nur den privat organisierten Kriegsgräber-Fürsorgevereinen zu danken, dass einige Gräberfelder einigermaßen versorgt werden.

Man kann deshalb unterstellen, dass unseren Bundeswehrsoldaten einmal die gleiche politische Behandlung zuteil wird. Außerdem sollte die Führung der Bundeswehr den Rekruten die Film-Dokumentationen beispielsweise der von Frost und Hunger verunstalteten Gesichter der in Gefangenschaft gehenden Soldaten der Wehrmacht in Stalingrad zeigen. Das wird sich auf ihren moralischen Zustand heilsam auswirken, danach werden die Rekruten von heute erkennen, was auch sie von der eigenen Generalität und politischen Führung zu halten haben, sollte es wieder zum Konflikt kommen.

Nun hat die Nato die russische Oblast Königsberg mit Raketen umstellt, weitere Panzerverbände und Flugzeuge sowie anderes militärische Gerät wird an der gesamten russischen Westgrenze aufgefahren, angeblich geht es um die besetze Krim. Jeder weiß, dass das blanker Unsinn und gelogen ist. Den Krimkonflikt kann man ohnehin nur durch Verhandlungen und ohne Sanktionen lösen.

Der neue Präsident der USA sagt heute genau das, was dort schon immer gedacht und wonach gehandelt wurde. Er sagt viel und die Welt staunt, was jeden Tag neu von ihm in die Medien kommt. Er sagt auch, wenn man schon Atomwaffen hat, möge man sie auch anwenden. Er sagt, die USA müssten wieder einmal Kriege führen. Vermutlich ist ihm und seinen Beratern entgangen, dass die USA mindestens ab dem Ende des Weltkrieges alle von ihnen provozierten Kriege katastrophal verloren haben, dass sie dabei ganze Länder entsetzlich zerstört, vergiftet und unsägliches Leid angerichtet haben: Korea, Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien – um nur einige zu nennen.

Wir, die Europäer und insbesondere wir in Deutschland, sollten wachsam sein und uns auf kein Abenteuer im Auftrage einer fremden, verantwortungslosen Großmacht einlassen.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

Trumps berechtigtes Misstrauen gegenüber der Presse

Zu: Weder noch (Nr. 7)

In der „Allgemeinen Zeitung Bad Kreuznach" las ich einen Leserbrief einer in Florida lebenden Deutschen. Diese schrieb, sie sei irritiert über die Berichterstattung der europäischen Medien hinsichtlich des US-Präsidenten Donald Trump. Laut der Schreiberin sei es nur eine Minderheit von Amerikanern, die gegen den US-Präsidenten protestieren, die Mehrheit der Amerikaner sei mit den Maßnahmen von Trump wie Einreiseverbote einverstanden. Die Schreiberin zitierte die auch von Ihnen in der *Preußischen Allgemeinen* angeführten Ergebnisse der Umfrage der Londoner Denkfabrik „Chatham House".

Was soll man davon halten? Werden wir nur noch manipuliert? Hat Trump am Ende recht mit seinem Misstrauen gegenüber den Medien?

Marianne Bäumchen, Bad Kreuznach

F.-W. Stussmeier

Zu: Das falsche Signal (Nr. 7)

Wer die Prozeduren gehört und gesehen hat, glaubt, seinen Augen nicht zu trauen. Sie sind so vertraut, weil sie nicht lange her sind und sich aufs Haar gleichen.

40 Jahre lang haben sich die Genossen an den Erfolgen der Kollektive im sozialistischen Wettbewerb berauscht, sich selber beschwindelt und beweihräuchert sowie genau nach den jetzigen Riten selbst gewählt und beklatscht. Die Genossen hießen damals nur anders: zum Beispiel Honecker, Krenz, Stoph, Sindermann, Axen, Tisch, Mittag, Hager, Mielke und Grüneberg, um nur einige zu nennen.

Das nannte sich sozialistische Demokratie.

Es gibt einen nur kleinen Unterschied, und das ist der Blumenstrauß, der nicht wie bei den genannten von einem VEB Gartenbau geliefert wurde. Der Strauß für den in einer demokratischen Hofzeremonie ernannten Präsidenten Frank-Walter „Stussmeier" ist bunter – er wurde in der „Buntesrepublik" gebunden.

Es gibt einen zweiten Unterschied. Die oben genannten Genossen haben einen Staat von 17 Millionen Deutschen ruiniert. Die jetzigen Genossen sind raffinierter, sie schaffen zunächst fast heimlich einen Zerfall der Ethnie, lösen dann die Nation auf (der Autor Botho Strauß sieht es jedenfalls so), um dann den Rest eines ehemaligen Deutschlands von dazumal 70 Millionen Deutschen zu eliminieren. „Deutschland verrecke", heißt ihre Losung, hinter der sie marschieren.

Warum also F.-W. „Stussmeier", der jetzt sein Stusskontingent voll ausschöpfen kann?

Er, also Steinmeier, hat zu der 2015 einmarschierenden islamischen Lawine gesagt: „Da müssen wir einen erwachsenen Blick drauf werfen." Jetzt faselt er von Kitt, den Oliver Welke in seiner ZDF-Satire-Show schön hochgenommen hat. Wir dürfen uns auf die nächsten präsidialen Stusswellen freuen. Sic transit gloria Germaniae.

Albrecht Willebrand, Berlin

Das Beste vom Korn

Schnaps ist nicht gleich Schnaps – Wahre Genießer von Alkohol lassen sich für edle Hochprozentige viel Geld kosten

Beim hochprozentigen Alkohol setzen Kleinbetriebe und Gründer auf eine neue Gegenkultur zur Fabrikware. Kreativität und Glaubhaftigkeit des Produkts sind gefragt – es ist eine Botschaft nicht nur des Geschmacks, wie Anfang April wieder auf einem Berliner Festival zu erleben sein wird.

Der Trend zu handwerklich hergestellten Schnäpsen und Bränden, den sogenannten „Craft Spirits", findet immer mehr Anhänger. Er folgt einer ähnlichen Entwicklung beim Bier. Im Winter steht das neue Hochprozentige genauso hoch im Kurs wie im Frühjahr, wenn sich die wachsende Szene am 1. und 2. April in der Köpenicker Straße 16–17 auf der deutschen Leitmesse „Destille Berlin" trifft. Der Aufschwung des handwerklich Gebrauten kommt aus den USA. Rund elf Prozent des Biermarktes nimmt dort Handgebrautes ein. Als berauschende Gegenbewegung zur industriellen Massenware vermarktet, verheißt die neue Schnapskultur auch in Deutschland ein Stück regionale Identität.

„Spirituosen auf höchstem handwerklichen Niveau, kein Bull****", verspricht das Freimeisterkollektiv. Erfahrung von Brennmeistern und Barkeepern soll sich hier im freien Austausch verbinden, so die Idee. Sogar „Pseudogetreidebrände" aus Quinoa stehen dort im Angebot. Im Kaffeegeist sind Zitrus- und Tropenfrüchte zu schmecken, aus Amaranth entsteht ein hochprozentiges Gebräu, das „die üblichen Erwartungen an Wodka konsequent erschüttert". Wer heute mit dem Brauen anfangen will, muss erfinderisch sein.

Vom Herrengedeck, dem Korn mit Bier, sind die neuen Destillate so weit entfernt wie japanischer Single Malt Whisky vom verschnittenen Vetter an der Discounterkasse. Die Begeisterung am charaktervollen Alkohol hängt an der Marke und deren Bild in der Öffentlichkeit. Sogar „Das Korn" durchläuft neue Verfeinerungen. So heißt eine 2008 gegründete Spirituosenquelle. Dort „zählt nur eins: ‚Das Korn' soll die jahrhundertelange Tradition des Kornbrands in der bestmöglichen Version wieder aufleben lassen".

Das Berliner Traditionsgetränk Mampe lief seit Jahren nur noch schleppend im Verkauf. Kleiner, aber feiner und mit höherwertigen Zutaten, soll der Orangenbitter aus neuen Braukesseln auferstehen. Beim einst als altbacken verschrienen deutschen Jagdbitter gelang der Umschwung schon vor Jahren. In den USA zum aus Eisblöcken servierten Partytrunk umfunktioniert, findet der Likör aus Wolfenbüttel auch in seiner Heimat wieder junge Abnehmer. Die USA sind aber Hauptabsatzmarkt geworden. Auch wenn der US-Umsatz wieder schrumpft, weil jeder Trend einmal abflaut, würden viele Konkurrenten gern an diesen Erfolg anknüpfen, der dem Unternehmen Jägermeister jährlich dreistellige Millionenumsätze beschert. Das war einem neuen Image zu verdanken.

Quelle für „Schnapsdrosseln": Die Kenner probieren die edlen Tropfen in kleinen Schlucken

Den neuen Brauherren geht es um mehr als die Vermarktung ihres Bildes beim Kunden. Die Herstellungsart und Idee zählt. Die Größe des Marktes ermittelte für die USA im Oktober der Verband American Craft Spirits für seine 1315 Mitgliederbrennereien. Ein Umsatz von 2,4 Milliarden Dollar (2015) steht neben einem Wachstum von mehr als 27 Prozent in den fünf Jahren 2010 bis 2015. Die Mikrobrenner legen in Deutschland ebenso Wert auf ihre Weltanschauung. Es geht um bewussten Konsum. Für andere ist es eine Geschäftsidee, um als Gründer endlich alles anders zu machen als die Großen der Branche. Der Alkoholsektor als Ganzes ist in der Hand weniger Konzerne. Stagnation eines weitgehend ausgereizten Marktes beschleunigt den Durst nach Neuem. Mehr Konzentration bei Braubetrieben schafft Raum für innovative Produkte. Die kreative Wiederentdeckung alter Traditionen reizt mehr als die Großabfüllung einer im Preiskampf verwässerten Marke. Die neuen Brände finden ihre Nische.

Die einen Brennmeister preisen bayerisches Quellwasser für ihren bajuwarischen Wodka. Aus dem Dorf Freyung nördlich von Passau kommt seither „The Best Bloody Vodka in the World". Das sagt jedenfalls der Preis, den der Stoff 2015 beim Internationalen Wein- und Spirituosen-Wettbewerb erzielte. Andere greifen die sogenannte Eventkultur auf: Wer Whiskys verkostet, wünscht mehr Auswahl. Über Exklusivität heben sich kleine US-Whiskyproduzenten ab, rechtfertigen hohe Preise.

Den Appetit der Kunden auf Qualität regt einer der erfolgreichsten neuen Brennmeister so an: „Die aktuelle Brennsaison läuft auf Hochtouren, 120 Obstmaischen sowie einige Mazerate reifen in unseren Gärkellern und die Brennanlage muss fast täglich schuften." Die deutsche Stählemühle listet seit dem Start 2006 viele Auszeichnungen, gehört zu den besten der Welt. Messen vermarkten solche Produkte als Ereignis. Die „Destille Berlin" will im April 600 Getränke von 70 Ausstellern anbieten. In der Schweiz kamen zur Premiere des Swiss Craft Destillers Festival im Oktober 500 Besucher, um 130 Spirituosen von 17 Ausstellern zu verkosten.

Im Internet fachsimpeln derweil Liebhaber über die Gestaltung von Gin-Flaschen, denn das Getränk ist neben dem Whisky Hauptreibstoff der Szene. Die wächst, trotz streng regelnder Vorgaben. Neben einer Genehmigung vom Zollamt benötigt ein Kleinbrenner einen niedrigen fünfstelligen Betrag für eine Einsteigeranlage. Doch der Durst nach dem besonderen Trunk nimmt zu, läuft parallel zum Trend nach „Slow Food", dem zur Lebensart aufgewerteten Essen.

Neben dem Heimischen finden sich Reisetrends im Glas wieder. Das spezielle Gebräu als Durstlöscher gegen Fernweh oder spirituose Eintrittskarte in ferne Weltgegenden ist ein Verkaufsschlager. Das zeigt sich im Export: Das Edelbräu kleiner Hersteller be-



Minidestilliere für den Hausgebrauch — Bilder (2): Destille Berlin

scherte der US-Bierindustrie laut Brewers Association von 2011 auf 2012 ein Exportwachstum von 72 Prozent. Auch in Deutschland wächst die Zahl der Brauereien seit 2003 wieder. Jede zweite hat ihren Sitz in Bayern, und auch beim Brennen haben die Süddeutschen dank Obstler und Kräuterbränden die Nase vorn.

Ein Stück Heimat in der Ferne genoss auch Queen Mum, die Mutter der britischen Monarchin. Sie liebte Wacholderschnaps und ließ sich von Angestellten Gin in Hutschachteln verstecken als Rüstzeug fürs Reisen. Den heute wieder modernen Gin konsumierte sie laut offizieller Biografie schon zum Frühstück, also Prost!

Sverre Gutschmidt

Der Klang der 50er

Früher spielten Jukeboxen zum Tanz auf – Ein Amberger sammelt sie

Die heutige Jugend, die mit über das Smartphone konsumierte digitale Musik aufwächst, weiß mit Schallplatten und deren Abspielgeräten wenig anzufangen. Dabei haben diese Geräte eine viel längere Lebens- und Nutzungsdauer. Schauen wir nur mal auf die Musik- beziehungsweise Jukeboxen, die noch nach Jahrzehnten laufen. Am 1. und 2. April läuft in Regensburg wieder die Ausstellung „One more time", bei der die Boxen im Mittelpunkt stehen.

Doch was wäre eine solche Veranstaltung ohne die Liebhaber, Restauratoren und Sammler – so wie Andreas Prechtl aus Amberg, der acht Musikboxen in mehreren Zimmern seines Hauses verteilt hat. Dazu hat er zwei als Dauerleihgaben bei nahen Verwandten abgegeben, und immer wieder muss er Boxen zur Reparatur bringen.

„Schon als Jugendlicher haben mir die Jukeboxen gefallen. Im Amberger Eisstadion ist noch lange eine gestanden", blickt Prechtl zurück. Als gelernter KfZ-Meister wollte er eher Oldtimer restaurieren, doch er ist bei den Musikboxen hängengeblieben. So hat er sich eines Tages eine Seeburg Phono Jet zum Restaurieren bestellt und diese wieder auf Vordermann gebracht. Das brachte auch die Anerkennung der Eltern, viele Bekannte interessierten sich. Und so erfuhr Prechtl, dass im nahen Ebermannsdorf ein Musikbox-Aufsteller verstorben war und drei Boxen zu kaufen waren. Natürlich schlug Prechtl sofort zu.

Am liebsten sind ihm die amerikanischen Boxen der 50er Jahre: Ami, Rock-Ola, Seeburg, Wurlitzer, wobei in seinem Jukebox-Raum aber auch eine Mills-Schellack-Box steht. Und die Seeburg Phono Jet stammt aus den späten 60er Jahren. Auch deutsche Boxen wie etwa eine Bergmann hat er schon repariert. So fällt es ihm meistens schwer, sich von einer Musikbox zu trennen – aber über kurz oder lang kommt dann wieder Ersatz.

Ab und zu kommt es halt vor, dass ihm eine Box noch besser gefällt als die eine oder andere in seinem Bestand. Doch sechs bis sieben seiner zirka zehn Geräte sind unverkäuflich.



Herr der Jukeboxen: Andreas Prechtl (l.) — Bild: Bauer

Viele unterschiedliche Boxen hat er bereits für Kunden restauriert, die Aufträge kommen aus dem ganzen süddeutschen Raum. Daher hat er, der hauptberuflich Werk- und Musiklehrer an einer Schule der Lebenshilfe Amberg ist, auch nebenberuflich ein Gewerbe angemeldet, im Jahr 2015 eine Werkstatt gebaut und einen VW-Bus gekauft. Auch schaltet er flächendeckend Anzeigen, um unrestaurierte Boxen zu finden. Häufig aber bekommt er Tipps von Leuten, die zum Beispiel die bei einer Hochzeit oder Geburtstagsfeier von ihm verliehene Box gesehen haben. So wurde Prechtl in Räumen einer nahen Brauerei fündig.

„Meine Boxen laufen täglich. Und jede Box ist anders bestückt", schildert Prechtl. Auch das bewusstere Hören, das positive Lebensgefühl sowie der Klang und das Tonsystem jeder Box sind für ihn wichtig. Mit ein paar Boxen wird er auch bei der „One more time" am 1. und 2. April in Regensburg vertreten sein. Näheres dazu im Internet unter www.omt-regensburg.de.

Markus Bauer

Gerüche in die Welt gesetzt

Paris hat ein neues Parfümmuseum und setzt auf göttliche Duftnoten

Seit vergangenem Dezember gibt es in Paris das Grand Musée du Parfum. Manch einer mag nun denken, „wer braucht denn bitte noch ein Museum zu diesem Thema? Welcher durchgeknallte Designer hat sich diesmal verewigen wollen?". Doch das Grand Musée du Parfum, das im achten Arrondissement von Paris, unweit des Elysée-Palastes, im Christian-Lacroix-Haus untergebracht ist, unterscheidet sich von den existierenden Parfüm-Ausstellungen, in denen ausschließlich Flakons und Produkte, bestenfalls noch Zutaten, gezeigt werden.

Das sieben Millionen Euro teure Grand Musée du Parfum, das von 40 Privatfirmen und einem Investmentfonds auf die Beine gestellt wurde, gliedert die Ausstellung in drei Bereiche: Die Geschichte des Parfüms, der Beruf des Parfümeurs und die Duftwelt. Geruchsforscher wurden in den Entwurf für das Museum mit einbezogen, und in der Folge erläuternde Video-Installationen mit Filmen und ein Duftgarten eingerichtet. Hier kann der Besucher insgesamt 70 verschiedene Gerüche erschnuppern. Die Bandbreite reicht von Weizen über Zimt bis hin zu Moschus. Alltägliche Gerüche wie Nuss-Nougat-Creme, Coca-Cola und Lagerfeuer-Rauch werden dem Besucher dargeboten und beweisen ihm eindrucksvoll, wie machtvoll Düfte sind. Kaum in die Nase gelangt, aktivieren sie diejenigen Teile des Gehirns, die für Emotionen zuständig sind. Und das lange bevor der Mensch den Geruch bewusst wahrnimmt. Kein Wunder, dass Düfte so oft Erinnerungen wecken.

Die Komplexität von Gerüchen und Düften erschließt sich dem Besucher auch in der Abteilung, in der es um die Arbeit des Parfümeurs geht, wenn er erfährt, dass es rund 1500 Grundgerüche gibt und sich mancher Wohlgeruch, wie der Duft einer Rose, aus mehr als 300 Einzelbestandteilen zusammensetzt. Einzelne Noten zu riechen ist nur ein Aspekt der Arbeit. Der Parfümeur muss Strategien entwickeln, sich die Düfte zu merken und aus dem Zusammenspiel von Basisnote, Kopfnote und Herznote einen komplexen Duft zu entwickeln.

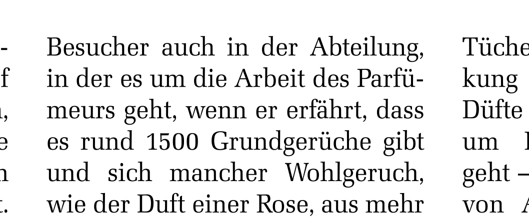


Bild: Grand Musée du Parfum/Harvey & John

Die hängenden Düfte von Paris: Ausstellungsraum

Die Installationen des Museums, die einzelne Duftnoten bereithalten, sind der modernen Ästhetik entsprechend optisch ansprechend gestaltet. Mal in Form von Blütenkelchen präsentiert, dann in Kugeln verborgen, die von der Decke hängen, werden die Düfte benannt und erläutert. Auch das älteste Parfüm der Welt kann hier erschnuppert werden. Das sogenannte Kyphi wurde bereits 1550 vor Christus in Ägypten hergestellt. Verwendet wurden unter anderem Weihrauch, Myrrhe und Honig.

Kyphi wurde vorranggig dazu verwendet, die Götter mild zu stimmen und Unglück abzuwenden. Ein ebenso interessanter historischer Ansatz wie die Verwendung von parfümgetränkten Tüchern zum Schutz vor Ansteckung in Zeiten der Pest. Dass Düfte Schutz bieten – egal ob es um Krankheit oder Unglück geht – gehört wohl in den Bereich von Aberglauben, doch zeigen beiden Beispiele die Macht der Gefühle, und die werden von Düften eben maßgeblich beeinflusst.

Stephanie Sieckmann

www.grandmuseeduparfum.fr

Vergessener Autor

Ewald Seeliger wurde Anfang des 20. Jahrhunderts viel gelesen

Unter dem Titel „Schlesische Historien“ veröffentlichte der Schriftsteller Ewald Gerhard Seeliger 1911 drei Bände mit Heimatliteratur, betitelt „Siebzehn schlesische Schwänke“, „Schlesien“ und „Zwischen Polen und Böheim“. Letzterer Band mit „Zwanzig Historien“ ist jetzt bei Books on Demand wieder erhältlich. Der vom Herausgeber alternativ ausgewählte Titel „Warum Görlitz brennen musste“ entspricht der Überschrift einer der 20 Erzählungen des Bandes.

Der am 11. Oktober 1877 im schlesischen Rathau, Kreis Brieg, geborene Ewald (Ewger) Seeliger war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein viel gelesener und äußerst produktiver Autor. Bald nach seiner Ausbildung zum Lehrer entschied er sich für den Schriftstellerberuf. Von 1901 bis 1942 erschienen von ihm rund 50 Romane, Dramen, Balladen und Erzählungen. Heute erinnert man sich an Ewald Seeliger vor allem als Autor des Bestseller-Romans „Peter Voß, der Millionendieb“, der bereits 1913 erschien und im Laufe der Jahrzehnte eine Millionenauflage erreichte. Anfang der 1920er Jahre erschienen außerdem Übersetzungen in sechs Sprachen. Das Buch lieferte den Stoff zu insgesamt vier Verfilmungen, einem Hörspiel, einem Musical und, in den 1970er Jahren, zu einer 13-teiligen Fernsehserie.

Die Erzählungen des vorliegenden Bandes behandeln dramatische menschliche Schicksale, teilweise eingebettet in historische Ereignisse, aus dem Zeitraum von 1370 bis 1806. Als Protagonisten wählte der Autor unbekannt gebliebene Männer und Frauen sowie bekannte Persönlichkeiten, die zu ihrer Zeit die Geschicke von Stadt und Land mitbestimmten. Schauplätze sind Breslau, Glogau, Teschen, Trebnitz, Striegau und Dörfer wie Konradswaldau beim Zobtenberge und Scheibsdorf im Herzogtum Liegnitz. Seeliger erzählte kraftvoll und mitreißend, wobei er sich bei Gelegenheit gern einer altertümlichen Ausdrucksweise bediente.

»Peter Voß« wurde erfolgreich verfilmt

Glühende Leidenschaft, Feindschaft, Neid und Eifersucht sind die tragenden Gefühle in seinen „Schlesischen Historien“. Überwiegend enden diese tragisch, mit Mord, Selbstmord oder vollstrecktem Todesurteil. Zwar sind in den Annalen der Städte und Landkreise viele Vorfälle solcher Art aufgezeichnet worden, andererseits tendierte Seeliger auch stark zur Dramatisierung und Übersteigerung. Liebeshändel sind häufig Beweggründe der Geschehnisse, Judenverfolgung und Hexenwahn werden aufgegriffen, mehrfach wird der deutsch-polnische Gegensatz ausgeleuchtet.

Ausführlich widmete sich Seeliger der ergreifenden Lebensgeschichte des hochtalentierten und zu seiner Zeit weithin verkannten schlesischen Dichters Johann Christian Günther (1695–1723), der mit der Unterstützung eines Gönners um die Verwirklichung seines Lebenstraums kämpfte und mit nur 27 Jahren an der Schwindsucht starb. Bemerkenswert: Das Lexikon „Britannica“ bezeichnet J. Chr. Günther als einen der wichtigsten deutschen Lyriker der Zeit zwischen dem Mittelalter und der frühen Goethezeit.

Satire und Polemik kennzeichneten damals noch nicht Stil und Inhalt der Werke Seeligers. Nach dem Ersten Weltkrieg gab sich der Autor als „friedfertiger Anarchist“ zu erkennen; als solcher wurde er von wohlwollender Seite charakterisiert. Mit seinen Büchern, die er teilweise im Selbstverlag veröffentlichte, führte er eine Art von Windmühlenkampf gegen Bürokratie, Rassismus, Militarismus und kirchliche Einflüsse. Mit seinem ironischen, oft tiefgründigen Pamphlet „Handbuch des Schwindels“ provozierte er 1922 eine Zwangseinweisung zur Beobachtung in die Psychiatrie. 1936 erhielt er Berufsverbot wegen seiner Ehe mit einer Jüdin und geriet als Autor in Vergessenheit. In den Nachkriegsjahren scheiterte er wie so viele seiner Schriftstellerkollegen bei dem Versuch, an frühere Erfolge anzuknüpfen. Immerhin war es ihm vergönnt, sich noch ein wenig im Erfolg des nach seinem Buch gedrehten Spielfilms „Peter Voß der Millionendieb“ zu sonnen, der 1958 ein Publikumserfolg wurde. Die Hauptrolle spielte O.W. Fischer, Regie führte Wolfgang Bekker.

Herausgeber des vorliegenden Bandes ist der in Cham/Oberpfalz geborene L. Alexander Metz, der die Autorenrechte Seeligers verwaltet und dessen Onkel den Schriftsteller finanziell unterstützt hat. In Cham lebte auch Ewald Seeliger von 1940 bis zu seinem Tod am 8. Juni 1959.

Dagmar Jestrzemski

***Ewald Gerhard Seeliger: „Warum Görlitz brennen musste. Schlesische Historien“**, bearbeitet und herausgegeben von L. Alexander Metz, Books on Demand, Norderstedt 2016, broschiert, 467 Seiten, 16,80 Euro*

Begeisterung für Physik

Experimente und mehr

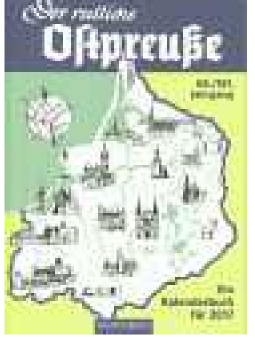
Wer mit der Physik auf Kriegsfuß stand, wird das Buch „Physikalische Spielereien“ wohl eher achtlos durchblättern. Wer sich jedoch für Physik im Alltag interessiert und unbefangen hinter die zu unserer Lebenswelt gehörenden Phänomene blicken möchte, für den ist Hans Joachim Schlichtings und Christian Uckes Buch aus dem Wiley-VCH Verlag ein echter Gewinn. Denn es macht Spaß herauszufinden, warum Spinnennetze im Gegenlicht so ein intensives Farbspiel bieten, warum Stehaufmännchen sich immer wieder erheben, welch naturwissenschaftliches Wunderwerk eine brennende Kerze eigentlich ist, warum sich Puffmaiskörner bei Zufuhr von Wärme wie kleine Dampfkessel verhalten und warum unser Körper in der Sauna nicht beginnt zu garen. Dieses sei nur erwähnt als Beispiel aus dem überreichen Fundus des Buches, mit dem die Autoren zeigen wollen, dass die Physik eine wunderbar spannende und kurzweilige Seite hat.

Schlichting war zuletzt Direktor des Instituts für Didaktik der Physik der Universität Münster. Von seinen Forschungsarbeiten, die sich unter anderem damit befassen, die moderne Physik für die Schule zugänglich zu machen und sie mit Alltagserfahrungen zu verbinden, partizipieren hier auch die Leser, die sich eher als Laien bezeichnen würden. Zusammen mit dem Physiker Christian Ucke stellt der Autor Versuche und Phänomene aus vier großen Themenbereichen der Physik vor: Optik, Mechanik, Thermodynamik und Elektromagnetismus. Experimente zum Nachmachen werden präsentiert und ihr theoretischer Hintergrund erklärt. Zahlreiche Abbildungen und Grafiken verdeutlichen das Geschriebene und sorgen so für mehr Anschaulichkeit. „Physikalische Spielereien“ ist nach „Spiel, Physik und Spaß“ bereits der zweite Band des Autoren-Teams.

Warum eine Kerze ein Wunderwerk ist

Die Physik aus dem Schattendasein der Labore und Physikräume herauszuholen, sei ihnen ein Anliegen. Dabei wollen sie nicht nur Lernende und Lehrende ansprechen, sondern auch interessierte Laien anhand der zusammengestellten Themen einen neuen Zugang zur Physik ermöglichen. Im Anhang findet sich eine nützliche Zusammenstellung praktischer Tipps, weiterführender Links und Literaturhinweise. *Silvia Friedrich*

***H. J. Schlichting/Christian Ucke: „Physikalische Spielereien. Aktiv, kreativ, lehrreich“**, Wiley VCH, Weinheim 2016, gebunden, 150 Seiten, 29,90 Euro*



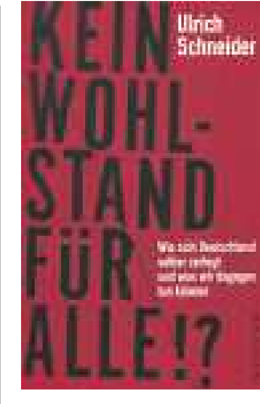
Nicolais Geniestreich

Mit Ostpreußen durchs Jahr

Die Wiener Philharmoniker feiern am 28. März ihren 175. Geburtstag. Was viele nicht wissen: Der „Geburtshelfer“ dieses inzwischen weltberühmten Orchesters war Ostpreuße. Der Königsberger Komponist Otto Nicolai, der mit seiner Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ Erfolge feierte, hatte als damaliger Wiener Hofopern-Kapellmeister die Idee, den Mitgliedern seines Orchesters eine „fixe Einnahme zuzuwenden“, indem sie „die vorzüglichsten Werke unserer größten Tonmeister auf eine würdige Weise zur Darstellung brächte“.

An diese Geschichte erinnert das Kalenderbuch für 2017, „Der redliche Ostpreuße“, in dem die Herausgeberin Silke Osman mit Porträts von Jubilaren, Gedichten und Geschichten wieder einen heimatlich geprägten Gang durch die Jahreszeiten unternimmt. Mit von der Partie sind bekannte ostpreußische Dichter wie Simon Dach, E.T.A. Hoffmann, Ernst Wiechert, Agnes Miegel oder Johannes Bobrowski, dessen 100. Geburtstag am 9. April anliegt. Auch an den Sachsen Richard Wagner wird erinnert, der vor 180 Jahren Musikdirektor in Königsberg wurde. Er blieb nur kurze Zeit in diesem „preußischen Sibirien“, brachte aber von dort seine Braut Minna Planer mit, ehe er die Opernwelt revolutionierte. Abbildungen unter anderem mit historischen Luftbildern ostpreußischer Städte vervollständigen dieses vorzügliche Lesebuch. *H. Tews*

***„Der redliche Ostpreuße. Ein Kalenderbuch für 2017“**, Rautenberg Verlag, Würzburg 2016, Hardcover, 158 Seiten, 14 Euro*



Ein anderes Deutschland

Ulrich Schneider malt das Bild einer »sozioökonomischen Wüste«

„German angst“ ist international der neueste Germanismus, Synonym für Weinerlichkeit, die bei Deutschen grassiert. Ihre Symbolfigur ist die 19-Jährige, die sich beim Abiturball den Kopf zerbricht, woher in 50 Jahren ihre Rente kommen soll. „Angst“-Chefideologe ist Ulrich Schneider, der 1958 geborene Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) mit 10 000 Mitgliedsverbänden. Sie alle machte Schneider im Sommer 2016 zur „sozialpolitischen Kampfgruppe“ der SED-Nachfolgepartei „Linke“, was ihm selbst DPWV-Vorstandskollegen verübelten.

„FAZ“-Wirtschafts- und Finanzredakteur Rainer Hank war ihm jedoch „dankbar“. In seinem Buch mache Schneider, was er immer mache, „die Wahrheit so lange zu verbiegen, bis sie zu seiner Maske passt, Sprachrohr der Hilfsbedürftigen und Anwalt der kleinen Leute zu sein“ (Hank). Schneider betet Zahlen daher, die weder nachweisbar noch glaubhaft sind: „40 Prozent unter uns“ lebten „von der Hand in den Mund“, 15,7 Prozent müssten „zu den Armen gerechnet werden“, 59 Prozent der Arbeitslosen lebten „unter der Armutsgrenze“ von 942 Euro, 345 000 Obdachlose und eine Million Landzeitarbeitslose gibt es, 1,4 Millionen betteln an „Tafeln“ um Nahrung.

Mit solchen Befunden geht Schneider anderen auf die Nerven. Bei „Phoenix“ war er in einer Diskussionsrunde, die ihn als linken „Populisten“ abtat, der „Zerrbilder“ verbreite und Erfolge ignoriere, etwa die „längste Aufschwungsphase der Nachkriegszeit“, wie „Welt“-Korrespondentin Dorothea Siems rügte. Schneider verwahrte sich gegen diesen „üblen Vorwurf“, verstummte aber vor dem Konsens der Runde, dass Deutschland dank der „Agenda 2010“ seit 2003/04 erfolgreich sei und seit 2006 seine Arbeitslosigkeit halbierte, was Martin Schulz durch angekündigte „Reformen“ gefährde.

Neoliberalismus soll schuld sein

In seinem Buch porträtiert Schneider Deutschland als sozioökonomische Wüste: Es „zerlegt sich“, wie an der „obszönen Vermögensverteilung“ abzulesen sei. Schuld an allem sei der „Neoliberalismus“, also „weniger Sozialstaat, weniger soziale Sicherheit, mehr Markt, mehr Rendite“, was „lausige“ Prognosen ahnungsloser „Wirtschaftsweiser“ nur verschleierten. Ohne radikale „Umverteilung“ per „solidarischer Steuerpolitik“ könne man „diese Gesellschaft nicht zusammenhalten“.

Daneben sieht Schneider ein ganz anderes Deutschland: „Ein extrem reiches Land“ mit der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt und 5,5 Billionen privatem Geldvermögen, Bruttoinlandsprodukt von „über zwei Billionen Euro“. Die Summe steht auf Seite 48, auf Seite 160 wuchs sie auf „über drei Billionen“. Weiß dieser Autor, wovon er schreibt? *Wolf Oschlies*

***Ulrich Schneider: „Kein Wohlstand für alle? Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen können“**, Westend Verlag, Frankfurt 2017, broschiert, 236 Seiten, 18 Euro*



Alarmbuch mit positivem Ausblick

Der Journalist Gabor Steingart bezeichnet die aktuellen Entwicklungen in der Welt als »Dritten Weltkrieg«

Wie ein Furor überfällt Gabor Steingarts Buch „Weltbeben“ den Leser: Amerika sei nur noch eine „Weltmacht auf Abruf“, leide gleichermaßen an Überforderung und Selbstüberschätzung. Die EU sei eine „imposante Fassadendemokratie“. Der weltweite Terror sei Indiz für einen längst begonnenen Dritten Weltkrieg. Und weiter: Der neuzeitliche Kapitalismus nehme auf nichts Rücksicht, „nicht einmal auf sich selbst“. Die Hausse an den internationalen Börsen sei nichts weiter als ein skrupelloses „Kursdoping“. Banker und Wirtschaftsbosse handelten ohne jede Moral.

Steingart war „Spiegel“-Korrespondent in Berlin und Brüssel; heute ist er Herausgeber des „Handelsblatts“, wo seine Kolumnen zu diesen Themen inzwischen viele Leser gefunden haben. Schon seine bisherigen Bücher waren, wenn man so will, „Alarmbücher“, die in scharfer Zuspitzung aktuelle Probleme aus Politik und Wirtschaft aufgegriffen haben. Steingart schreibt vehement gegen einen Trend in unserer Gesellschaft – er würde sagen: ein „Grundübel“ – an, alles zu relativieren, zu verharmlosen und vor Problemen die Augen zu verschließen, obwohl im Unterbewussten ein wachsendes Unbehagen angesichts vieler Entwicklungen zu beobachten sei. Er deutet dies als eine Überforderung der Menschen sowohl in Europa als auch in den USA.

Das noch vor dem Amtsantritt von US-Präsident Trump beendete Buch zeigt an vielen Beispielen, wie sehr sich die USA in einer Mischung aus Hochmut und Ignoranz zu verrennen drohen, – eine Nation, die dabei sei, „über die eigenen Füße zu stolpern“. Statt Respekt gegenüber Andersdenken und Dialogbereitschaft schaukele sich international ein immer stärkerer Hass hoch.

Hart geht der Autor mit der EU ins Gericht: Was früher mit Gewalt und Kriegen nicht erreicht worden sei, das werde jetzt auf subtilen Wegen von Verordnungen versucht, nämlich die Vielfalt Europas rigoros auf einen Nenner zu bringen mit der Folge, dass die europäische Idee immer mehr verblasse.

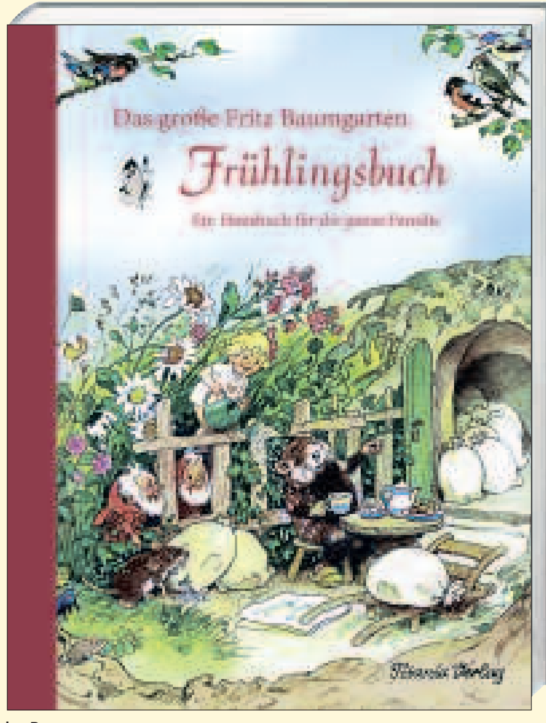
Geradezu virtuos sind die beiden Kapitel zu Kapitalismus und Finanzmarkt. Lapidar stellt Steingart fest: Der Kapitalismus löse weltweit Prozesse der Zerstörung aus, das ständig bejubelte Wachstum entpuppe sich als „Sendbote des kommenden Zusammenbruchs“. In der Finanz- und Geldpolitik, so Steingart, sei der „Illusionscharakter europäischer Politik“ am deutlichsten zu erkennen. Mit Ethik und Anstand habe das Handeln führender Banker und Wirtschaftsführer nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

Mitunter droht der Leser bei all den beschriebenen, schwer zu bestreitenden Fakten in Fatalismus zu verfallen. Der Autor mochte das gespürt haben, denn sein letztes Kapitel macht überraschend Hoffnung auf eine Zukunft, in der die mündigen, der Phrasen der Politik überdrüssig gewordenen Bürger immer stärker eine Mitbestimmung einfordern, Kurswechsel bewirken und gewaltlos, aber im zähen Dialog Änderungen erreichen. Es sei, so der Autor, eine Revolution neuen Typs: „Ihre Form der Auflehnung gegenüber den Verhältnissen ist eine fröhliche Gleichgültigkeit gegenüber jenen Mächten, die das Leben verdunkeln.“ Also kein Grund zu verzweifeln, sondern an Alternativen mitarbeiten, den sogenannten Populismus nicht verteufeln, sondern ihn als Ausdruck der Suche vieler ratloser und enttäuschter Menschen nach einer gerechteren Welt zu verstehen. Manche Zweifel bleiben, aber Mut macht das Buch mit diesem Ausblick dann doch. *Dirk Klose*

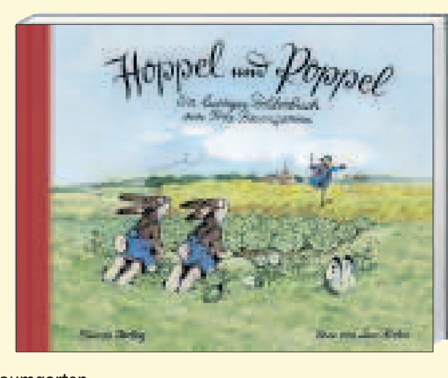
***Gabor Steingart: „Weltbeben. Leben im Zeitalter der Überforderung“**, Knaus Verlag, München 2016, broschiert, 240 Seiten, 16,99 Euro*



Joachim Fernau
Die Genies der Deutschen
Mit den Lebensbildern so bedeutender Männer wie Martin Luther, Nikolaus Kopernikus, Johann Sebastian Bach, Albrecht Dürer, Johann Wolfgang von Goethe, Immanuel Kant und Albert Einstein, aber auch in straff gezeichneten Zeitgemälden fordert Joachim Fernau zur Auseinandersetzung mit der eigenen Zeit auf. Joachim Fernau, geboren 1909 in Bromberg, studierte in Berlin und arbeitete als Journalist für Ullstein, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Er lebte als freier Schriftsteller in München und der Toskana. Er veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen sich einge millionenfach verkaufen. Joachim Fernau starb 1988 in Florenz. 352 Seiten
Nr. P A1080 Taschenbuch 9,95 €



Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Frühlingsbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Mit Gedichten und Geschichten, Spielen und fröhlichen Liedern sowie Rezepten und Bastelanleitungen führt das Hausbuch für die ganze Familie durch die schöne Frühlingszeit. Die stimmungsvollen und naturnahen Bilder von Fritz Baumgarten lassen diese Jahreszeit des Aufbruchs und der Freude vor unseren Augen in ihrem ganzen Charme lebendig werden. Friedrich Karl Baumgarten, geboren am 18. August 1883 in Reudnitz und gestorben am 3. November 1966 in Leipzig, war ein deutscher Kinder- und Bilderbuchillustrator, Lithograf, Zeichner und Maler. Er ist der Vater der heute noch weit verbreiteten Zwergen- und Wichtelgeschichten, der mit seinen klaren, stark farbigen Bildern und einfachen Formen den typischen „Baumgarten-Stil" schuf. 64 Seiten
Nr. P A0999 Gebunden 7,95 €



Fritz Baumgarten
Hoppel und Poppel (Format 26,5 x 21 cm)
Die Hasen Hoppel und Poppel haben nur Unfug im Kopf: Sie laufen von zu Hause weg und spielen den Tieren und den Wichteln Streiche. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0868 Gebunden 8,95 €



Sonderpreis € 8,95

Achim von Arnim und Clemens Brentano
Des Knaben Wunderhorn
Alte deutsche Lieder
928 Seiten/Gebunden
Nr. P A1064 8,95 €

Clemens Brentano und Achim von Arnim gaben dieses „wohlfeile Volksliederbuch" zu Beginn des 19. Jahrhunderts heraus. Sie enthält 723 Liebes-, Soldaten-, Wander- und Kinderlieder vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert. Ähnlich wie die Brüder Grimm mit ihrer Märchensammlung haben die beiden Dichter der Romantik darin einen Schatz zusammengetragen und vor dem Vergessen bewahrt: „alte deutsche Lieder" aus mehreren Jahrhunderten, lyrische Dichtung von der hohen Verskunst bis zum Abzählreim, vom Liebeslied über die Ballade bis zum Volksglauben. „Des Knaben Wunderhorn" ist eine unerschöpfliche Fundgrube, die in ihrer Vielfalt staunen lässt.



Aldona von Hüon de Schoye (Herausgeberin)
Frühling, Sommer, Herbst und Winter
Die schönsten Gedichte für das ganze Jahr
Wir leben mit dem Lauf der Jahreszeiten: Nach verschneiten Landschaften erfreuen wir uns an blühenden Knospen, sitzen an langen Tagen im strahlenden Sonnenschein, bis uns bunte Wälder zum Spaziergang anlocken, die schon bald wieder unter einer Schneedecke liegen ... Jede Jahreszeit hat ihre ganz besondere Schönheit. Von jeher haben Dichter die wechselnden Stimmungen der Monate in Worte gefasst. Dieser Band versammelt die schönsten Gedichte zu den vier Jahreszeiten, die unseren Lebenslauf stetig begleiten. 304 Seiten
Nr. P A1042 Kartoniert 10,00 €

Früher € 30,00
Jetzt € 9,99

Dieter Schenk
Danzig 1930–1945
Das Ende einer Freien Stadt
Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt, unter Mandat des Völkerbundes gestellt und zur Freien Stadt erklärt. Eine Entscheidung, die von den Danzigern nie akzeptiert wurde. Dieser aufwändig mit 187 Abbildungen und 6 Karten gestaltete Band machen das Werk über die Hansestadt zu einer interessanten Lektüre, welche darüber hinaus von einem – allerdings kritisch gefassten – Geschichtsabriss der Jahre bis 1945 vervollständigt wird. Ein Wiedersehen mit der alten Stadt für alle, die sich einen Spaziergang durch die Stadt ihrer Jugend wünschen. Dieter Schenk, 1937 in Frankfurt am Main geboren, ist Kriminologe, Historiker und Schriftsteller. Seit 1990 ist er als freier Publizist tätig und hat bereits mehrere Werke zum Thema Danzig verfasst. 224 Seiten.
Nr. P A1094 Gebunden Sonderpreis 9,99 €



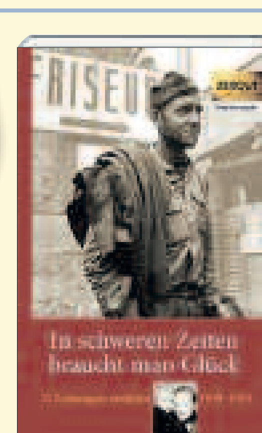
Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
Nr. P A0737 CD 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €

Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €

Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt 50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist eine traditionelle Weihnachtsgabe.
Nr. P 5659 2,98 €



In schweren Zeiten braucht man Glück
23 Zeitzeugen erzählen – 1939 bis 1952 192 Seiten/Gebunden
Nr. P A0851 9,95 €

Es sind ungewöhnliche Erlebnisse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die uns berühren und erschüttern. Sie erzählen von der Rettung in höchster Not, von kaum vorstellbaren Zufällen, von Momenten des Glückes, der Freude und der Erleichterung. Frauen, Männer und Kinder der Jahrgänge 1913 bis 1937 schildern, was ihnen damals die Kraft und die Hoffnung gab, scheinbar ausweglose Situationen zu meistern. Die Zeitzeugen erlebten im Bombenkrieg und beim Fronteinsatz den Tod naher Verwandter, Freunde, Nachbarn und Kameraden. Sie berichten von Flucht und Vertreibung, von Gefangenschaft und Heimkehr und vom schweren Neuanfang.



Joachim Fernau
Sprechen wir über Preußen
Die Geschichte der armen Leute
In der Geschichte der armen Leute, wie Joachim Fernau seine preußische Historie nennt, wird nicht nur vom Volk berichtet, vom Großen Kurfürst über den Großen Friedrich bis zum Eisernen Kanzler haben alle ihren Auftritt und werden gebührend gewürdigt. Joachim Fernau, geboren 1909 in Bromberg, studierte in Berlin und arbeitete als Journalist für Ullstein, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Seit 1932 lebte er als freier Schriftsteller in München und der Toskana. Er veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen sich einge millionenfach verkaufen. Joachim Fernau starb 1988 in Florenz. 320 Seiten
Nr. P A1079 Taschenbuch 9,95 €



Fahne
Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Fahne
Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Landsmannschaftsfahne
Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Ostpreußenfahne
mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Kartenmäppchen
Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen
Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



Fahne
Niederschlesien
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A0018 Fahne 12,50 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

VW-Chef kennt Geschichte nicht

Wolfsburg – Laut VW-Chef Matthias Müller geht der Aufstieg seines Konzerns zur Weltspitze auf „tausende Gastarbeiter“ zurück, die das Wirtschaftswunder erst ermöglicht hätten. Die Fakten: 1959 stieg die Bundesrepublik zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt auf, die ersten Türken kamen 1961 ins Land. 1955, als die ersten Gastarbeiter überhaupt eintrafen, hatte Westdeutschland bereits wieder das Wohlstandsniveau der Vorkriegszeit erreicht. *H.H.*

Kein Geld mehr für EU-Kritiker?

Brüssel – Der Chef der EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), will „europafeindliche“ Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung der EU abschneiden. Europa dürfe seine Feinde nicht noch finanzieren. Der Chef der britischen Ukip, Nigel Garage, konterte, „Europa“ habe gar kein Geld. Es sei das Geld der Bürger, von denen auch seine Partei gewählt worden sei. *H.H.*

ZUR PERSON

Plötzlich aufgetrumpft

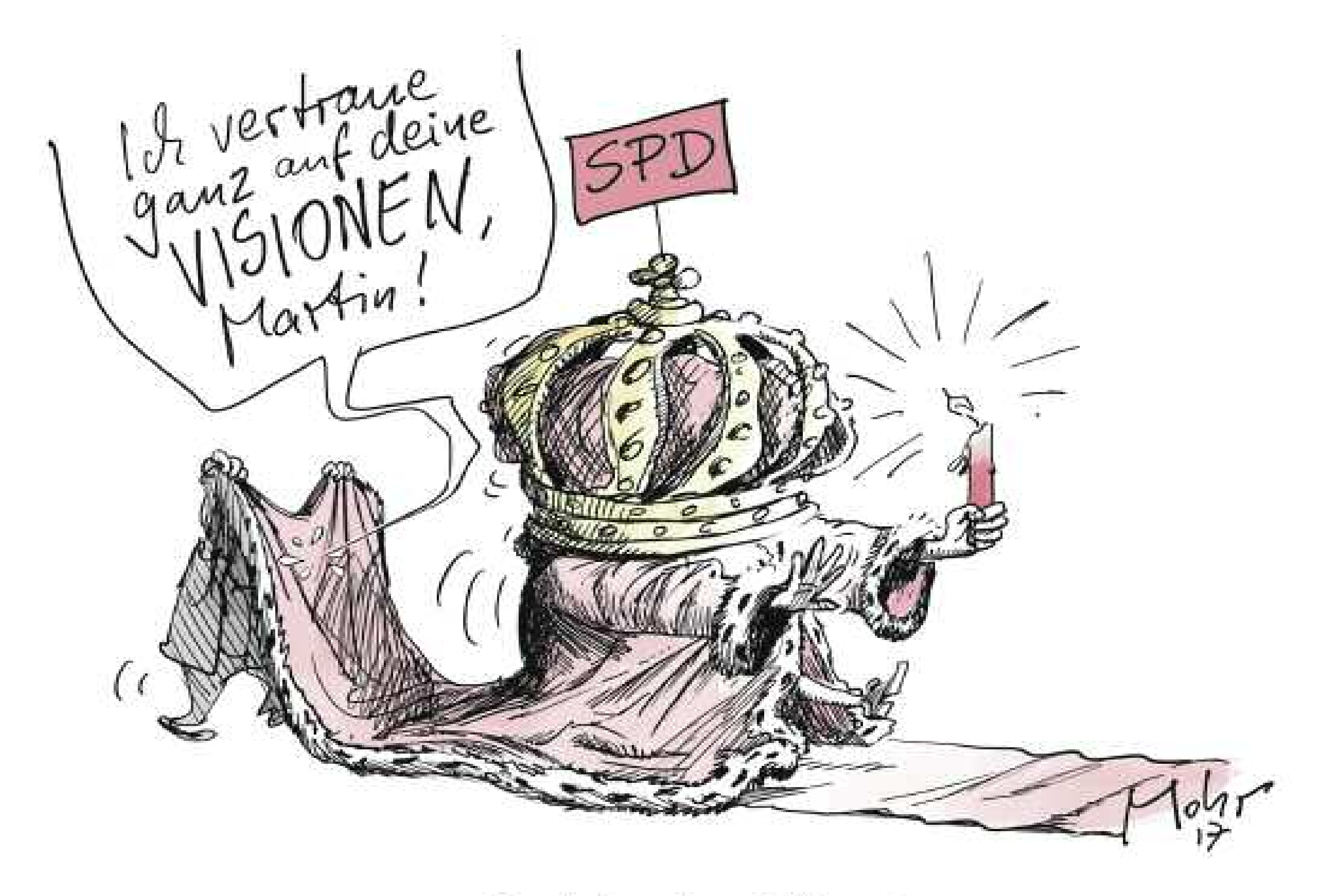
Der Martin-Schulz-Effekt könnte der CDU bei der Landtagswahl im Saarland am Sonntag entscheidende Stimmen kosten. Wohl deshalb sah sich Ministerpräsidentin **Annegret Kramp-Karrenbauer** genötigt, einen letzten Trumpf zu ziehen: das Erdogan-As. Sie sprach sich für Auftrittsverbote türkischer Politiker aus, sofern sie in ihrem Bundesland Werbung für die Verfassungsreform in der Türkei machen sollten. Schließlich hat auch kürzlich Mark Rutte bei seiner Widerwahl zum niederländischen Regierungschef von einer ähnlich radikalen Maßnahme profitiert.

Sollte Kramp-Karrenbauer am Ende die Nase vorn behalten, wird sie es schwierig haben, einen Koalitionspartner zu finden. Ob die SPD – wie bisher seit 2012 – bereit ist, als Juniorpartner in einer Großen Koalition mitzuwirken, ist die Frage. Sollten die Grünen in den Landtag einziehen, könnte die SPD mit ihnen und den Linken eine Linkskoalition bilden.

Wegen einer schwächelnden FDP steht Kramp-Karrenbauer wie auf einer einsamen Insel. Das war 2011 noch anders, als sie nach dem Rückzug von Peter Müller die erste Jamaika-Koalition aus Schwarz-Grün-Gelb als Ministerpräsidentin auf Landesebene fortsetzte.



Der 1962 in Völklingen geborenen Politikerin muss dieses Koalitionsexperiment fremd und exotisch vorgekommen sein. Sie ist wahrlich heimat- und parteiverbunden. Seit ihrem Politik-Studium in Trier und Saarbrücken kennt die mit einem Bergbauingenieur verheiratete Mutter dreier Kinder nur eine berufliche Karriere innerhalb der CDU. Schon als 19-Jährige trat sie der Saar-CDU bei. Kaum auszudenken, was passiert, wenn sie als Ministerpräsidentin nicht wiedergewählt wird. Sollte sie ihre Karriere einmal in einem Kabinett von Kanzlerin Merkel fortsetzen, dürfte sie sich in Berlin ziemlich fremd, exotisch und unbehaglich fühlen. *H. Tews*



Wir wurden reingelegt!

Wer in Holland wirklich gewonnen hat, warum Merkel so müde aussieht, und was wir von »Mehmet« lernen können / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da haben wir noch mal Glück gehabt. Nur 13 Prozent hat er geholt, bloß zweitstärkste Kraft ist er geworden im zerklüfteten Parteiensystem unseres Nachbarlandes, dieser Geert Wilders.

Die Erleichterung war riesig bei den meisten Führern der EU-Staaten. Aber ist sie eigentlich berechtigt? Möglicherweise sind die Jubler da in eine Falle getappt, ich selbst eingeschlossen. Ich wollte ja längst Niederländisch lernen, aber die Kurse der Hamburger Volkshochschule, mit der ich gute Erfahrungen bei anderen Sprachkursen gemacht habe, lagen so blöde, dass ein regelmäßig arbeitender Mensch nicht teilnehmen konnte.

Sehr schade, denn mit dem Nachbar-Idiom im Gepäck hätte ich rechtzeitig erkannt, mit welchem rechtspopulistischen Beelzebub Namens Mark Rutte sie den Teufel Wilders ausgetrieben haben.

Vor der Wahl hatte Rutte, Chef der rechtsliberalen Partei VVD, einen offenen Brief „An alle Niederländer“ gerichtet, enthüllte mir viel zu spät die „Welt“, wo er schrieb: „Wir empfinden wachsendes Unbehagen, wenn Menschen unsere Freiheit missbrauchen, um den Laden durcheinanderzubringen.“ Den Zuwanderer rief er in dem Brief zu: „Verhaltet euch normal oder geht!“ Was nicht angehe, sei unter anderem, dass „normale Niederländer als Rassisten bezeichnet“ würden.

Was hätte wohl Merkel an seiner Stelle geschrieben? Zunächst mal die unerhörte Anrede: „An alle Niederländer!“ Wie ausgrenzend! Bei uns hieße das: „An alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land, an die, die schon länger hier leben und die, die erst kürzlich zu uns gekommen sind!“ Dann: „Verhaltet euch normal oder geht!“ Auf bundesdeutsch sagt man: „Wir werben für unsere Werte und laden alle ein, sie mit uns zu teilen.“

Und wie ist das mit dem „Durcheinanderbringen“? Bundesintegrationsministerin Aydan Özoguz hat schon 2015 deutlich gemacht, dass es bei uns gar nichts gibt, was durcheinandergebracht werden könnte, weil eh alles im Rutschen ist: „Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein.“ Das Zusammenleben müsse „täglich neu ausgehandelt“ werden, und auch die Deutschen müssten sich in diese neue Gesellschaft erst noch integrieren. Der Regierungspräsident von Kassel sagte an die Adresse von Deutschen, die mit der ruckartigen Veränderung ihres Landes per Massenzuwanderung nicht einverstanden sind: „Wer diese Werte nicht vertritt, kann dieses Land jederzeit verlassen.“ Später schob die Kanzlerin noch eine Definition von „Volk“ nach, in der die „Deutschen“ gar nicht mehr vorkamen.

> Mark Rutte ist in Wahrheit ein übler Rechtspopulist, den wir hinter Wilders nur übersehen haben

Irgendwie alles ganz und gar nicht „Rutte“, oder? Braut sich da der Stoff für einen weltanschaulichen Streit zwischen Berlin und Den Haag zusammen? Die genannte Zeitung orakelt, wer den Kampf gewinnen würde: „Was heute Weltoffenheit und Fortschritt bedeutet, wird in den Niederlanden gerade neu definiert.“

Also nicht in Berlin. Das ist eine harte Nachricht. Bis eben dachten wir schließlich noch, dass wir an der Spitze des bunten Fortschritts marschieren. Nun das: Die Ersten werden die Letzten sein – die Letzten, die erkennen werden, dass sie der herrlich besoffene Willkommenskurs direkt in den Treibsand endloser Probleme geführt hat.

Ahnt Merkel den Trendwechsel vielleicht schon? Sie sieht so merkwürdig verkatert aus in letzter Zeit. Eine Stimmungskanone war die CDU-Chefin nie, aber so belämmert haben wir sie selten gesehen. Ihrer Partei scheint es ähnlich zu gehen.

Ganz anders die Sozialdemokraten: Die haben eine Ersatzdroge für „Willkommen!“ gefunden und berauschen sich an ihrem Schulz. „100 Prozent Gerechtigkeit“ lautet die neue Parole der Roten in Anspielung auf das 100-Prozent-Ergebnis ihres Chefs auf dem Parteitag. Das klingt nicht nur wie „100 Prozent Geschmack!“ aus der Werbung, es ist auch genauso tiefgründig zu verstehen. 100 Prozent: Dass eine Partei dermaßen lückenlos einer Meinung ist, legt nur den Schluss nahe, dass sie gar keine Meinung mehr hat, nur noch Losungen.

Und Gefühle natürlich, große Gefühle sogar. So groß, dass man die leise grummelnde Verzweiflung dahinter schon zu spüren meint. Denn dass sie sich dem Neuen mit solcher Verzückung zu Füßen legen, kann ja nur heißen, dass sie außer ihm niemanden haben, auf den sie noch hoffen mögen. Das gibt Anlass zur Sorge.

Aber nicht jetzt: Wie die Besucher eines bizarren Erweckungsgottesdienstes schauten die Sozis zu ihrem Erlöser auf. Auf dem Parteitag fehlte nur noch, dass ein Delegierter nach dem Handschlag von „St. Martin“ aufgeschrien hätte: „Ich kann wieder sehen!“

Zu sehen gab es einiges, langsam fangen die Leute allerdings an zu fragen, wann es denn auch mal was zu hören gibt von dem großen Schulz. Etwas, das über das Niveau von Reklameversprechen hinausgeht.

Selbst um die simple Frage, ob er türkischen Politikern Auftrittsverbot in Deutschland erteilen würde, mogelte sich der frisch gebackene SPD-Chef schwafelnd herum. Den Lautsprechern in Ankara gehen derweil die Superlative bei der Deutschen-Beschimpfung aus, nachdem sie sich über den „Nazi“ bereits bis in die Gaskammern vorgekeift haben. Was soll da noch kommen?

Dabei präsentiert sich uns Erdogan als Idealbild des zeitgemäßen Antifaschisten. Wir erinnern uns an das alte Zitat aus den 1950er Jahren, wonach der neue Faschismus nicht als Faschismus, sondern in der Hülle des Antifaschismus auftreten werde.

In Deutschland sind es bekanntlich die „Antifaschisten“, die dafür sorgen, dass die faschistischen Traditionen im Niedertrampeln Andersdenkender frisch gehalten und täglich „gelebt“ werden. In der Türkei spielt Erdogan eine Art „Machtergreifung in Zeitlupe“ nach und garniert seinen Vormarsch mit lauten Nazi-Vorwürfen gen Deutschland und die Niederlande. Passt alles zusammen. Merke: Wer besonders oft und laut „Du Nazi!“ brüllt, ist ziemlich sicher für den „neuen Faschismus“ unterwegs.

Oder er ist einfach dumm. Erinnern Sie sich an Mehmet? Der hatte bereits 60 Straftaten auf der Uhr, als er im Alter von 14 Jahren in München einen Schüler krankenhausreif geprügelt und ausgeraubt hatte. Danach war für die bayerischen Behörden Schluss: Mehmet wurde in die Türkei ausgewiesen.

2013 wollte er zurück nach Deutschland, doch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann dachte gar nicht daran, den Kerl wieder reinzulassen.

Nun faucht und jammert Mehmet laut „Bild“-Zeitung in der Türkei: „Was mir im Alter von 14 Jahren angetan wurde: Nazi-Zeit!!“ Kübelweise gießt er Hass und Abscheu über die Deutschen aus und lobt dagegen Erdogan, um am Ende seine Hoffnung auszudrücken, dass der „Comedy-Star“ Jan Böhmermann ein antideutsches „Gedicht“ von ihm im ZDF vorlesen möge.

Bei dem mittlerweile 33-Jährigen ist die Integration vollständig gelungen, er hat die linksgrüne Zuordnung von schuldig und unschuldig verinnerlicht: Schuldig ist nie der Verbrecher, vor allem nicht, wenn er ausländisch ist, sondern der brave Bürger, die „Gesellschaft“, kurz: die Deutschen, die ihn „diskriminiert“ haben.

Somit kann Mehmet gar nicht anders, als sich als armes Opfer von „Nazi-Deutschland“ zu sehen. Dieses Land und sein Volk verachtet er natürlich, gleichwohl er sich eifrig darum bemüht hat, dorthin zurückzukehren, und nun barmt, dass man ihm dort wenigstens Aufmerksamkeit schenke.

Mehmet ist nichts anderes als der Spiegel unserer eigenen Verwirrung. Wir sollten ihn also ruhig wieder hereinlassen. Vielleicht ist ein solcher Rotzlöffel genau der Richtige, um uns klarzumachen, dass auch wir uns „neu definieren“ sollten.

MEINUNGEN

***Thomas Sigmund**, Volljurist und Ressortleiter Politik beim „Handelsblatt“, prangert in seinem jetzt erschienenen Buch „Allein unter Feinden?“ an, dass die **Sicherheit der Bürger immer mehr leidet**:*

„Der Staat kümmert sich heute um alles und mischt sich überall ein, aber bei der wichtigsten Aufgabe, nämlich der öffentlichen Sicherheit, zieht sich der Staat immer mehr zurück.“

*Für den Medienwissenschaftler **Norbert Bolz** ist die verbreitete **Medienkritik** nur ein Nebenkriegsschauplatz. Wie er gegenüber dem Intermagazin „Telepolis“ (19. März) erklärt, tritt ein **ganz anderer Konflikt** in den Vordergrund:*

„Es kann keinen Konflikt zwischen Medien und Nutzern geben, weil man die Medien durch Liebesentzug ganz einfach vernichten könnte. Der Konflikt, den ich sehe, verläuft zwischen ‚Rechtspopulismus‘ und ‚Political Correctness‘. Hier zeichnet sich schon jetzt ein kultureller Bürgerkrieg ab.“

***Dieter Dombrowski**, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (**UOKG**), kritisiert in einer Erklärung (17. März) die Aufstellung eines aus China finanzierten **Karl-Marx-Denkmals in Trier** scharf:*

„Wenn die Stadträte von Trier meinen, millionenfache Verbrechen im Namen des Marxismus-Leninismus ehren zu wollen, dann ist das ihr demokratisches Recht. Für die Opfer der Verbrechen, die auf den geistigen Urheber Karl Marx zurückgehen, ist dieser Vorgang nur als respektlos und menschenverachtend zu bezeichnen. Während kommunistische Vorbilder wie Karl Marx in Deutschland durch das Aufstellen von Standbildern geehrt werden, warten die Opfer des Kommunismus vergeblich auf ein Mahnmal. Das Verhalten des Trierer Stadtrates ist dekadent und abstoßend.“

*Der bekannte **Philosoph Rüdiger Safranski** wundert sich in der Wiener „Presse“ (18. März) über die **Frechheit der türkischen Regierung** und die merkwürdige Debatte in Deutschland:*

„Wenn ein paar Millionen Muslime da sind, dann ist auch eine muslimische Kultur mit ihrer Sharia da, auch wenn das längst nicht alle Muslime so wollen … Auch angesichts dieser höchst realistischen Gefahren bei muslimischer Masseneinwanderung braucht man nicht diese wolkigen Reden über Identität. Auch hier geht es um sehr konkret benennbare Probleme. Die Hetze gegen vermeintliche ‚Islamophobie‘ und ‚Fremdenfeindlichkeit‘ dient nur der Wahrnehmungsverweigerung.“

***Ulf Poschardt** fragt sich in der „Welt“ (21. März), warum die **Union so still** ist angesichts des furiosen Vormarsches der Sozialdemokraten unter Martin Schulz:*

„So richtig es ist, wenn Klügere darauf hinweisen, dass der Hype der SPD möglicherweise zu früh kommt, wäre es dennoch schön zu wissen, was die Union will – außer Merkel und die guten Minister der Bundesregierung irgendwie im Amt zu halten … Hat die CDU die Lust an sich und dem Land verloren?“